



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Staatstransformation in Tunesien“

Verfasserin

Miriam Tilouche

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, 2014

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 057 390

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Individuelles Diplomstudium Internationale Entwicklung

Betreuer:

Mag. Dr. Cengiz Günay

Abstract

Since the spark for the so-called "Arab-Spring" went off in Tunisia with the Jasmin Revolution, demonstrations and protests have been occurring in the country. The government has not been able to stabilise the situation since 2011. Based on an historical analysis and a case study on the southern province of Tozeur, this thesis analyses the state transformation process of Tunisia. The conflict between plantation tenants and occupiers in rural Tozeur allows an insight into the state's competences in terms of social control. The Jasmin Revolution expresses the epitome of a transformation process which has been formed, amongst other things, by the government's continuous ignorance towards social issues, politics in interest of employers and direct foreign investors as well as imposed liberalisation and privatisation campaigns. Finally, it must be noted that the revolution has not brought forth a legitimate government so far.

Abstract

Seitdem 2011 in Tunesien mit der Jasmin-Revolution der sogenannte „arabische Frühling“ ausgelöst wurde, finden dort Unruhen und Demonstrationen statt. Die Regierung konnte sich bisher nicht stabilisieren. Anhand einer historischen Analyse sowie einer Fallstudie des südlichen Gouvernorats Tozeur, widmet sich diese Arbeit der Frage nach Staatstransformation in Tunesien. Der ländliche Konflikt in Tozeur zwischen Plantagenpächtern und Besetzern der Plantagen gibt einen Einblick in die staatlichen Kompetenzen in Bezug auf soziale Kontrolle. Die Jasminrevolution stellt hierbei den Gipfelpunkt eines Transformationsprozesses dar, welcher unter anderem geprägt wurde durch die permanente Missachtung der sozialen Frage, die Interessenspolitik zum Vorteil von Arbeitgebern und ausländischen Direktinvestoren, sowie durch auferlegte Liberalisierungs- und Privatisierungsprogramme. Schlussendlich bleibt festzuhalten, dass sich aus der Revolution bisher keine legitime Regierung bilden konnte.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	9
1.1 Themenfindung	9
1.2 Forschungsfrage und Hypothese	9
1.3 Aufbau der Arbeit.....	9
1.4 Methode.....	10
1.5 Forschungsfeld	11
1.6 Der Staat.....	11
1.6.1 Definition des Begriffes „Staat“	11
1.6.2 Entstehung des Staates	13
1.6.3 Die Entstehung des „modernen“ Staates	15
2. Theorie des „schwachen“ Staates	18
2.1 Kriterien für einen “starken Staat”	23
2.2 Symbole und Mythen	25
2.3 Politics of survival.....	26
2.3.1 Wertlose Vereinbarungen.....	26
2.3.2 Neopatrimonialismus	27
2.3.3 Misstrauen	28
2.3.4 Schmutzige Tricks.....	29
2.3.5 Die Reduktion von Staatsführern auf List und Täuschung	29
2.3.6 Die Dreiecksbeziehung der Zugeständnisse: die umsetzenden Organe, Politiker und lokale nichtstaatliche Autoritäten	30
3. Historische Analyse der Staatstransformation Tunesiens 1830-2014.....	34
3.1 Die Herrschaft unter Ahmad Bey.....	34
3.1.1 Beginn des französischen Einflusses auf Tunesien.....	37
3.2 Die französische Okkupation und der Vertrag von Bardo	38
3.2.1 Justiz.....	41
3.2.2 Landbesitz	42
3.2.3 Wirtschaft	43
3.2.4 Bildung	44
3.2.5 Einbürgerungsgesetz	45
3.2.6 Zusammenfassung.....	48
3.3 Tunesiens Unabhängigkeitskampf und die darauf folgende Regierung unter Bourguiba	48

3.3.1 Der Unabhängigkeitskampf in Tunesien.....	51
3.3.2 Die Regierung unter Habib Bourguiba.....	54
3.3.3 Destour-Sozialismus und seine Folgen	57
3.3.4 Entwicklung durch Außenorientierung	58
3.3.5 Zusammenfassung.....	64
3.4 Zine el-Abidine Ben Ali	65
3.4.1 Reformen.....	66
3.4.2 Außenpolitik und Wirtschaft.....	69
3.4.3 Soziale Kontrolle durch Ideologie.....	70
3.4.4 Zusammenfassung.....	72
3.5 Die Jasmin-Revolution.....	73
3.6 Die Übergangsregierung	75
4. Fallstudie Tozeur.....	76
4.1 Gouvernorat Tozeur	76
4.2 SNVDA (Sociétés de mise à niveau et de développement agricoles) Plantagen	77
4.2.1 Plantage « Ezdada »	77
4.2.2 Plantage « Le Paradie ».....	77
4.2.3 Plantage « Nefda »	78
4.2.4 Plantage « Amal »	78
4.2.5 Plantage « Nur ».....	79
4.2.6 Plantage « Mrah Lahoi »	79
4.2.7 Kontext zur aktuellen politischen Lage Tunesiens 2011 – 2014	83
5. Zusammenfassen der Ergebnisse und abschließende Analyse.....	88
5.1 Ausblick	93
6. Literaturverzeichnis.....	95
7. Anhang	100
7.1 Interview vom 05.08.2013 Tunis mit Labidi Abdallah – ehemaliger Konsul und freischaffender Journalist.....	100
7.2 Interview mit Ahmed Tilouche; München; 25.8.2013.....	103
7.3 Hilfsantrag an Landwirtschaftsministerium vom 14.02.2011	107
7.4 Klage an Staatsanwaltschaft Tozeur vom 08.03.2011	108
7.5 Beschwerde an Landpolizeipräsidenten vom 08.03.2011	110
7.6 Beschwerde an den Premierminister vom 04.07.20011	112
7.7 Beschwerde an den Landpolizeipräsidenten vom 04.07.2011	114

7.8 Brief an Justizminister vom 06.01.2012.....	116
7.9 Brief an Regierungschef vom 06.01.2012.....	118
7.10 Liste der Besetzer	120
8. Curriculum Vitae.....	127

1. Einleitung

1.1 Themenfindung

2011 war das Jahr in dem der „arabische Frühling“ eingeleitet wurde. Die Revolutionen, die in den arabischen Ländern ausbrachen, waren erfüllt mit der Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Doch was vor kurzen noch als Frühling bezeichnet wurde, wird zunehmend als „arabischer Winter“ betitelt. In Tunesien ist jetzt, Januar 2014, drei Jahre nach der Absetzung des Regimes, endlich eine neue Verfassung in Kraft. Das Land ist während dieser Zeit geplagt von Unruhen, die ihren Ursprung in der nach wie vor wehrenden Verteilungsungleichheit haben. Dies artikuliert sich unter anderem in der Besetzung von mehr als 150 landwirtschaftlicher Betriebe.

1.2 Forschungsfrage und Hypothese

Meine Arbeit beschäftigt sich mit dem Transformationsprozess des Staates Tunesien um einen neuen Blickwinkel auf die aktuelle Lage zu werfen und in wie weit sich der Verlust der Stellung als Rechtssubjekt, der Akteure im Konfliktfeld der Plantagenbesetzungen im Gouvernorat Tozeur erklären lässt. Meine Hypothese ist hierbei, dass die Regierung sich noch nicht vollends in der Gesellschaft festigen konnte. Um mich diesem Forschungsbereich adäquat nähern zu können, werde ich mich in meiner Analyse der Theorie des „schwachen Staates“ von Joel Migdal bedienen.

1.3 Aufbau der Arbeit

Um die Situation besser analysieren zu können, werde ich mich zunächst mit der Frage nach dem Staat beschäftigen. Gab es eine Staatstransformation? Von einer allgemeinen Begriffserklärung von Staat möchte ich kurz auf die Entstehung des Nationalstaates in Europa eingehen um schließlich auf die Besonderheiten im Entstehungsprozess, der Staaten im Nahen- und Mittleren-Osten einzugehen.

Die Staatsanalyse beginnt mit einem historischen Abriss der wichtigsten Phasen der Staatsbildung in Tunesien, angefangen bei der Errichtung und Konsolidierung des modernen Territorialstaates im Laufe der Regierung Ahmed Beys, über die Transformationen während

der französischen Kolonialisierung und der Unabhängigkeit, bis hin zur Phase des Regimes „Ben Ali“ und der Jasmin-Revolution durch das es endete.

Die Analyse der Staatstransformation wird unter den Aspekten des „schwachen Staates“ nach Joel Migdal getätigt werden, welcher eine dependenztheoretische Ausrichtung hat. Insbesondere möchte ich hierbei auf die „politics of survival“ eingehen. Nach eingehender Auseinandersetzung mit Theorien von Staatszerfall, Staatstransformation und Gouvernmentalität, ist mir Migdals Theorie die passendste. Vorrausgeschickt sei hierbei, dass sich der Vergleich schwacher Staat/ starker Staat nur innerhalb von Idealen bewegt und in keinster Weise eine Gegenüberstellung zwischen Nord und Süd sein soll. Laut Migdal liegt der Inbegriff eines starken Staates in der „social control“. Das höchste Maß an „social control“ wiederum ist Legitimität. Umso repressiver also innerstaatlich vorgegangen wird, desto schwächer ist er. Natürlich kann man davon ausgehen, dass die Definition nur eine theoretische Annäherung ist und keineswegs eins zu eins auf real existierende Staaten übertragen werden kann. Diese Definition vereint unter dem Begriff Staat: Exekutive, Legislative, Judikative, Staatsbürger und Staatsgebiet. Der Staat ist also nicht bloße Staatsführung oder Staatsverwaltung sondern immer das Zusammenspiel zwischen jenen, Bevölkerung, Grund und Boden. Der Ansatz von Joel Migdal scheint mir auch auf Grund seiner dependenz-theoretischen Ausrichtung am geeignetsten, da dieser die exogenen Faktoren mit einbezieht. Es ist also eine Theorie die sowohl die Makro- als auch die Mikroebene zu analysieren sucht und dadurch einen umfassenden Erklärungsansatz für Staatstransformation bieten kann.

1.4 Methode

Methodisch werde ich vorgehen, indem ich die bestehende Literatur der Staatstransformation und der Staatlichkeit in Tunesien, anhand der Theorie des „schwachen Staates“ von Joel Migdal, analysiere. Auch werde ich die aktuelle Situation, unter Einbeziehung von informellen Gesprächen, Interviews und durch Kenntnisse anhand von teilnehmenden Beobachtungen, nachzuzeichnen und zu analysieren suchen. Schwierigkeiten ergaben sich zum einen bei der Beschaffung von passenden Interviewpartnern. Nach vormaliger Zusicherung der Bereitschaft die Situation im Land zu schildern, minimierte sich das Kontingent an potenziell zu befragenden Personen auf die kleine Anzahl von zwei. Zum anderen ergaben sich Probleme bei der Erhebung von Daten. Aktuell sind nur sehr wenige Daten über Tunesien verfügbar. Meist differieren diese Daten auch untereinander, so dass sich teilweise kein eindeutiges und stichhaltiges Bild zeichnen lässt.

1.5 Forschungsfeld

Tunesien ist das kleinste der nordafrikanischen Länder. Es befindet sich in der Region des Maghreb. Amtlich wird es unter dem Namen Tunesische Republik (arabisch: Al-Jumhuriya at-Tunisiya) geführt. Es umfasst eine Fläche von 163 610 km², auf der ca. 10 732 900 Menschen leben. Dies entspricht ungefähr einer Anzahl von 64 Einwohnern pro km². Dies verzerrt ein bisschen das Bild, da 63,7% der Bevölkerung in Städten leben und der Rest des Landes nur spärlich besiedelt ist. Die Hauptstadt ist Tunis. Das Land ist aufgeteilt in 23 sogenannte Gouvernorate. Die einzelnen Gouvernorate sind in insgesamt 254 „délégations“ / Bezirke aufgeteilt.

1.6 Der Staat

In diesem Kapitel beschäftige ich mich mit der Frage nach dem modernen Staat. Welche Kriterien machen ihn aus? Ist es Souveränität? Ist es die Kontrolle über die Bevölkerung? Oder allgemein gültige Gesetze? Oder doch etwas anderes? Um dies besser klären zu können, befasse ich mich zunächst mit dem Begriff „Staat“, um dann in weiterer Folge auf die Entstehung von Staaten und die Evolution „moderner Staaten“ einzugehen. Vorrangig hab ich mich hier mit Literatur von Hannes Wimmer befasst. Dieser ist Lektor am Institut für Politikwissenschaft Wien und zeichnet meiner Meinung nach, mit seinem evolutionstheoretischen Ansatz, ein klareres Bild als manch andere die sich an diesem Thema versuchten.

1.6.1 Definition des Begriffes „Staat“

Es gibt unzählig viele Arten den Begriff „Staat“ zu definieren. Abgeleitet wurde er von dem lateinischen Wort „status“ welches Rang bzw. Stellung bedeutet. Einmal wird Staat als eigenständige politische Einheit, die international anerkannt ist, eigene Grenzen aufweist, einen Sitz bei den Vereinten Nationen und ihre eigene Flagge hat definiert. Ein andermal gibt es einen Klärungsansatz, der sich auf die Institutionen und Praktiken bezieht, die Administrative, Judikative, Legislative, und Macht durch Zwangsausübung unter sich vereinen. Es gibt noch viele andere Auslegungen, wie z.B.: Staat = Regierung (Welt Bank), Dynastie/Regime = Staat¹, *„Staat als Apparat bzw. Gehäuse (Weber), der Staat als soziales*

¹ Siehe auch: Owen, Roger: State, Power and Politics in the Making of the Modern Middle East, Routledge, 3. Edt., London und New York:2004, Seite 1.

Verhältnis (Neo-Marxismus), der Staat als autonomer Akteur (Neo-Institutionalismus), der Staat als Mediator (Systemtheorie) und die Mikrophysik der Macht (Foucault, Bourdieu).“²

Nach der Naturrechtlehre - wie man sie bei Hobbes und auch bei Kant sehen kann – handelt es sich um das Bestreben bestimmter Gruppen unsichere Verhältnisse, in denen sie sich unter Aufbringung von physischer Gewalt selbst verteidigen müssen, hinter sich zu lassen in dem sie sich unter einer gewaltfreien Prämisse zusammenschließen.

Seit Locke gründet der Status eines freien, d.h. auch vertragsfähigen Bürgers explizit auf dem Eigentum („life, liberty and estate“), das Recht auf Eigentum ist also ein vorstaatliches Recht wie das Naturrecht insgesamt. Weil dieses Recht dem Staat vorangehe, könne und dürfe es der Staat auch nicht ändern.“³

Hobbes hingegen geht nicht von einem natürlichen Entstehen von Staaten aus, sondern sieht diese als abgeleitete Folge von der Schließung von Verträgen.⁴

Hegel ist wie Hobbes, nicht von der naturrechtlichen Auffassung des Staatsbegriffes überzeugt. Vielmehr sieht er den Staat als Konstrukt.

„Der „politische Staat“ Hegels absorbiert die gesamte Handlungssphäre der Politik und ist „objektiver Geist“, Rechts- und Verfassungsstaat, der die Freiheit aller garantiert, aber er ist kein politischer Verband! „Bürgerlich“ erhält einen sozialen Sinn, es bezeichnet die gesellschaftliche Stellung des zum „Bourgeois“ privatisierten Bürgers [...], der in der Handlungssphäre der Wirtschaft partizipiert, wo er sein „Eigentum“ hat. Die Rechtsstellung des Bürgers im „ganzen Hause“ nach der alten „Hausväter-Tradition“ wird endgültig aufgelöst: sie qualifiziert nicht mehr automatisch zur Partizipation in der Sphäre der Politik. „Korporationen“ im Sinne von Berufsverbänden sollen zwischen der entpolitisierten bürgerlichen Gesellschaft und dem Staate eine Vermittlung herstellen.“⁵

Die Bürger sind laut dieser Definition, nicht mehr Teil des politischen Lebens. Insofern sie nicht gesammelt in Vereinigungen auftreten, um die Interessen von Berufsständen zu vertreten. Ein Staat ohne Gesellschaft, zumindest im politischen Sinn.

Für die Staatsanalyse in meiner Arbeit werde ich die Definition von Joel Migdal verwenden, der diese von Max Weber adaptiert hat.

„it is an organization, composed of numerous agencies led and coordinated by the state's leadership (executive authority) that has the ability or authority to make and implement the binding rules for all the people as well as the parameters of rule making for other social organizations in a given territory, using force if necessary to have its way.“⁶

² Löffler, Marion: Dissertation, Geschlechterpolitiken der Transformation. Aspekte feministischer Staatstheorien, Universität Wien, 2010, http://othes.univie.ac.at/11844/1/2010-06-03_8814204.pdf [Zugriff: 23.10.2012] Seite 57.

³ Wimmer, Johannes: Evolution der Politik; von der Stammesgesellschaft zur modernen Demokratie, mit einem Vorwort von Anatol Rapoport. WUV-Universitätsverlag. Wien: 1996. Seite 407. Vorwort von .

⁴ Siehe auch: ebd. Seite 407.

⁵ Ebd.: Seite 410.

⁶ Migdal, Joel S.: Strong Societies and Weak States; State-Society Relations and State Capabilities in the Third World. Princeton University Press. New Jersey: 1988. Seite 19.

Der Staat ist dem zufolge eine Organisation, zusammengesetzt aus zahlreichen von der Staatsführung (exekutive Autorität) koordinierten Agenturen, die die Möglichkeit oder Autorität hat, bindende Gesetze für die Bevölkerung und die Parameter für die Herrschaft über andere soziale Organisationen in einem gegebenen Gebiet, unter Umständen auch mit Gewalt, durchzusetzen. Der Staat existiert nicht außerhalb der Gesellschaft, sondern es ist ein Zusammenwirken. Diese Definition von Staat scheint mir am passendsten für die Bearbeitung meiner Forschungsfrage, da ohne ein Zusammenspiel zwischen Regierung und Bevölkerung, keine Politik existieren würde.

Wie kommt es nun aber zu solch einer Organisation, die wir mit dem Begriff „Staat“ betiteln? Im nächsten Punkt möchte ich mit dieser Frage um zur Entstehung des Staates beschäftigen.

1.6.2 Entstehung des Staates

Johannes Wimmer erklärt die Entstehung des Staates mittels eines „kybernetischen Modells der Abweichungsverstärkung“.

„Als Abweichungsverstärkung haben wir folgende Faktoren vorgeschlagen: Fernhandel, Raubkriege, technologische Innovationen, Bildung von Zentren bzw. Urbanisierung, Stratifikation und politische Führung. Gewinnt die Dynamik dieser wechselseitig sich verstärkenden Faktoren gegenüber derjenigen der zurücksteuernden das Übergewicht, dann tendiert das Gesamtsystem zur „Entstehung des Staates“.“⁷

Dieses Modell sei seinem Erachten zur Folge anderen Theorien im Vorteil, oder helfe sie zu synthetisieren. Hierbei erwähnt er acht verschiedene Ansätze:

- Die Klassentheorie nach Engel, aber auch einem Großteil der marxistischen Traditionslinie, befasst sich mit *Stratifikation*.
- Die Theorie der hydraulischen Gesellschaft nach Wittfogel bezeichnet den *Ausbau von Bürokratie zur Steuerung von riesigen und komplexen Bewässerungssystemen* als „*Agro-menagerial despotismus*“.
- Die Überlagerungstheorie nach Helk und Oppenheimer beschäftigt sich mit der *Eroberung und Überlagerung sesshafter Ackerbauern durch nomadische Viehzüchterstämme* und meint zusammenfassend „*der primitive Staat ist Schöpfung des kriegerischen Raubes*“.
- Die Ökologische Theorie nach Cohen und Harris befasst sich mit den *Beschränkungen der ökologischen Umwelt*.

⁷ Wimmer, Johannes: Evolution der Politik; von der Stammesgesellschaft zur modernen Demokratie, mit einem Vorwort von Anatol Rapoport. WUV-Universitätsverlag. Wien: 1996. Seite 32, f.

- Die Theorie des sakralen Königtums oder der Theokratie von Nachtigall und de Coulanges beschreibt den Aspekt der *Erweiterung des häuslichen Kultes des Herdfeuers auf die Polis*.
- Die Integrations- oder Managementtheorie nach Polany beschreibt *Häuptlingstümer* in denen die *Häuptlinge* die *Organisatoren der öffentlichen Arbeit*, der *Redistribution von Produktion* und des *Konfliktmanagements* darstellen.
- Die Gefolgschaftstheorie nach Weber und Hess beschreibt ein sich gegenüberstehendes Verhältnis von *persönlichkeitscharismatischen Führungsqualitäten* und *ökonomischer Abhängigkeit der Gefolgschaft*. Dies führt zur *Entstehung zentraler Herrschaftsinstanzen durch die Bildung klientelärer Gefolgsleute*.
- Die Theorie der „Richter-Könige“ nach Habermas: „*Vom Schlichter zum Richter*“ → *mit zunehmender stratifikatorischer Differenzierung hängt die Position im Recht von der Zugehörigkeit zu den Strata ab.*⁸

Wimmer schreibt der Entstehung des Staates eine selbstorganisatorische Prozessdynamik zu. Durch die sich verändernde Welt, ergeben sich neue gesellschaftliche Bedingungen, welche wiederum zu einer bestimmten Organisation der Menschen führt. Im Laufe der Zeit, transformieren sich diese in eine Hierarchie. Diese Hierarchie ist politisch Zentralisiert (um einen Häuptling, Schamanen, oder der Gleichen) und besteht meist aus drei Strati.

*„Informations- und Entscheidungsprozesse werden asymmetrisch und voneinander getrennt: Informationen fließen von unten nach oben, Entscheidungen von oben nach unten. Politische Macht wird mit der gesamtgesellschaftlichen Ebenendifferenzierung „reflexiv“: die Macht des politischen Zentrums „wirkt“ auf die nächstuntere Ebene, welche wiederum ihre Macht nach unten ausübt usw. Im Regelfall werden solche Prozesse des „Machttransfers“ in Form von Bürokratien institutionalisiert.“*⁹

Im vormodernen europäischen Staat ist durch die fragmentierte und stratifizierte Beschaffenheit der Gesellschaft, die Zentralisierung der „politischen Macht“ nicht möglich gewesen. Erst mit der Durchsetzung einer umfassenden Staatsgewalt (welche sich auf ein stehendes Heer zurückführen lässt, welches wiederum erst durch ein umfassendes Steuersystem finanziert werden konnte) war dies möglich.

Laut Gerhard Oestreich sind für die Geburt eines Staates drei Phasen entscheidend. In der ersten entsteht ein dualistischer politischer Verband, in der nächsten die Erweiterung der

⁸ Siehe auch: ebd. Seite 33-39.

⁹ Ebd.: Seite 39.

Wertabschöpfung in der Gesellschaft (Finanzstaat) und in der letzten entsteht schließlich der absolutistische Staat als Ausformung des „frühneuzeitlichen Staates“.¹⁰

So zeichnet sich ein Bild vom Staat in dem durch Bedürfnisse und den Wandel vom Lebensumfeld, sich die Menschen zusammenschließen. Daraus entstehen dann im Laufe der Zeit zumindest drei Strati. Zentralistisch konzipiert, müssen sie nicht nur für ihr eigenes Überleben, die Strati mobilisieren. Ohne die Gewährleistung von Ressourcen fürs Überleben oder Sicherheit, lösen sich die Strati.

1.6.3 Die Entstehung des „modernen“ Staates

„Der Moderne Staat entsteht im Zuge der Reorganisation politischer Entscheidungsstrukturen im Kontext des umfassenderen Prozesses der funktionalen Differenzierung, nachdem die Gesellschaften bereits über längere Zeit mehr oder weniger stark politisch zentralisiert waren.“¹¹

Joel Migdal erklärt dies mit der Selbstorganisation von Gruppen, die für ihre Überlebensstrategien von gewissen Faktoren abhängig sind. Für ein funktionierendes Gefüge innerhalb dieser Gruppen wiederum, sind Regeln zuständig, die aus symbolischen Konfigurationen bestehen. Migdal geht davon aus, dass alle Menschen ihnen zugängliche Symbole mit Gelegenheiten kombinieren, um weltliche Bedürfnisse nach einem Dach über dem Kopf, Essen und Trinken, zu befriedigen und somit ihr Überleben zu sichern. Solche Strategien dienen nicht nur als Basis für das eigene Überleben, sondern stellen ebenfalls zwischen Einzelpersonen im Bereich der persönlichen Identität und eigennützigem Handeln (persönliche politische Ökonomie) und der Sphäre der Gruppenidentität und Kollektivmaßnahmen (gemeinschaftliche moralische Ökonomie) ein Verbindungsglied dar. Hieraus wird verständlich, dass durch die Sphäre der Kollektivmaßnahmen immer komplexere Strategien für das Überleben nötig waren. Der Wandel der demographischen Ausformung erfordert die Reorganisation der symbolischen Konfigurationen und die Adaption der Überlebensstrategien. So mussten Organe eingeführt werden, die die Organisation der Menschen verbesserte und die Ordnung gewährleistete. Durch die Sicherung der Überlebensstrategien der breiten Masse wurde der Grundstein für die Legitimation dieser Organe gelegt. Durch die Legitimität dieser Organe ist es ihnen wiederum möglich die

¹⁰ Siehe auch: ebd. Seite 367, ff.

¹¹ Ebd. Seite 43.

Gesellschaft zu ihrem Zwecke zu mobilisieren. Durch die Mobilisierung der Bevölkerung wiederum, ist es möglich Ressourcen abzuschöpfen, die für die Sicherung der Überlebensstrategien von Nöten sind. Der moderne Staat war geboren.

Was den Nahen-Osten betrifft, so waren es vorwiegend die Kolonialmächte, die den Grundstein für die Rahmenbedingungen eines „modernen“ Staates legten, indem sie ein westliches Rechtssystem, eine zentralisierte Verwaltung, eine Flagge und international anerkannte Grenzen einführten. In manchen Fällen orientierten sie sich hierbei am Bestehenden, wie etwa an dem bestehenden „vormodernen“ Verwaltungsapparat oder an großen regionalen Märkten, die bereits unter osmanischer Herrschaft gediehen.

“The highly developed bureaucracies of some of the premodern dynastic Arab empires contributed to legitimacy by virtue of their pervasive presence and their control and extractive capabilities.”¹²

Meistens jedoch ergaben sich aus den Neuerungen eine Art Künstlichkeit, die sich durch neue Namen, neuen Hauptstädte – unter mangelnder Berücksichtigung ethnischer Regionen – und den, mit dem Lineal gezogenen, schnurgeraden Grenzen manifestierte.¹³

Nach der Unabhängigkeit versuchten die Regierungen der nah-östlichen Staaten sich durch Struktur zu legitimieren. Im Zuge dessen arbeiteten diese eine allummantelnde Bürokratie und einen immensen Sicherheitsapparat (repräsentiert durch Polizei und Armee) aus. Hierdurch erhoffte man sich zum einen, dass die Länder stabil in Sicherheitsfragen blieben und zum anderen die Kontrolle über das gesamte Staatsgebiet. Weiter erwartete man sich, durch die Strukturalisierung des Staates einen besseren Zugang zu wirtschaftlicher Entwicklung und sozialer Wohlfahrt.

„Once started, such processes were given further stimulus by foreign aid, by bureaucratic empire building and by the natural predilection of nationalist politicians for technological rather than political solutions to the problems of rapid modernization.”¹⁴

Die Staaten in Nah-Ost zeichnen sich vorrangig durch neopatrimoniale Strukturen aus. Im Vergleich sieht man einerseits zentralisierte Strukturen von Macht, begründet auf der Präsidentschaft, unterstützt von der Armee und Sicherheitsdiensten und andererseits ein Bündel von Maßnahmen um das System zu legitimieren. Darauf werde ich im folgenden Teil meiner Arbeit noch genauer eingehen.

Im nächsten Kapitel konzentriere ich mich auf die Theorie des „schwachen Staates“ von Joel Migdal, um dann anhand dieser und in weiterer Folge die Ereignisse in Tunesien zu

¹² Hudson, Michael C.: Arab Politics; The search for legitimacy. Yale University Press. New Haven, London: 1977. Seite 23.

¹³ Siehe auch: Owen, Roger: State, Power and Politics in the Making of the Modern Middle East, Routledge, 3. Edt., London und New York:2004, Seite 9.

¹⁴ Ebd.: Seite 23.

betrachten. Um die Frage nach Staatstransformation klären zu können, ist es zunächst wichtig zu verstehen wie ein Staat aufgebaut ist, wie er funktioniert. Durch die Mechanismen die sich durch Migdals Theorie ergeben, wird ersichtlich, dass ein Staat wie ein Mensch, nicht nur durch sein Inneres, sondern auch durch sein Äußeres beeinflusst wird.

2. Theorie des „schwachen“ Staates

Im Diskurs der Staatstheorien ist häufig die Rede von staatenlosen und/oder nicht-staatlichen Gesellschaften, aber auch von schwachen, zerfallenden und verfallenen Staaten. Letzteren drei Einstufungen über den Aggregatzustand von Staaten, hat sich unter anderen Jodok Troy gewidmet. An dieser Stelle muss zunächst angemerkt werden, dass die Diskussion um einen „starken“ beziehungsweise „schwachen“ Staat in dieser Ausformung von einigen Seiten, als eurozentristisch moniert wird. Wer kann überhaupt sagen was ein „starker“ Staat ist? Kritiker führen diesbezüglich an, dass die Diskussion zu unkritisch den eigenen Staaten gegenüber sei und Krisen in Europa, wie zum Beispiel in Italien, Spanien oder Griechenland hierbei oft in den Hintergrund geraten. Warum überhaupt die Frage nach der Kraft eines Staates? Zum einen kann man dadurch den Wandel der Staatlichkeit besser erkennen. Andererseits kann durch die Erörterung der Konzeption der Kraft des Staates, auch seine Ordnungsfunktionskapazität wiedergespiegelt werden. Somit kann dann im Weiteren die Frage beantwortet werden „warum ein Rechtsstaat, im Konfliktfeld der gewaltsamen Landbesetzung, nicht strafrechtlich sanktioniert?“ oder auch „in wie weit sich der Verlust der Stellung als Rechtssubjekt der Akteure im Konfliktfeld der Plantagenbesetzungen im Gouvernorat Tozeur erklären lässt?“

Nun erst einmal zur Theorie.

Bei Troy tauchen als Hauptmerkmale eines „starken“ Staates die drei Kernaufgaben: Sicherheitsfunktion, Wohlfahrtsfunktion und Legitimitäts-/ Rechtsstaatlichkeitsfunktion auf. Erfüllt ein Staat diese Kernaufgaben nicht, so handelt es sich –laut diesem Ansatz – um keinen „starken“ Staat.

Inwieweit es sich dann dabei um einen „zerfallenden“ Staat handelt, lässt sich mithilfe der Indikatoren, welche in der nachstehenden Tabelle¹⁵ angeführt werden, ermitteln.

Staatliches Gewaltmonopol	Wohlfahrtsfunktion	Legitimitäts- und Rechtsstaatlichkeitsfunktion
Grad an Kontrolle über das gesamte Staatsgebiet und der Außengrenzen	Grad der Teilhabe bestimmter Bevölkerungsgruppen an wirtschaftlichen Ressourcen	Umfang politischer Freiheiten
Anhaltende oder wiederkehrende	Anhaltende wirtschaftliche und/	Gewährleistung politischer

¹⁵ Siehe auch: Troy, Jodok: Staatszerfall; Ursachen – Charakteristika – Auswirkungen, LIT-Verlag, Politikwissenschaften Bd. 152, Wien und Berlin: 2007, Seite 32, ff.

gewalttätige Konflikte	oder währungspolitische Krisen	Partizipationsrechte
Zahl und politische Relevanz der nichtstaatlichen Gewaltakteure	Höhe und Verteilung der Staatsausgaben	Umgang mit der politischen Opposition
Zustand des staatlichen Sicherheitsapparates	Höhe der Außenverschuldung	Vorhandensein und Ausmaß von Wahlfälschung oder Wahlbetrug
Höhe und Entwicklung der Kriminalitätsraten	Kluft zwischen Arm und Reich	Grad an politischer Teilhabe bestimmter Bevölkerungsgruppen
Grad der Bedrohung, die von staatlichen Organen für die physische Sicherheit der Bürger ausgeht	Arbeitslosigkeits- beziehungsweise Erwerbsquote	Existenz schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen
	Zustand staatlich sozialer Sicherheitssysteme,	Akzeptanz des Regimes beziehungsweise der politischen Ordnung
	Zustand der Infrastruktur	Grad an Unabhängigkeit der Justiz beziehungsweise keine Gewährung rechtsstaatlicher Verfahren
	Zustand des Bildungs- und Gesundheitswesens	Ausmaß von Selbstjustiz
	Vorhandensein signifikanter ökologischer Probleme	Zustand der öffentlichen Verwaltung und das Ausmaß an Korruption und Klientelismus

Die Reihenfolge Sicherheitsfunktion, Wohlfahrtsfunktion und Legitimitäts-/ Rechtsstaatlichkeitsfunktion entspricht hier gleichzeitig dem Zerfallsgrad scheiternder Staaten. Der Mangel an Sicherheit ist das Glied der Kernfunktionen, welches unweigerlich auch das Fehlen der beiden anderen mit sich führt und somit nach dieser theoretischen Ausrichtung als Hauptindikator für Staatsversagen gesehen wird. So muss zum Beispiel mangelnde Rechtsstaatlichkeit und ein absentes Wohlfahrtssystem nicht zum Niedergang eines Staates führen.

„Es existieren eine ganze Reihe derartig konstituierter Staaten, die durchaus „stabil“, zumindest aber nicht am Zerfallen sind. Die klassische Diktatur, autoritäre Regime, sind Beispiele dafür.“¹⁶

Migdals Theorie beschäftigt sich hingegen nicht mit diesen Kernaufgaben um die Stärke eines Staates zu eruieren. Einen Aggregatzustand eines Staates bloß anhand dieser von Troy beschriebenen Kernaufgaben zu ermitteln, blendet die Gesellschaft als Teil des Staates vollkommen aus und lässt den Staat losgelöst seiner gesellschaftlich verfassten Sphäre

¹⁶ Ebd.: Seite 32, ff.

erscheinen. Für Migdal ist es wichtig die verschiedenen Einflussphären zwischen Politik und Gesellschaft zu klären.

“There is a need constantly to look back and forth between the top reaches of the state and local society. One must see how the organization of society, even in remote areas, many dictate the character and capabilities of politics at the center, as well as how the state (often in unintended ways) changes society.”¹⁷

Ein anderer Ansatz auf den ich im Zuge meiner Recherche bezüglich Staatsanalysen gestoßen bin, ist der Erklärungsversuch durch Resilienz. Die vorwiegende Definition von Resilienz in der sozialwissenschaftlichen Perspektive die ich finden konnte, erklärt sich mit der Widerstandsfähigkeit einer Gesellschaft, der Selbstorganisation, die Fähigkeit Krisen gestärkt zu überstehen, oder in anderen Worten *„operational strategy of risk management“* beziehungsweise *“political program as a comprehensive mode of governing (in) security“*.¹⁸ Zum einen wird Resilienz als präventive Maßnahmen beschrieben und zum anderen als eine dem System inhärente Fähigkeit „Schocks“ entgegenzuwirken, mit dem Ergebnis in den ursprünglichen oder in einen verbesserten Zustand zurück zukehren. Bei diesem Ansatz fehlt die Analyse des Zwischenspiels der einzelnen Akteure. Resilienz kann also als eine eindimensionale Theorie nur eine umfassende Analyse bieten wenn man sie mit einer *„actor network“* Theorie verbinden würde. Weiters ist dieser Ansatz für einen Staat konzipiert, der die Möglichkeit hat strategisch im Vorfeld zu planen und vorzugehen.¹⁹

Michel Foucaults Ansatz der Gouvernementalität ist andererseits derart vielschichtig und umfassend, dass dies für den Rahmen einer Diplomarbeit zu umfassend erscheint, so hat der Staat bei Foucault kein Wesen, sondern ist Ergebnis sich stetig wandelnder Machtverhältnisse, die selbst auch einer ständigen Prozesshaftigkeit unterlegen sind.²⁰

Die Theorie Joel Migdals über den „schwachen Staat“ legt das innerstaatliche Gefüge offen. Durch die Konzentration auf die Erklärung von systemimmanenten Zwängen erhält diese Theorie eine multidimensionale Perspektive. Auch versteift sie sich nicht auf Erklärungsansätze wie etwa auf Nationalismus oder Kriminalität, sondern sieht in derlei Ausformungen symbolische Konfigurationen und neopatrimoniale Strukturen. Dadurch zwingt die Theorie den Staat nicht in moralische oder mentale Muster und verhindert somit die Entstehung von Stereotypen. Dies erscheint mir eine sinnvolle Arbeitshypothese, daher stütze ich mich im weiteren Verlauf dieser Arbeit auf Migdals theoretischen Ansatz.

¹⁷ Migdal, Joel S.: *Strong Societies and Weak States; State-Society Relations and State Capabilities in the Third World*; Princeton University Press; New Jersey; 1988; Seite xvi, f.

¹⁸ Gander, Hans-Helmut (Hrsg.) u.a.: *Resilienz in der offenen Gesellschaft*, Symposium des Centre for Security and Society; Nomos; Baden-Baden; 2012; Seite 236.

¹⁹ Siehe auch: ebd; Seite 19.

²⁰ Siehe auch: Bröckling, Ulrich (Hrsg.) u.a.: *Gouvernementalität der Gegenwart*, Studien zur Ökonomisierung des Sozialen; Suhrkamp; Frankfurt am Main; 2000; Seite 69 f.

Für die Analyse der Staaten im Nahen Osten verwendet Migdal eine Definition, die er von Max Weber adaptiert hat.²¹

Der Staat ist dieser zufolge eine Organisation, zusammengesetzt aus zahlreichen von der Staatsführung (exekutive Autorität) koordinierten Agenturen, die die Möglichkeit oder Autorität hat, bindende Gesetze für die Bevölkerung und die Parameter für die Herrschaft über andere soziale Organisationen in einem gegebenen Gebiet, unter Umständen auch mit Gewalt, durchzusetzen. Natürlich kann man davon ausgehen, dass die Definition nur eine theoretische Annäherung ist und keineswegs eins zu eins auf real existierende Staaten übertragen werden kann.

Die ersten modernen Staaten in Europa haben im Zuge ihrer Entstehung auch Mechanismen zur Lenkung des Staates – wie zum Beispiel ein weitreichendes System der Steuereintreibung, ein stehendes Heer und eine Reihe von Gerichtshöfen – entwickelten. Gerade der Ausbau der Gerichtshöfe kann als wesentliches Faktum dafür gesehen werden, dass die Staatsführung die Bevölkerung ihrem Willen unterwerfen konnte. Vormalig führten die unterschiedliche Jurisdiktion – die oftmals durch Lehensherren oder dergleichen ausgesprochen wurden – nicht immer zum gewünschten Ziel der Staatsführung. Anders gesagt war es die Einführung der Gerichtshöfe, zusammen mit der Polizei und anderen Behörden, die zuständig für die Einhaltung der Gesetze waren, essentiell für die Erlangung der staatlichen Kontrolle über die Gesellschaft. Die verbesserten Besteuerungsmechanismen wiederum, erlaubten es dem Staat seine Arme noch weiter auszubreiten und Instanzen wie Gerichtshöfe und ein stehendes Heer überhaupt erst zu finanzieren. Die Armee wiederum sorgte auch für die Einhaltung der Gesetze und die Abgabe von Steuern.

“State social control involves the successful subordination of people’s own inclinations of social behavior or behavior sought by other social organizations in favor of the behavior prescribed by state rules. Social control is power or, more precisely, what Michael Man has called infrastructural power.”²²

Die Möglichkeiten eines Staates sind also an seine Fähigkeit der sozialen Kontrolle gebunden.

Daraus ergibt sich auch, dass die Mobilisierung der Bevölkerung – zum Beispiel um ein Heer zu finanzieren oder dergleichen – erst durch die soziale Kontrolle möglich wurde. Kurz gesagt, ist es das Zusammenspiel aus all jenem.

“Getting the population to obey the rules of the state rather than the rules of the local manor, clan, or any other organizations arose much less from lofty visions of universal justice and what society should be than from the need for political leaders to ensure their own survival. There was a driving compulsion to establish state social

²¹Siehe auch: Migdal, Joel S.: Strong Societies and Weak States, State-Society Relations and State Capabilities in the Third World; Princeton University Press; New Jersey 1988; Seite 19.

²² Ebd.: Seite 22.

control within society, for that was the key that could unlock the doors to increased capabilities in the international arena. „²³

Die Erlangung der sozialen Kontrolle verschaffte den Staaten neue Möglichkeiten, um die Bevölkerung an die staatlichen Gesetze zu binden, sie aber auch in die Armee, oder andere staatliche Institutionen, einzugliedern.

Joel Migdal geht bei seiner Theorie über „schwache Staaten“ die er in seinem Buch „Strong Societies and Weak States; State-Society Relations and State Capabilities in the Third World“ beschreibt, davon aus, dass die Entwicklung eines „starken“ Staates nur möglich ist, wenn die Staatsführung es schafft die Kontrolle über die gesamte Gesellschaft zu erringen. Weiters sieht er die Bedingungen, die die Neuzuteilung von sozialer Kontrolle erforderte, aus exogenen Faktoren resultieren. Diese exogenen Faktoren sorgten maßgeblich und langreichend für die Aushöhlung und Vernichtung bestehender Überlebensstrategien. Im arabischen Raum stellt dies der sich ausbreitende europäische Imperialismus und im Zuge dessen die Einbindung in den Weltmarkt dar. Mit oben genannter Aushöhlung alter Überlebensstrategien, wurde die Grundlage für die bisherige Kontrolle der Gesellschaft pulverisiert. Der Wandel der gesellschaftlichen Strukturen während der kolonialen Besatzung ist ein unumkehrbarer Prozess, der in der Zeit des Postkolonialismus neue Strategien – sogenannte „politics of survival“ – für das politische Überleben forderte.

*“[...]in societies that escaped formal colonial rule altogether, for example, the alliance of European merchants and indigenous strongmen limited the ability of the state leaders to concentrate social control. Key players in the expanding world economy funneled resources into societies quite selectively, allowing for the strengthening of cacique, effendis, caudillos, landlords, kulak-type rich peasants, moneylenders, and others. Through credit, access to land and water, protection, bullying, and numerous other means, these strongmen fashioned the wherewithal for viable strategies of survival for numerous peasants and workers.”*²⁴

Die unter der Kolonialherrschaft eingeführten politischen Programme des „Teilens und Herrschens“ verursachten in den meisten betroffenen Ländern neue Machtstrukturen und eine weitreichende Zersplitterung des gesellschaftlichen Gefüges.

*“Despite the overwhelming organizational resources found in today’s states, compared to those in the hands of strongmen, state rulers have discovered that the legacy of such fragmented social control has continued to constrain them severely. Once established, a fragmented distribution of social control has been difficult to transform. State leaders could not easily dismiss conflicting sets of rules in society. Their central problem has been in political mobilization of the population.”*²⁵

²³ Ebd.: Seite 23.

²⁴ Ebd.: Seite 262.

²⁵ Ebd.: Seite 263.

Die heutige Beschaffenheit, der betroffenen Staaten kann also nicht als pure Ausformung der Wünsche und Fähigkeiten der Staatsführung gesehen werden, sondern spiegelt den Kampf um die Kontrolle der Gesellschaft wieder.

Um also die bestehenden Probleme zu entlarven, ist es laut Migdal wichtig folgende drei Ebenen der staatlichen Organisation zu überprüfen:

1. Die Ebene der zentralen Exekutivführung,
2. Die Ebene der zentralen Staatsverwaltung und
3. Die Ebene der lokalen und regionalen Staatsbeamten.²⁶

Jede dieser Ebenen ist der Logik ihrer eigenen „politics of survival“ unterworfen.

Migdals Ansatz ist ausgerichtet auf die kritische Klärung der Machtverhältnisse. Hierbei erläutert er ein Staatsmodell, in dem die Gesellschaft Teil hat. Ansätze wie die marxistisch-leninistische Theorie, die Modernisierungstheorie oder die Dependenz- und Weltsystemtheorie scheinen den Staat meist als fast autark darzustellen und greifen so nur ein eingeschränktes Bild von der Funktionslogik des Staates auf. Die zentrale Frage in Migdals Theorie, ist die Frage nach der „Stärke“ und „Autonomie“ eines Staates.

2.1 Kriterien für einen „starken Staat“

In einem konfliktreichen Umfeld ist soziale Kontrolle das Faktum, um das die Kontrahenten rangeln. Wie bereits weiter oben erwähnt, ist es dem Staat durch ein hohes Maß an sozialer Kontrolle möglich die Gesellschaft zu mobilisieren.

„ With high levels of social control, states can mobilize their populations, skimming surplus effectively from society and gaining tremendous strength in facing external foes. Internally, state personnel can gain autonomy from other social groups in determining their own preferences for what the rules of the society should be; they can build complex, coordinated bureaus to carry out those preferences; and they can monopolize coercive means in the society to ensure that other groups do not stand in the way of enforcing state rules. ”²⁷

Im Land selbst können demnach Staatsangestellte also eine gewisse Autonomie erringen, die zum einen den Machterhalt bestimmter Gruppen unterstützt und zum andern auch zur Entstellung staatlicher Gesetze führen kann.

Migdal nennt drei Indikatoren die seines Erachtens am besten den Grad an der sozialen Kontrolle widerspiegeln können – Befolgung, Beteiligung und Legitimation.

Befolgung stellt hierbei den niedrigsten Grad an Kontrolle dar. Das Erfüllen der staatlichen Forderungen durch die Konformität der Bevölkerung wird oftmals zu allererst durch die elementarste Sanktion der Gewalt erzwungen. In erster Linie stellt sich hierbei die Frage nach

²⁶ Siehe auch: ebd.; Seite 263.

²⁷ Ebd.: Seite 32.

der Beschaffenheit der Ordnungskräfte die für Sanktionen zuständig sind. Wer kontrolliert diese? Auf dieser Ebene der sozialen Kontrolle ist ebenfalls wichtig, inwieweit der Zugang zu Ressourcen und Dienstleistungen kontrolliert wird und von wem.

Beteiligung ist die nächst höhere Ebene der staatlichen Kontrolle über die Gesellschaft. Die wiederholende und freiwillige Beteiligung der Bevölkerung in staatlich organisierten Strukturen und Institutionen ist essenziell für eine Umsetzung des Regierungsprogrammes. Schafft es der Staat die Bevölkerung für seine Zwecke zu instrumentalisieren, stärkt dies das staatliche Potential.

Das höchste Maß an staatlicher Kontrolle ist Legitimation. Legitimation beinhaltet nicht nur, dass die Bevölkerung die staatliche Ordnung befolgt und dem Staat zuarbeitet, sondern dies auch als wahr und gut erachtet. Unter Legitimation begreift Migdal an dieser Stelle, dass die Gesellschaft mit den staatlichen symbolischen Konfigurationen übereinstimmt und sich nicht nur z.B. aus persönlichem Kalkül innerhalb der gegebenen staatlichen Bedingungen bewegt. Diese Konfigurationen oder auch Mythen, dienen dem Staat zur sozialen Ordnung. Die Akzeptanz der staatlichen „Mythen“ in der Gesellschaft zeigt die Zustimmung in der Gesellschaft für den Staat.²⁸

Die Funktionsfähigkeit des Staatsapparates in einem konfliktreichen Umfeld ist demnach, zu einem großen Teil, von der sozialen Kontrolle abhängig, die er ausübt. In Krisengebieten sind Führer von sozialen Organisationen oftmals der Meinung, dass der Staat nicht in der gesamten Gesellschaft die Vorherrschaft haben sollte und suchen daher selbst die soziale Kontrolle zu erringen. Das Schützen und Stärken ihrer Gefolgschaft, unterwirft sie den gleichen Mechanismen von Zustimmung, Beteiligung und Legitimation, um eigenen Vorstellungen des sozialen Gefüges zu verwirklichen.²⁹

Migdal führt drei wesentliche Faktoren an, durch die alte soziale und politische Abkommen aufgeweicht werden können.

“Three types of state policies underlay the rapid and widespread weakening of old social and political agreements: (1) effecting important changes in land tenure patterns; (2) adopting new forms and procedures of taxation; and (3) instituting new modes of transportation.”³⁰

Die Veränderung der Landbesitzverhältnisse, die Einführung neuer Besteuerungssysteme und das Einsetzen neuer Transporttechnologien sind demnach wesentliche Faktoren, die zur Fragmentierung der Gesellschaft beitragen können. Daher sind diese Punkte wesentlich für

²⁸ Siehe auch: ebd.; Seite 32,f.

²⁹ Siehe auch: ebd.; Seite 32, f.

³⁰ Ebd.: Seite 56.

die Bearbeitung meiner Forschungsfrage. Gerade hierdurch ergab sich eine weitreichende Zersplitterung des gesellschaftlichen Gefüges, worauf ich in meinem Analyseteil noch weiter eingehen werde.

Im Folgenden sollen die verschiedenen Mechanismen und Praktiken geschildert werden, die sich aus dem Ringen um Überleben, für den Staat ergeben.

2.2 Symbole und Mythen

Symbole und Mythen spielen in der Theorie von Joel Migdal auch eine wesentliche Rolle. So sei die Fähigkeit eines Staates die soziale Kontrolle zu erlangen nicht nur durch die bereits weiter oben erwähnten Kriterien zu erlangen, sondern ebenso durch die Bedienung von symbolischen Konfigurationen wesentlich, die sich in Mythen ausdrücken. Hierbei findet insbesondere William H. McNeill Erwähnung. Dieser ist der Ansicht, dass Mythen jeder Gesellschaft zugrunde liegen. Dies liege daran, dass Mythen gängige Feststellungen über die Welt im Allgemeinen aber auch im Speziellen seien.

“That is because myths are general statements about the world and its parts, and in particular about nations and other human in-groups, that are believed to be true and then acted on whenever circumstances suggest or require common response. This is mankind’s substitute for instinct. It is the unique and characteristic human way of acting together. A people without a full quiver of relevant agreed-upon statements, accepted in advance through education or less formalized acculturation, soon finds itself in deep trouble, for, in the absence of believable myths, coherent public action becomes very difficult to improvise or sustain.”³¹

Mythen helfen also Gesellschaften sich in der Welt zu Recht zu finden. Weiters sind diese Art von symbolischen Konfigurationen direkt verbunden mit „Zuckerbrot und Peitsche“. Sie befruchten die sonst säkulare Welt mit Transzendentelem, um das Überleben zu sichern.

“Attempting to distinguish whether peasants act according to a “moral economy,” emphasizing the symbolic configurations, or are “relation actors” driven only by material needs is a futile exercise; it loses sight of the integration of the material and the moral. Together with the symbolic configurations, the various arrays of rewards and sanctions have determined the characteristic forms of social control in a society; through time, they have constituted the specific institutional arrangements that have distinguished one people’s history of control from that of others; they have marked off one culture from another.”³²

Migdal geht davon aus, dass alle Menschen ihnen zugängliche Symbole mit Gelegenheiten kombinieren, um weltliche Bedürfnisse nach einem Dach über dem Kopf, Essen und Trinken, zu befriedigen und somit ihr Überleben zu sichern. Solche Strategien dienen nicht nur als Basis für das eigene Überleben, sondern stellen ebenfalls zwischen Einzelpersonen im

³¹ William H. McNeill: “The Care and Repair of Public Myth,” *Foreign Affairs* 61 (Fall 1982) Seite 1.

³² Migdal, Joel S.: *Strong Societies and Weak States, State-Society Relations and State Capabilities in the Third World*; Princeton University Press; New Jersey; 1988; Seite 26, f.

Bereich der persönlichen Identität und eigennütziges Handeln (persönliche politische Ökonomie) und der Sphäre der Gruppenidentität und Kollektivmaßnahmen (gemeinschaftliche moralische Ökonomie), ein Verbindungsglied dar.

“In stitching together strategies of survival, people use myths or symbols to help explain their place and prospect in an otherwise bewildering world. Their strategies rest upon concrete foundations; they provide material needs and aspirations, such as jobs, housing, and protection. These strategies of survival, sewn from the symbols, rewards, and sanctions, are the roadmaps used to guide one through the maze of daily life, ensuring one’s existence and, in rare instances, pointing the way toward upward mobility.”³³

Jede Person konstruiert ihre eigene Strategie des Überlebens. Die Auswahl der Komponenten für die eigene Überlebensstrategie ist wesentlich von verfügbaren Ressourcen, Ideen und organisatorischen Mitteln abhängig. Überdies bestimmen Boden und die Kontrolle über den Zugang zu Ressourcen die Auswahl von Strategien in einem Gebiet.

“Social control rests on the organizational ability to deliver key components for individuals’ strategies of survival.”³⁴

Soziale Kontrolle ruht zu einem gewissen Teil auf der Fähigkeit Schlüsselkomponenten für die individuellen Überlebensstrategien zur Verfügung zu stellen. Die meisten dieser Strategien stimmen mit den gängigen und allgemein akzeptierten Verhaltensweisen und Glaubensformen überein. Diese geben den Ausschlag für die charakteristischen Ausformungen sozialer Kontrolle. Manchmal werden Komponenten in Strategien angeboten, die den gängigen Normen und Modi sozialer Kontrolle zuwiderlaufen und so zu neuen Formen des gesellschaftlichen Lebens führen.³⁵

Gelingt es einem Staat nicht die Kontrolle über die Gesellschaft zu erringen, handelt es sich um einen „schwachen Staat“. Im Folgenden sollen die „Überlebensstrategien“ in solchen politischen Organisationen beschrieben werden.

2.3 Politics of survival

2.3.1 Wertlose Vereinbarungen

Die Macht, die von Vereinbarungen ausgeht, die von staatlicher Führung getätigt werden, geht darüber hinaus Staatsangestellte zu feuern oder zu ersetzen. Vereinbarungen mit treuen Gefolgsleuten stellen den Inbegriff der Quelle der Kraft von Patronage dar. Diese Patronage

³³ Ebd.: Seite 27.

³⁴ Ebd.: Seite 27.

³⁵ Siehe auch: ebd.; Seite 26, f.

oder auch Klientelismus sind es, die das Bilden von anderen Machtzentren innerhalb eines Staates verhindern. Daraus entwickelten sich geradezu familiäre Strukturen:

“Probably, the most popular method here has been to appoint top agency officials having deep personal loyalties to the state leaders.”³⁶

Neopatrimonialismus ist das System, das dieses Phänomen genauestens beschreibt.

2.3.2 Neopatrimonialismus

„Beim Neopatrimonialismus handelt es sich um eine Mischform von Herrschaft. Elemente von patrimonialer und rational-bürokratischer Herrschaft sind miteinander verwoben. Die Unterscheidung von Privatem und Öffentlichem ist zwar formal vorhanden, wird aber in der Praxis oft nicht beachtet. So koexistieren zwei Systeme miteinander: das patrimoniale der persönlichen Beziehungen und das legal-rationale der Bürokratie. Dabei dringt das patrimoniale in das legal-rationale System ein und deformiert seine Funktionslogik und Wirkung.“³⁷

Hierzu führt Trutz von Trotha weiter aus, dass die konzentrische Ordnung, die diesem System inhärent ist, den Staat zu einem zentralistischen Herrschaftsapparat transformiert hat. Die staatlichen Behörden werden zum Instrument klientelistischen Handelns, um primäre Beziehungen zum Zwecke des Machterhalts weiter auszubauen.³⁸ Unter diesen primären Beziehungen versteht man zum einen die persönliche Familie und Verwandtschaft, zum anderen nützliche Kontakte (in wirtschaftlichen und finanziellen Belangen) und anderen eventuellen Machtpolen.

Mattes geht sogar noch einen Schritt weiter und sieht die Verflochtenheit dieses Systems bis hin zu den politischen Parteien - wenn existent sogar bis in die zivilgesellschaftlichen Vereinigungen. Dieser Klientelismus unterliegt einer starken Personalisierung der Entscheidungsstrukturen was man unter dem Begriff Zaimismus³⁹ versteht. Diesem politischen System inhärent ist im Mittelpunkt ein politischer Führer, der autokratisch agiert und selbst keinerlei politischen Kontrolle unterworfen ist, dagegen zum politischen Überleben den Grundsatz der „sozialen Gerechtigkeit“ nicht übersehen sollte.⁴⁰

³⁶ Ebd.: Seite 217.

³⁷ Erdmann, Gero: Apokalyptische Trias: Staatsversagen, Staatsverfall und Staatszerfall – Strukturelle Probleme der Demokratie in Afrika, in: Bendel, Petra u.a. (Hg.): Demokratie und Staatlichkeit. Systemwechsel zwischen Staatsreform und Staatskollaps, Opladen, 2003, Seite 278.

³⁸ Siehe auch: Trotha, Trutz von: Die Zukunft liegt in Afrika. Vom Zerfall des Staates, von der Vorherrschaft der konzentrischen Ordnung und vom Aufstieg der Parastaatlichkeit. In Leviathan, Jg.28, 2000, Seite 266.

³⁹ Abgeleitet vom arabischen Wort za'im (Führer); Zaimismus ist die arabische Variante des Begriffs „Sultanismus“, der in die Politikwissenschaft Eingang gefunden hat; vgl. Ganji, Akbar: The struggle against sultanism, in: The Journal of Democracy, Washington, D.C., Nr. 4, 2005, S. 38-51.

⁴⁰ Siehe auch: Mattes, Hanspeter: http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_nahost_0808.pdf [letzter Zugriff: 22.10.2012].: Seite 6.

Insgesamt ist an dieser Stelle zu vermerken, dass die Bindung der Staatsführung an „Kraftpole“ (Teile der Gesellschaft, die zum Machterhalt beitragen) auch Abhängigkeit bedingt.

2.3.3 Misstrauen

Gerade in einem Umfeld mit großer Opposition ist die Staatsspitze darauf bedacht, durch Vereinbarungen, Teile der Bevölkerung an sich zu binden. In Ländern, die einem neopatrimonialen System unterworfen sind, war es weder das vorrangige Ziel eine repräsentative Bürokratie oder Armee zu schaffen, die in einem ausgeglichenen Verhältnis die ethnischen Gruppen aus der sich die Bevölkerung zusammensetzt, widerspiegelte, noch lag es im Interesse der Staatsführung ihre Reichweite nach formal organisatorischen Prinzipien auszubauen. Folgt man dieser Funktionslogik, so wird ersichtlich, dass Spitzenposten ausschließlich an loyale Gefolgschaft vergeben wurden.

“ State leaders have assigned the most loyal elements, often the tribe or ethnic group of the leaders themselves, to the agencies, such as the military, potentially most threatening to state leaders and exercising the most control in society. ”⁴¹

Erkennbar wird in diesem System, dass die vertrauenswürdigsten Regimeanhänger im Umfeld Premierministers, des Innenministers, dem staatlichen Sicherheitsapparat und dem Befehlshaber der Leibgarde zu finden sind. Die Gruppierungen denen man misstraut werden mit weniger wichtigen Ämtern beglückt.

Durch das staatliche Agieren – wie zum Beispiel – mit Kooption, das gegeneinander Ausspielen von ethnischen Gruppen und Vereinbarungen die auf persönliche Loyalität abzielen, behindert sich die Staatsführung selbst, bindende Gesetze in der Gesellschaft zu verankern und untergraben so ihre eigenen Mechanismen für den sozialen Wandel und die politische Mobilisierung.

“The states prerogatives have come to be bound in much the same ways that historical patrimonial regimes were limited. Yet, these limitations have developed in the context of a remarkable growth in the size and complexity of state organizations, permeating all parts of society. ”⁴²

Genau unter diesem klientelistischen Gebaren – wie bereits weiter oben erläutert – versteht man Neopatrimonialismus.

⁴¹ Migdal, Joel S.: Strong Societies and Weak States, State-Society Relations and State Capabilities in the Third World; Princeton University Press; New Jersey; 1988. Seite 222.

⁴² Ebd.: Seite 223.

2.3.4 Schmutzige Tricks

Der Aspekt der wohl am meisten Aufmerksamkeit bei den “politics of survival” auf sich zieht, sind besonders die schmutzigen Tricks, die unter ihr Anwendung finden. Darunter versteht man beispielweise illegale Verhaftungen und Abschiebungen, mysteriöses Verschwinden von unliebsamen Oppositionellen, aber auch das Einsetzen von Folter und Todesschwadronen. Der Einsatz von solchen “politics of survival” wiederum zehrt an der Basis zur Erlangung von sozialer Kontrolle.

“Dirty tricks include illegal methods or quick changes of the law to remove key state figures, preempting the emergence of competing power centers, and weakening or destroying groups in agencies already powerful enough to threaten the rulers’ prerogatives.”⁴³

Es ist im Weiteren nicht verwunderlich, dass über Machthaber die erfolgreich die Vorherrschaft errungen haben, oft weniger abschätzig berichtet wird, als über jene die sie verdrängten, oder diejenigen, die sich nicht durchsetzen konnten. An dieser Stelle sei überdies erwähnt, dass Regierungen die “politics of survival” praktizieren nicht ausschließlich als Betreiber eigener Interessen betrachtet werden können, auch das Wohl der Gesamtbevölkerung, sozialer Wandel können Intention hierfür sein. Konfrontiert mit der strukturellen Misere bezüglich der sozialen Kontrolle ist sie genötigt ihre Prioritäten neu zu ordnen.

“Engaging in the politics of survival, however, has not meant leaders have never had the slightest interest in using the state as a vehicle for progressive social change. Indeed, these leaders frequently have ascended to power with full social agendas. They have faced the structural dilemma in power – the danger of fostering the growth of powerful state agencies in the absence of adequate capabilities for political mobilization; this has caused a critical shift in priorities.”⁴⁴

Politisches Überleben ist der Kernpunkt um den sich die Aufmerksamkeit der Staatsführung dreht. Ohne das politische Überleben, ist es ihr, logischer Weise, auf längere Sicht gesehen nicht möglich, soziale Veränderungen herbei zu führen. Obwohl Programme für den sozialen Wandel, seitens der Staatsspitze, Basis für öffentliche Rhetorik – hierbei nicht nur für politische Positionierungen, sondern auch bei der Gesetzgebung – sind, vereiteln die “politics of survival” die effiziente Umsetzung durch die Behörden.⁴⁵

2.3.5 Die Reduktion von Staatsführern auf List und Täuschung

Warum sind einige Staaten immer noch schwach? Und welche Auswirkung hat eine solche Schwäche auf das politische Leben? Die Antwort kreist um das Dilemma der Staatsführung.

⁴³ Ebd.: Seite 222, f.

⁴⁴ Ebd.: Seite 226.

⁴⁵ Siehe auch: ebd.: Seite 226, f.

Durch die weiterhin fragmentierte gesellschaftliche Kontrolle, setzt die Staatsführung „politics of survival“ ein, womit sie sich selbst dabei behindert ihre Möglichkeiten weiter auszubauen. Im Zuge der Unterdrückung von Machtzentren außerhalb der staatlichen Führung erschöpft sie sich so sehr, dass dies zur ihrer grundlegenden Schwäche wird.

“Where complex organization is needed for the survival of the regime, as with the military and capital, state leaders have varied between tight reins, cutting into efficiency of the organizations, and loose reins through accommodating, discriminatory state policies. They have also tried balancing powerful institutions against one another.”⁴⁶

Manche Staatsoberhäupter haben sich sogar selbst im Verlauf des „Ausgleichs der Kräfte“, bei staatlichen und multinationalen Unternehmen ein Scheibchen abgeschnitten.

Es wäre ein Irrtum anzunehmen, dass solch ein staatliches Handeln gleichzusetzen ist mit der Fähigkeit, für die Gesamtgesellschaft geltende Gesetze einzuführen, wie auch, dies als Ausdruck für staatliche Autonomie zu sehen. Solange nur eine stückweise soziale Kontrolle besteht, ist die Staatsführung in ihrer politischen Mobilisierung der breiten Volksmasse eingeschränkt und muss sich von daher erheblicher Kniffe und Tricks bedienen.

“[...] they must build and rebuild coalitions and balances of power centers while using state resources to reinforce existing distribution of power and wealth in society. Such mechanisms may at times encourage economic growth, but they do not create a more capable, autonomous state.”⁴⁷

Der Staat ist eine Organisation mit vielen Abteilungen. Anschließend wird die Interaktion zwischen den einzelnen Ebenen, versucht nachzuzeichnen.

2.3.6 Die Dreiecksbeziehung der Zugeständnisse: die umsetzenden Organe, Politiker und lokale nichtstaatliche Autoritäten

Umsetzende Organe

Die umsetzenden Organe sind laut Migdal strategisch zwischen höhere politikmachende Instanzen und der Bevölkerung platziert worden. Man kann sie als die Schlüsselfigur betrachten, die die Weichen zum Abschöpfen der staatlichen Ressourcen stellen. Über das ganze Land verteilt, durchdringen diese Institutionen die gesamte Gesellschaft. Ihre Zuständigkeit liegt in der Umsetzung politischer Maßnahmen und ist nur auf ein beschränktes Gebiet (Distrikt, Provinz etc.) ausgerichtet, dabei sind sie aber ihren Vorgesetzten Rechenschaft schuldig. Ohne diese mittlere Ebene der öffentlichen Verwaltung könnte die Staatsführung ihre Gesetze nur sehr eingeschränkt umsetzen.

⁴⁶ Ebd.: Seite 236.

⁴⁷ Ebd.: Seite 237.

“In brief, implementors take the programs, legislation, and policy statements of leaders and, acting responsibly on those guidelines, make them the rules of daily behavior. This state personnel must make policy work at the ground level.”⁴⁸

In ihrer führenden Rolle, als Umsetzungsorgan von politischen Maßnahmen, geraten sie von mehreren Seiten unter Druck. An erster Stelle seien hier ihre Vorgesetzten zu erwähnen, die auf gute Ergebnisse pochen. An zweiter, die sogenannten Klienten, die von den eingeführten Programmen profitieren oder reguliert werden sollen. Überdies spielen auch die regionalen Akteure von anderen staatlichen Stellen eine bedrängende Rolle, da diese – selbst bemüht Ressourcen zu akquirieren und staatliche Erlasse durchzusetzen – sich in ihrem Zuständigkeitsbereich teilweise überschneiden. Schließlich sind hierbei noch lokale nichtstaatliche Autoritäten (beispielsweise Machthaber wie Landbesitzer, Finanziere und lokale Geschäftsleute) zu nennen, die Einfluss auf die Gestaltung der lokalen Überlebensstrategien und Konventionen haben.

“In brief, I argue that the structure of society has an important indirect effect on policy implementation. We have seen how a society with fragmented social control leads to the politics of survival. In turn, I hypothesize, the politics of survival lessens backing and threats of sanctions from supervisors, thus making the implementor more attentive to possible career costs involving strongmen and peer officials. The result is a further weakening of the state’s ability to make the rules governing people’s behavior.”⁴⁹

Die soziale Struktur ist also der ausschlaggebende Indikator für die Schwächung des Staates und so, mit ein Grund dafür, dass der Staat es nicht schafft bis zu den lokalen Ebenen durchzudringen. Auf Seiten der umsetzenden Organe kann man häufig die Forcierung auf den Aufstieg der Karriereleiter beobachten. Dies manifestiert sich vor allem darin, dass Anordnungen von oben nicht mehr richtig befolgt werden. Es wird nur mehr der Anschein verbreitet, dass politische Programme implementiert werden, in Wirklichkeit wird aber eher in die private Tasche gearbeitet.

“It has led as we shall see, to the injection on state resources and institutions into the everyday lives of people and their strategies of survival throughout the country based on rules quite different from those official laws and policy statements.”⁵⁰

Schwächen in der sozialen Kontrolle führen demnach zu – von Region zu Region – differierenden Herrschaftsausformungen.

“Scholars and aid officials alike have singled out bureaucrats in the Third World for their slothfulness, lack of will, and absence of commitment to reform. These scholars have paid scant attention to the calculus of pressures these bureaucrats have faced that have made them so “lazy” or “uncommitted”. Success for public policies

⁴⁸ Ebd.: Seite 239.

⁴⁹ Ebd.: Seite 241.

⁵⁰ Ebd.: Seite 242.

neither waits around the corner in a “new breed” of implementor, nor will it be found in an exclusive focus on new management techniques.”⁵¹

Hieraus ist ersichtlich, dass es immer der Analyse, des Zusammenspiels zwischen den einzelnen Akteuren bedarf, um die Schwächen in der sozialen Kontrolle ausarbeiten zu können. Das Hauptproblem in diesem Feld bezieht sich auf die Implementierung von Programmen. Es ist nicht davon auszugehen, dass das Misslingen der Einführung politischer Programme auf die persönliche Einstellung der Beamten zurückzuführen ist. Ein Umgang mit dem Druck, mit dem die Zuständigen konfrontiert werden, kann darin gesehen werden, dass sie – meist unter Aufbringung all ihrer Kräfte – den Informationsfluss an ihre Vorgesetzten zu filtern suchen, um hierdurch ihr Unvermögen in der Handhabung der Implementierung zu verschleiern und so ihre Karriere in weiterer Folge nicht zu beeinträchtigen.

Der nächste Faktor in der Dreiecksbeziehung, der Akkommodation sind die Klienten.

Klienten und lokale nichtstaatliche Autoritäten

Klienten sind nicht nur in ruralen, sondern auch in urbanen Gebieten von lokalen Autoritäten abhängig. Die lokalen Autoritäten beeinflussen, im Versuch ihren eigenen Machtraum zu erhalten, oft die Implementierung von neuen politischen Agenden. Die Beendigung von Pachtverhältnissen, die Ablehnung von Kreditanträgen, der Verlust ihres Arbeitsplatzes oder sogar der ihres Lebens, sind mögliche Bedrohungen, die durch das Ringen der Autoritäten, für Klienten in Erscheinung treten können. Eine Strategie des Überlebens, die sich für die Klienten aus dieser Bedrohung ergibt, ist es, die implementierenden Instanzen von neuen politischen Programmen, als Missetäter darzustellen, die sie in ihren Rechten beschneidet. Lokale nichtstaatliche Autoritäten sind eng verwoben mit den Überlebensstrategien der regionalen Klienten. So kann der Machtverlust dieser Autoritäten gleichzeitig die Konsequenz mit sich bringen, dass Überlebensstrategien von Klienten unterpült werden. Auf der anderen Seite kann der lokale Kampf um die Vorherrschaft aber auch dazu führen, dass Arbeiter und Bauern entmutigt werden, Staatsbeamte bei Rechtsverstößen einzubeziehen.⁵²

“With clients frozen by fear and superiors absorbed in the politics of survival, those groups most potentially damaging for the implementor have been peer officials and the local strongmen themselves. The implementor has often confronted a set of complex accommodations between these groups. Local strongmen, through the social control they exercise, have performed critical functions for state and party personnel. They have turned out that the vote (where there are elections), they have maintained stability, and they have provided access to constituencies. In turn, strongmen have received special benefits from the officials.”⁵³

⁵¹ Ebd.: Seite 242.

⁵² Siehe auch: ebd.; Seite 244.

⁵³ Ebd.: Seite 244.

Die Betroffenen, die demnach am meisten bei der Anwendung der “politics of survival” in Bedrängnis geratenen, sind Fachkollegen, der implementierenden Organe und die lokalen, nichtstaatlichen Autoritäten. Auch wird ersichtlich, dass Beamte teilweise Mittel lukrieren, um lokale Autoritäten bei der Implementierung politischer Programme, hinter sich zu wissen. Kein Staat kann Vormachtstellung erreichen, wenn er es nicht schafft das ganze Land mit einzubinden. Ohne eine räumlich ausdifferenzierte politische Repräsentation, wird die soziale Kontrolle utopisch. Die Qualität der Implementierung politischer Programme spiegelt sich wieder in der Mobilisierung von Unterstützung und dem Ausbau eines ausdifferenzierten und facettenreichen Verwaltungsapparates. In Fällen bei denen die Staatsführung Verwaltungsstellen in ihren Aufgaben untergraben hat, ist die Implementierung von politischen Programmen in ihrer Reichweite behindert.⁵⁴

“The Triangle of Accommodation, with all its bargaining and tradeoffs, has had as debilitating an effect on state strength as the politics of survival. Accommodation at the local and regional level has stemmed indirectly from the fragmentation of society and the dilemma such fragmentation impose on state leaders. Its impact has been to bring the political process full cycle, for the triangle of Accommodation results in an allocation of state resources that reinforces societal fragmentation.”⁵⁵

Die Dreiecksbeziehung der Akkommodation wirkt sich im Zuge der “politics of survival” destabilisierend auf die Stärke des Staates aus. Abzuleiten ist sie aus der gesellschaftlichen Fragmentierung und dem Problem, das sich für die Staatsführung ergibt, alle Teile der Gesellschaft zu mobilisieren. Durch individuelle Überlebensstrategien, ergeben sich individuelle Bedürfnisse und Ressourcen. Im Versuch solch mannigfaltigen Ansprüchen nachzukommen (um die soziale Kontrolle zu erringen), erschöpft sich der Staat und fördert neue Fragmentierungen. So ist es ein endlos zu seien scheinender Teufelskreis der durch die gesellschaftliche Fragmentierung bedingt wurde.

Die soziale Struktur ist also der ausschlaggebende Indikator für die Schwächung des Staates und so, mit ein Grund dafür, dass der Staat es nicht schafft bis zu den lokalen Ebenen durchzudringen. Der Grad der Stärke des Staates, lässt sich anhand der Ausformung der sozialen Kontrolle ablesen. Befolgung, Partizipation und Anerkennung der staatlichen Ordnung, sind die drei Ebenen der Mobilisierung der Gesellschaft, die wiederum die Kontrolle des Staates über die Gesellschaft widerspiegeln. Warum sind einige Staaten immer noch schwach? Und welche Auswirkung hat eine solche Schwäche auf das politische Leben?

⁵⁴Siehe auch: ebd.; Seite 247.

⁵⁵ Ebd.: Seite 256.

3. Historische Analyse der Staatstransformation Tunesiens 1830-2014

Um die Staatstransformation in Tunesien analysieren zu können, werde ich in diesem Teil der Arbeit, die wichtigsten historischen Gegebenheiten beschreiben. Um eine Staatsanalyse nach der Theorie Joel Migdals durchzuführen, ist es wichtig, am Entstehungspunkt des modernen Staates zu beginnen, um ein komplettes Bild für die Staatstransformation zu erhalten. Hieraus werden die Mechanismen des Staates deutlich und geben dadurch eine Erklärung für staatliches Agieren. Das Verstehen des staatlichen Handelns ist wiederum wichtig für die Beantwortung meiner Forschungsfrage, wie der Verlust der Stellung als Rechtssubjekt der beteiligten Personen im Konfliktfeld der Plantagenbesetzung in Südtunesien zu erklären ist.

In diesem Teil werde ich im Besonderen mein Augenmerk auf die Fragen richten:

- Wie ist die Politik beschaffen?
- Was sind die Auswirkungen auf die Gesellschaft?
- Welcher Grad an sozialer Kontrolle besteht? (Handelt es sich um Befolgung, Partizipation oder Anerkennung der staatlichen Ordnung?)

Als Anfangspunkt der Analyse ist die Herrschaft unter Ahmed Bey gewählt, da unter ihm ein umfassendes Steuersystem eingeführt wurde, das Impulse zur Zentralisierung der Herrschaft brachte und somit der erste Schritt in die moderne Staatlichkeit vollzogen wurde.

3.1 Die Herrschaft unter Ahmad Bey

Ahmad Bey, der mit vollem Namen Aḥmad Ibn Muṣṭafa genannt wurde, ist 1806 geboren und starb 1855⁵⁶ in Tunis. „Bey“ bedeutet hier soviel wie „Herrscher“. Während seiner Regierung implementierte er viele Neuerungen, die als Vorwehen zur Geburt eines modernen tunesischen Staates gesehen werden können.

In einem Land, in dem zu dieser Zeit um die 60 % der Bevölkerung⁵⁷ in nomadischen Verhältnissen lebten, war es den Herrschern nur schwer möglich die soziale Kontrolle zu erringen. Die Ausweitung staatlicher Kontrolle auf mehr und größere Ressourcen zu der Zeit Ahmad Beys, kann im Anstieg der Einnahmen während seiner Herrschaft gemessen werden,

⁵⁶ Encyclopedia Britannica: <http://www.britannica.com/EBchecked/topic/10082/Ahmad>

⁵⁷ Siehe auch: Hunter, F. Robert: Notes on the comparative political evolution of Tunisia and Egypt under Ahmad Bey and Muhammad Ali; Rev. HM 43-44; 1986; Seite 43.

die ums dreifache⁵⁸ wuchsen. Durch spezielle Militäreinheiten gelang es flächendeckender Steuern einzutreiben. Diese Einheiten wurden „niṣām“ (نظام die Ordnung, Regelung) genannt. Die Soldaten wurden durch Einberufung rekrutiert.

*„These units were stationed in various parts of the countryside or sent out from the capital according to need. In Tunisia, these new regiments were partly responsible for the diminished importance of the mahalla [Stadtviertel, Gegend], which went out less and less often under Ahmad Bey.“*⁵⁹

Die Vergrößerung der Armee ist aber auch der außenpolitischen Lage Tunesiens zu dieser Zeit zuzuschreiben. Der Bey sah sich von zwei Seiten her bedroht. Zum einen von algerischer Seite, welches von den Franzosen besetzt wurde und zum anderen aus der Richtung Libyens, wo sich eine osmanische Militärmission befand, um dort wieder direkt Einfluss ausüben zu können. Die Armee wurde hierbei nach französischem Vorbild modernisiert, wofür sich der Bey extra Berater aus Frankreich kommen ließ. Die Projekte Ahmed Beys waren so kostspielig, dass er sich ausländischer Kredite bedienen musste.

*„Neben diesem kostspieligen Aufrüsten der Armee beschloss Bey Ahmed 1846 auch, einen neuen Palast zu bauen. In seinen Vorstellungen sollte ein „tunesisches Versailles“ [...] entstehen. Bald ging dem Bey das Geld aus, und so wurden Steuern erhöht, und als das nicht mehr ausreichte, wurde begonnen, im Ausland Kredite aufzunehmen [...]. Die Spirale zwischen der Aufnahme neuer Kredite im Ausland und der Erhöhung der Steuern im Inneren, um diese Kredite aufnehmen zu können, begann sich zu drehen.“*⁶⁰

Zu diesen Zeiten gab es keine direkte Kontrolle über die landwirtschaftliche Produktion. Laut Roberts ging die landwirtschaftliche Produktion während der Herrschaft von Ahmad Bey sogar zurück. Die Steigerung der Staatseinnahmen resultierte von der Anhebung alter Steuern und der Entwicklung neuer Marktsteuern, welche man „*al-maḥṣūlāt*“ (Gewinn, Ernte) nannte. Das Recht die Steuer „*al-maḥṣūlāt*“ einzutreiben, wurde von staatlicher Seite an den meist Bietenden (Regierungsbeamten oder lokale Autorität) abgetreten. Alle anderen wurden durch Gouverneure und deren Stellvertreter abgeschöpft und an die Regierung übermittelt.⁶¹ Die Steuereinnahmen stiegen während Bey Ahmeds Amtszeit um 237%.⁶² Diese neue Steuer und die Einführung einer Geldsteuer auf Dattelpalmen und Öl führten zu diesen Mehreinnahmen.

⁵⁸ Ebd.: Seite 44.

⁵⁹ Ebd.: Seite 44.

⁶⁰ Raupach, Florian: Zur These der „strategischen Clique“ und der französischen Okkupation von Tunesien am Beispiel des Vertrages von Bardo; Grin Verlag; Konstanz/ Norderstedt; 2012; Seite 10.

⁶¹ Siehe auch: Hunter, F. Robert: Notes on the comparative political evolution of Tunisia and Egypt under Ahmad Bey and Muhammad Ali; Rev. HM 43-44; 1986; Seite 45.

⁶² Siehe auch: ebd.: Seite 45.

Die Beschaffenheit Tunesiens, erschwerte lange Zeit die Zentralisierung der Kontrolle im Lande. Das Land kann klimatisch und geographisch in drei Zonen eingeteilt werden. Die Küstenregionen, das zentrale Plateau und die Wüste.

“This made animal husbandry as important as agriculture and produced a society that was sharply divided between nomadic and sedentary ways of life.”⁶³

Die Beschaffenheit des Landes bedingte eine automatische Fragmentierung der Bevölkerung. Durch die verschiedenen Lebensumstände sind unterschiedliche Überlebensstrategien je nach Region zu finden.

Die Kontrolle über diese stratifizierte Bevölkerung lässt sich auf die alte Dynastie der Husainiden zurückführen, welche tief in der Gesellschaft verankerte Anerkennung besaß. Bey Ahmed konnte sich durch seine Abstammung aus dem husainidischen Herrschergeschlecht auf eine loyale Anhängerschaft und damit einhergehenden Kader in den provinziellen Gegenden verlassen.

“[...], Ahmad Bey, ruler of a dynastic state which was already Tunisified, had available local Makhzan elites in the countryside that where already assimilated to central power and «detached» from their people of origin.”⁶⁴

Zusammengefasst kann gesagt werden, dass unter der Herrschaft Ahmed Beys Tunesien durch die Ausdifferenzierung der Steuerabschöpfung, das Potential zur gesellschaftlichen Mobilisierung vergrößert wurde. Die soziale Kontrolle war gewährleistet durch die Anerkennung des Herrscherhauses in der Bevölkerung. Anzumerken sei aber, dass Tunesien aufgrund seiner Geografie von jeher eine starke Fragmentierung der Gesellschaft aufwies. Eine fragmentierte Gesellschaft verlangt nach dem staatlichen Eingeständnis zu unterschiedlichen Überlebensstrategien der verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Unter Ahmed Bey waren die Bedürfnisse der diversen Gruppen allerdings noch auf Subsistenz ausgerichtet und verlangten daher nach wenig staatlichen Eingriffen um die Konformität der Bevölkerung mit ihren Zielen zu vereinbaren.

Im nächsten Punkt möchte ich die Auswirkungen des beginnenden französischen Einflusses auf Tunesien nachzeichnen.

⁶³ Ebd.: Seite 45.

⁶⁴ Ebd.: Seite 46.

3.1.1 Beginn des französischen Einflusses auf Tunesien

Der Beginn des französischen Einfluss⁶⁵ auf den Außenhandel Tunesiens, ist gleichzusetzen mit dem Beginn der Schwächung der staatlichen Kontrolle über die Gesellschaft.

*“When Ahmad Bey came to power, his country was just beginning to recover from a European onslaught (1815-1830) which have deprived Tunisia of its commercial revenues, destroyed virtually the entire indigenous merchant class, forced the country in near bankruptcy, and gravely weakened Beylical authority.”*⁶⁶

Der europäische Einfluss wird deutlich, wenn man den Vertrag von 1830 betrachtet, der zwischen Frankreich und Tunesien geschlossen wurde. Er verbot jegliche Monopole und ermöglichte es den französischen Händlern uneingeschränkt in den ländlichen Gebieten zu agieren. Dies führte zu einer Kommerzialisierung der Landwirtschaft auf die der Bey keinen Einfluss mehr hatte.

*“Ahmad Bey, however, was able to compel European merchants to buy crops from his government, but he did so by the dangerous expedient of advance sales of the harvest – a dubious tactic that brought him ultimately into debt to Europeans.”*⁶⁷

Die drastischsten Konsequenzen, die sich hieraus ergaben waren der Bruch zwischen dem Bey und seiner Gefolgschaft, wie auch durch den Vertrag einhergehende finanziellen Verpflichtungen, die der Landgesellschaft auferlegt wurden.

Der unterentwickelte landwirtschaftliche Sektor und auch Missernten trugen zum wachsenden Handelsdefizit mit Europa bei und zwangen den Bey den wachsenden finanziellen Druck an die Steuereintreiber weiterzureichen. Dies wirkte sich vor allem auf die „*al-maḥṣūlāt*“ – eintreibenden Berechtigten aus, welche wiederum den erhöhten finanziellen Druck auf die Landbevölkerung mit höheren Steuern abwälzten.⁶⁸ Durch den Anstieg der Steuern zusammen mit den Konsequenzen der Missernten wurden die Chancen zum Überleben aufgrund einer Subsistenzwirtschaft für die Landbevölkerung zunehmend erschwert. Dies brachte zugleich ein höheres Bedürfnis in der Gesellschaft für strukturelle Anpassung von staatlicher Seite hervor, um den staatlichen Legimitationsansprüchen gerecht zu werden.

⁶⁵ Schon unter Napoleon III. hatte sich Paris eine Sonderstellung in Tunesien geschaffen. Siehe auch: Meysels, Lucian O.: Tunesien: Brennpunkt der Kulturen; Geschichte und Gegenwart; mit einer Einleitung von Kurt Waldheim; Herbig; München; 2004; Kapitel 5.

⁶⁶ Hunter, F. Robert: Notes on the comparative political evolution of Tunisia and Egypt under Ahmad Bey and Muhammad Ali, Rev. HM 43-44, 1986, S. 46.

⁶⁷ Ebd.: Seite 46.

⁶⁸ Siehe auch: ebd.; Seite 47,f.

Zudem herrschten innerhalb der führenden Elite hohe ethnische Spannungen vor. Bis zum Jahre 1855, dem Jahr in dem Bey Ahmad starb, war auch diese weitgreifend in sich gespalten. Somit ist es nicht überraschend, dass dem Tod Bey Ahmads die indirekte Kontrolle durch Europa folgte, die durch die Kollaboration seitens nach Macht strebender Beamte ausgeübt wurde und den Weg in die koloniale Abhängigkeit bereitete. Besonders sei an dieser Stelle der Premierminister Khaznadar zu nennen, der um seine Macht zu mehren, den Franzosen zuarbeitete.⁶⁹

Dieser Prozess verursachte somit die Weichenstellung in die koloniale Abhängigkeit, beraubte Tunesien zusehends seiner Souveränität und fragmentierte die Gesellschaft zunehmend.

3.2 Die französische Okkupation und der Vertrag von Bardo

Der Vertrag von Bardo wurde am 12. Mai 1881 geschlossen und kann als der Grundstein für das französische Protektorat gesehen werden. Zu dieser Zeit war Tunesien eigentlich noch ein Teil des Osmanischen Reichs. Dieses war allerdings aufgrund seiner desaströsen innen- und außenpolitischen Situation kein ernstzunehmender Gegner um Frankreich an seinen Okkupationsplänen Tunesiens zu hindern.

Die innenpolitische Lage Tunesiens veränderte sich mit der Einführung einer Konstitution im April 1861 maßgeblich. An der Spitze des Staates stand zwar nach wie vor der Bey, welcher autonom seine Minister ernennen durfte, so war er bei der Anzahl nicht beschränkt, jedoch dazu verpflichtet einen Premierminister zu ernennen. Der Premierminister wurde meist aus der eigenen Familie bestimmt. Weiters wurde ein „oberster Rat“ kreiert, der gemeinsam mit dem Bey die Legislative darstellen sollte. Die Mitglieder dieses Rates wurden ausschließlich von den Ministern ernannt. Hierdurch waren die ersten Schritte zu einer Gewaltenteilung getan.

„Der Bey blieb jedoch weiterhin Oberbefehlshaber der Armee und Marine und vertrat Tunesien völkerrechtlich. Mit der Schaffung des Amtes des Premierministers wurde jedoch ein Amt geschaffen, das sehr viel Macht in sich vereinte: Er übte auch die Funktion des Außen-, Handels- und Innenminister aus [...]“⁷⁰

⁶⁹ Siehe auch: Meinicke-Kleint, Heinz: Algerien Marokko Tunesien, Unterjochung und Befreiung; Dietz Verlag; Berlin; 1965; Seite 24,f.

⁷⁰ Raupach, Florian: Zur These der „strategischen Clique“ und der französischen Okkupation von Tunesien am Beispiel des Vertrages von Bardo; Grin Verlag; Konstanz/ Norderstedt; 2012; Seite 10.

Die Staatsausgaben, die schon unter Bey Ahmad zur Verschuldung Tunesiens führten, stiegen unter Bey Mohammed es-Sadok so sehr⁷¹, dass für die Bedienung der Zinsen die Steuern im Jahre 1864 verdoppelt wurden. Dies veranlasste das Volk zu einem Aufstand.

1865 war das Jahr in dem Tunesien erstmals die Zinsen für die ausländischen Kredite nichtmehr begleichen konnte. Der Druck der Gläubiger stieg derart, dass Bey Mohammed es-Sadok einer Finanzkommission zustimmte, die 1869 ins Leben gerufen wurde und den Staatsbankrott erklärte. Die Finanzkommission bestand aus dem Dreigespann Frankreich, Großbritannien und Italien.⁷²

Der Premierminister Khaznadar wurde schließlich im Zuge dieser Kommission von Kheredine abgesetzt. Dieser unterhielt gute Beziehungen zu Frankreich und wurde somit als fähiger betrachtet als sein Vorgänger, dem attestiert wurde vorrangig in die eigene Tasche zu arbeiten. Er schaffte es in den folgenden Jahren auch ein bisschen Ruhe in das turbulente Tunesien zu bringen. Um Tunesiens Abhängigkeit zu mindern, verschaffte er durch Reformen erneuten Zugang für das osmanische Reich, aber er ermöglichte auch Italienern und Briten in das Land zu investieren.

„Damit erhoffte er sich, in keine Abhängigkeit von einem europäischen Land zu geraten, sondern die europäischen Mächte gegen sich selbst auszuspielen.“⁷³

Auf Drängen seitens der Franzosen, musste Kheredin sein Amt niederlegen, weil diese die Ausweitung ihrer Macht bedroht sahen. In weiterer Folge reichte den Franzosen ihr bestehender Einfluss auf Tunesien nicht mehr und so verordneten sie, unter dem Deckmantel der Befriedung von Grenzkonflikten⁷⁴, eine militärische Besatzung. Am 7. April 1881 sprach sich das französische Parlament für eine „Militärexpedition“ aus. Innerhalb der nächsten drei

⁷¹ Meinicke-Kleint, Heinz: Algerien Marokko Tunesien, Unterjochung und Befreiung; Dietz Verlag; Berlin; 1965; Seite 24,f.: „In den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts trat der Finanzminister des Beys, Mustapha, an die Pariser Bankiers Oppenheimer und Erlanger mit dem Wunsch nach einer Anleihe heran. Beide Bankiers bildeten ein Konsortium, dem gegenüber sich der Bey zur Rückzahlung einer Summe von 63 Mill. Frans innerhalb von fünfzehn Jahren verpflichtete. Tatsächlich erhielt er aber nur 5,5 Mill. Francs. 57,5 Mill. Francs gingen für Zinsen, Provisionen und Spesen ab, die an Mustapha gezahlten Bestechungsgelder einbegriffen. Unter solchen Umständen war es nicht verwunderlich, dass der Bey im Jahre 1869 die Zahlungsunfähigkeit erklären musste.“

⁷² Siehe auch: Raupach, Florian: Zur These der „strategischen Clique“ und der französischen Okkupation von Tunesien am Beispiel des Vertrages von Bardo; Grin Verlag; Konstanz/ Norderstedt; 2012; Seite 11.

⁷³ Ebd.: Seite 11.

⁷⁴ Meinicke-Kleint, Heinz: Algerien Marokko Tunesien, Unterjochung und Befreiung; Dietz Verlag; Berlin; 1965; Seite 26: „Ein „Überfall“ der Chumir, eines tunesischen Stammes, der an der algerischen Grenze siedelte, auf algerischen Gebiet diente als Vorwand für den Einmarsch der französischen Truppen.“

Wochen überschritten über 30 000 Soldaten die Grenzen zu Tunesien. Unter diesem militärischen Aufgebot lud man den Bey ein, den Vertrag von Bardo zu unterzeichnen.⁷⁵

Der Vertrag von Bardo bestand aus zehn Punkten. Als Grund für die Vertragsschließung wurden Grenzunruhen – die es zu befrieden galt – angeführt. Zusammengefasst zielen die zehn Vertragspunkte auf die Entmachtung des Bey – nicht aber auf seine Absetzung – und auf die Beendigung der staatlichen Eigenständigkeit Tunesiens hin.

Unter dem Vorwand der „Befriedung der Grenzkonflikte“ musste der Bey sich dazu verpflichten, keine internationalen Abkommen ohne Wissen und Zustimmung der französischen Regierung zu treffen. Der Rest an Souveränität der dem Bey im Bardo-Vertrag noch zugestanden wurde, erübrigte sich mit der Konvention von La Marsa, die diesem am 8. Juni 1883 ergänzend hinzugefügt wurde. Das Staatsoberhaupt wurde dadurch zur Marionette der französischen Verwaltung.⁷⁶

In der Konvention von La Marsa wird auch als erstes der Begriff Protektorat verwendet, welches, aber unter dem Gesichtspunkt der ergänzenden Verordnungen⁷⁷ von 1884 und 1885 – die die gesamte Exekutive auf die Generalresidenten übertrug und auch alle französischen und tunesischen Behörden ihnen unterstellig machte – Tunesien bereits als Kolonie erscheinen lässt.

Der Posten des Generalresidenten, war eigens für Tunesien erfunden worden. Diese Abgeordneten Frankreichs kontrollierten nicht nur den Bey, sondern dehnten ihre Befugnisse auch auf die lokalen Behörden aus. So wurde den sechs Ministern des Bey und den Provinzgouverneuren französische „Generalsekretäre“ an die Seite gestellt, die, ausgestattet mit einer Vetovollmacht, jederzeit intervenieren konnten. Den Verwaltungsbeamten wurden „zivile Sekretäre“ in beratender Funktion zur Seite gestellt. In Südtunesien verließ man sich lieber auf Militärgouverneure, da die dort lebenden Stämme nicht so leicht zu „befrieden“ waren.

Anzumerken ist, dass durch den Vertrag von Bardo auch Neuerungen in Tunesien eingeführt wurden, die eine nicht unbedeutende Auswirkung für die tunesische Bevölkerung mit sich brachten. Durch den Vertrag wurde automatisch auch der „code civil“ in Tunesien gültig.⁷⁸

⁷⁵ Siehe auch: Raupach, Florian: Zur These der „strategischen Clique“ und der französischen Okkupation von Tunesien am Beispiel des Vertrages von Bardo; Grin Verlag; Konstanz/ Norderstedt; 2012; Seite 17.

⁷⁶ Siehe auch: Meinicke-Kleint, Heinz: Algerien Marokko Tunesien, Unterjochung und Befreiung; Dietz Verlag; Berlin; 1965; Seite 27.

⁷⁷ Siehe auch: ebd.; Seite 27.

⁷⁸ Siehe auch: Meyels, Lucian O.: Tunesien: Brennpunkt der Kulturen; Geschichte und Gegenwart; mit einer Einleitung von Kurt Waldheim; Herbig; München; 2004; Seite 89,f. Meyels spricht an dieser Stelle bei den Verwaltungsangestellten von „Kaid“ die er mit Bezirkshauptmänner übersetzt. Anzumerken ist, dass er eine

3.2.1 Justiz

Beim „code civil“⁷⁹ handelt es sich um das französische Gesetzbuch, das das Zivilrecht enthält. Dies räumte der Bevölkerung neue Rechte ein, zum Beispiel das Recht auf Versammlung oder sich gesellschaftlich zu organisieren, was in Bezug auf kulturelle Vereinigungen zumindest geduldet wurde. Dass die Anwendung egalitär gegenüber Franzosen und Tunesier getätigt wurde, vor allem in politischer Hinsicht, steht zu bezweifeln. In weiterer Folge wurde ein Gerichtswesen in Tunesien entwickelt, das ähnlich dem ursprünglichen System, zwei separate Zuständigkeitsbereiche hatte. Religiöse Gerichte (das sharia-Gericht war verantwortlich für Religiöse Belange) und das Ministerium für die tunesische Justiz, waren für die Rechtsfragen der Tunesier (sowohl für Muslime, als auch für Juden) zuständig, außer es handelte sich um Rechtsstreitigkeiten mit Europäern. Waren Europäer involviert, so wurden die Fälle vor französischem Gericht verhandelt.⁸⁰

1885 wurde ein Gericht ins Leben gerufen durch das Tunesiern und Ausländern ermöglicht werden sollte, Streitigkeiten bezüglich privaten Besitzes klären zu lassen. Diesem Gericht, genannt „*Tribunal Mixte Immobilier*“, war ein französischer Richter vorständig unter dem sechs Beamte dienten. Dieses Gremium war zusammengesetzt aus halb Tunesiern und halb Franzosen.

*“The placing of this hybrid court under the aegis of the Directorate of the Interior rather than the Directorate of Judicial Services confirmed its primary purpose of strengthening foreigners’ claims to land rather than guaranteeing the equitable dispensation of justice.”*⁸¹

Festzuhalten sei an dieser Stelle, dass das Potenzial des „code civil“ bezüglich seines Rechts auf Bildung von (kulturellen) Vereinigungen zur Defragmentierung der Bevölkerung beitrug, da sich aus den, zu kulturellen Zwecken gegründeten Vereinigungen später die Zellen des Widerstandes formierten. Allerdings wirkte sich die Nichtgleichbehandlung aller Einwohner Tunesiens vor dem Gesetz so aus, dass die Achse der Fragmentierung zwischen europäischer und tunesischer Bevölkerung weiter verschärft wurde.

falsche Transkription verwendet – es müsste qā'id heißen – und es sollte die Übersetzung Verwaltungsbeamter benutzt werden, da sich das Wort aus dem tunesischen Wort caïd ableitet.

⁷⁹ Haferkamp, Hanspeter: http://www.g-geschichte.de/pdf/plus/prof_hans_peter_haferkamp_im_interview.pdf [Zugriff: 03.01.2014]: „Das 1804 verabschiedete Gesetzbuch soll die Errungenschaften der Revolution verankern: Freiheit der Person, Abschaffung der Privilegien, Gleichheit vor dem Gesetz, Trennung von Kirche und Staat, Schutz des Eigentums etc. Es stärkte auch das Autoritätsprinzip, konservativ-bürgerliche Vorstellungen des Familienrechts und die Stellung der Frau.“

⁸⁰ Siehe auch: Perkin, Kenneth: A history of Modern Tunisia; Cambridge University Press; UK; 2004; Seite 45.

⁸¹ Ebd.: Seite 47.

3.2.2 Landbesitz

In den Folgejahren passierte, begünstigt durch die oben erläuterte rechtliche Situation und was bereits schon Algerien heimgesucht hatte, der koloniale Landraub⁸². Dies führte zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität. Allerdings verteilte sich der Mehrwert auf die Kolonisten, die Kolonialiserten wurden hingegen zunehmend in unfruchtbare Gegenden abgedrängt.

Als Sicherheit für die französischen Kredite wurde tunesischer Staatsbesitz dem sogenannten Melkbesitz verwendet, der dann im Weiteren enteignet wurde. Es wurde jedoch in den Augen der Kolonisten viel mehr zu Staatsbesitz gezählt als es tatsächlich der Fall war. Durch die archaischen Bodenbesitzverhältnisse, war nicht immer schriftlich festgelegt, welches Land sich in wessen Besitz befand. Zu den Melkbesitztümern gehörten in Tunesien auch die Beylik-Ländereien (Ländereien des Herrschergeschlechts), darunter die Wälder und die Güter der Regenten. Außerdem fielen hierunter Anwesen des Landadels und in Einzelfällen der bereits früher begründete bäuerliche Einzelbesitz, besonders im tunesischen Sahel. Der Melkbesitz war selten klar abgegrenzt, und es gab keine Urkunden über seinen Besitz, so dass später Grenzfälschungen oder auch einfache Missachtung der privaten Besitzrechte durch die Kolonisten zur Regel wurden. Manchen, die die Kolonisten unterstützten oder sich unterwarfen, wurde ihr Grund und Boden belassen. Die Enteignung des Melkbesitzes hatte insofern für die Kolonisten besondere Bedeutung, als aus seinem Bestand viele der großen Domänengesellschaften, Filialunternehmen der französischen Großbanken, zu Schleuderpreisen riesige Anteile erhielten. Häufig wurden auf der Grundlage der Beschlagnahme von Melkbesitz auch Olivenhaine und andere Nutzpflanzen enteignet, indem sie zu „Wald“ erklärt wurden.⁸³

Weitere Methoden des kolonialen Landraubs stellten auch die Feldzüge der Kolonialarmee gegen „Aufsässige“ dar, während jener, oft ganze Stämme von ihrem fruchtbaren Land vertrieben wurden.

Aller Grundbesitz der nicht mit Besitzurkunde belegt werden konnte, wurde als „herrenlos“ behandelt. Dies ereignete sich vor allem bei den „Chabus“. Diese waren nach koranischem Landrecht unveräußerliche landwirtschaftliche Grundstücke. Man unterschied sie in zwei

⁸² Siehe auch: Meinicke-Kleint, Heinz: Algerien Marokko Tunesien, Unterjochung und Befreiung; Dietz Verlag; Berlin; 1965, Seite 57: „In Tunesien wurde vor der Befreiung ein ünfstel aller im französischen Besitz befindlichen Ländereien von vier Gesellschaften beherrscht [...]: der Société Franco-Africaine (Société Marseillaise de Crédit) – 60000 ha, der Compagnie des Phosphates et du Chemin de Fer de Gafsa – 30000 ha, der Société des Fermes Française de Tunisie – 27300 ha, der Ommium Immobilier Tunisie -28 500 ha.“

⁸³ Siehe auch: ebd.; Seite 48,f.

Kategorien. Zum einen in öffentliche Chabus und zum anderen in private Chabus. Beide Arten galten als Gemeineigentum. Öffentliche Chabus unterlagen der öffentlichen Fürsorge und dienten der Unterhaltung von Moscheen, Grabstätten Heiliger und Schulen. Bei privaten Chabus wurde der Pachtzins dafür verwendet. Da aber auch bei der privaten Handhabung der Chabus kein persönliches Besitzrecht zugrunde lag, wurden all jene Grundstücke durch Kolonialisten ebenso den Bodenfonds einverleibt, aus dem die Siedler Land erhielten.⁸⁴

Meinike-Kleint spricht die Vermutung aus, dass in Tunesien etwa drei Viertel der Bevölkerung damals auf dem Land lebten, aber nur noch 15% der indigenen Bauern Grundbesitz hatten und somit 85% der ruralen Bevölkerung nur mehr Landarbeitern und Chammès waren. Chammès betitelt die Bauern, welche laut Sharia das Chammasat entrichten mussten. Darunter wird ein Pachtverhältnis verstanden, bei dem vier Fünftel des Pachtzinses abgegeben werden müssen. Ursprünglich wurde dies nur im Falle angewandt, wenn neues Saatgut, Geräte und Zugvieh von den Landeigentümern zur Verfügung gestellt wurde. Unter der Protektoratsverwaltung wurde dieses System allerdings ad absurdum geführt, da nichts zur Verfügung gestellt, aber trotzdem der volle Pachtzins eingefordert wurde. Dies verursachte eine Zunahme der Armut in ruralen Gegenden und kreierte ein Billiglohnsystem, von dem die Kolonialisten profitierten.⁸⁵

Die prekäre Situation mit der sich die Landbevölkerung durch die koloniale Expansionspolitik der Franzosen konfrontiert sah, veranlasste diese scharenweise in die Städte abzuwandern.⁸⁶

Zu beobachten ist hierbei, dass die Veränderung der Landbesitzverhältnisse und die Einführung neuer Besteuerungssysteme wesentliche Faktoren darstellten, die zur Fragmentierung der Gesellschaft beitrugen. Großen Teilen der tunesischen Landbevölkerung wurde die Lebensgrundlage entzogen, welches zur Abwanderung in urbane Gebiete führte und so alte Überlebensstrategien aushöhlte und Anpassung an ein neues Milieu forderte. Jedoch führte die Unmöglichkeit zur Subsistenzwirtschaft in urbanen Gebieten zu einem Anstieg der absoluten Armut.

3.2.3 Wirtschaft

Die koloniale landwirtschaftliche Produktion war überdies nicht auf die Belieferung des Binnenmarktes ausgerichtet⁸⁷ und die zunehmende Landflucht führte zu einem Wachsen des

⁸⁴ Siehe auch: ebd.; Seite 50.

⁸⁵ Siehe auch: ebd.; Seite 51.

⁸⁶ Siehe auch: Perkin, Kenneth: A history of Modern Tunisia; Cambridge University Press; UK; 2004; Seite 55.

⁸⁷ Siehe auch: ebd.; Seite 49.

Sektors der Gesellschaft des Industrieproletariats.⁸⁸ Der Widerspruch zwischen Markt – die meisten einheimischen konnten sich die landwirtschaftlichen Erzeugnisse aus den Domänengesellschaften und von Großgrundbesitzern auf Grund ihrer geringen Kaufkraft, nicht leisten – und Produktion, förderte die Ausrichtung auf den Anbau von Exportkulturen. Dies wiederum führte zur Kultivierung von Monokulturen in weiten Teilen des Landes.⁸⁹

„So ist die Landwirtschaft in den französischen Kolonien Nordafrikas deformiert worden. Die Folge waren ein absoluter Rückgang der Getreideproduktion und ein Absinken der Viehbestände, da die traditionelle Schafzucht nach Süden, in Gegenden mit unergiebigen Weidegründen, abgedrängt wurde.“⁹⁰

3.2.4 Bildung

Nicht nur durch die prekäre Situation, die in den ruralen und urbanen Gegenden durch den Landraub zustande kamen, sondern insbesondere auch durch den selektiven Zugang zu Bildung, der sich auf den diskriminierenden kolonialen Gesetzen begründete, kam es zu einer sukzessiven und tiefgreifenden Fragmentierung der Gesellschaft.

„In Tunesien fanden vor der Befreiung [1956, Unabhängigkeit von Frankreich; Anm. d. Verf.] von 775 000 tunesischen Kindern im Schulalter nur 85 000 Aufnahme in eine Elementarschule, das sind nicht einmal 11 Prozent. Die Kuttabs, kleinere Koranschulen, die wegen ihres mittelalterlichen Unterrichtsstoffes (hier dürfen nur die Suren des Korans auswendig gelernt werden, wobei die Kinder aber immerhin Lesen und notdürftig Schreiben lernen) teilweise bestehen gelassen wurden, erfassten 40 000 Kinder. Aber selbst unter Einberechnung dieser Zahlen besuchten nur 16,1 Prozent der Kinder im Schulalter irgendeine Schule. Fach- und Hochschulplätze standen in Tunesien nur im gleichen bescheidenen Umfang wie in Algerien zur Verfügung.“⁹¹

Schaffte es ein Tunesier doch das Traktat des Bildungswesens mit einem Bakkalaureat abzuschließen, so musste er nicht nur enorme Kosten auf sich nehmen, um an einer französischen Universität zu studieren, sondern war auch dazu verpflichtet ein lokales Leumundszeugnis vorzulegen.⁹² Hieraus ergibt sich verständlicher Weise, dass die besseren Bildungsanstalten nur einem elitären Kern der Gesellschaft zugänglich war. Dennoch ist es

⁸⁸ Siehe auch: Meinicke-Kleint, Heinz: Algerien Marokko Tunesien, Unterjochung und Befreiung; Dietz Verlag; Berlin; 1965; Seite 58.

⁸⁹ Siehe auch: ebd.; Seite 59.

⁹⁰ Ebd.: Seite 59.

⁹¹ Ebd.: Seite 86. „An Hochschulen studierten in Algerien 4331 französische Einwohner, aber nur 282 Algerier (mithin entfiel ein Student auf 213 französische Einwohner und ebenfalls ein Student auf 27 230 algerische Einwohner)“

⁹² Siehe auch: Meysels, Lucian O.: Tunesien: Brennpunkt der Kulturen; Geschichte und Gegenwart; mit einer Einleitung von Kurt Waldheim; Herbig; München; 2004; Seite 90.

gerade ein Teil dieses Kerns gewesen – angetrieben durch das aufklärerische Gedankengut das in Auslandsstudien erworben wurde – der die Unabhängigkeitsbestrebungen ins Rollen brachte.

Die Fragmentierung und Stratifikation⁹³ der Gesellschaft durch die koloniale Politik wird auch als eine Politik des „Teilens und Herrschens“ bezeichnet. Ausschlaggebend hierfür mag wohl am ehesten die Angst vor dem Zusammenschluss der Kolonialiserten zu einem Bund des Widerstandes gewesen sein; Jean Paul Sartre hat diese koloniale Technik, der Fragmentierung und des Stratifizieren der Gesellschaft durch die Zugangsbeschränkung des Bildungswesens passenderweise auch als „Verdumme und herrsche“ betitelt und schrieb weiters, dass Analphabetismus und Verarmung im Kolonialismus systemimmanent seien.⁹⁴

Diese Armut zeigte sich vor allem aber auch in dem immer verheerender werdenden Gesundheitsverhältnissen der indigenen Bevölkerung.⁹⁵

3.2.5 Einbürgerungsgesetz

Ein weiterer Schritt in der Politik des „Teilens und Herrschens“ war der Versuch die indigene Bevölkerung „Einzubürgern“. Durch das „Morinaud Gesetz“⁹⁶ versuchten sie Nichtfranzosen, wie zum Beispiel Italiener und Tunesier, in das französische System einzubürgern.

“Increased Italian immigration after World War I prompted them to promote immigration from France and to mount a campaign to encourage naturalization of Europeans and Muslims. The campaign included the 1923 law on naturalization,

⁹³ Stratifikation beschreibt hier den Prozess der Klassenbildung.

⁹⁴ Siehe auch: Les temps modernes, n°123, Mars Avril 1956

⁹⁵ Siehe auch: Meinicke-Kleint, Heinz: Algerien Marokko Tunesien, Unterjochung und Befreiung; Dietz Verlag; Berlin; 1965; Seite 89: „Aufschlussreich sind die Untersuchungen des französischen Arztes Dr. Burnet in Tunesien über den Ernährungszustand der bäuerlichen Bevölkerung, die er während zweier Jahre mit guter Ernte (1937/1938) durchführte [...]. Von 100 Familien waren 33 ausreichend ernährt (über 2400 Kalorien), 11 Familien noch genügend (2000 bis 2400), 15 litten an Unterernährung (1500 bis 2000 Kalorien), 22 an ernster oder sehr ernster Unterernährung (1000 bis 1500 Kalorien), 17 hungerten ständig und waren ernsthaft gefährdet (unter 1000 Kalorien). Und das auf dem Lande! Derselbe Arzt überprüfte die Ernährung der vor dem Hunger nach Tunis geflohenen arbeitssuchenden Nomaden aus dem Süden: Keiner der 64 untersuchten Personen standen täglich mehr als 434 Kalorien zur Verfügung.“

⁹⁶ Siehe auch: Perkin, Kenneth: A history of Modern Tunisia; Cambridge University Press; UK; 2004; Seite 83: “Implicitly aimed at the Italian population of the protectorate, which in the 1920s outnumbered the French by two to one, the Morinaud Law facilitated the naturalization of non-French residents of Tunisia. Since 1921, children born in Tunisia to non-French European parents automatically received French citizenship, but this legislation enabled any foreigner to claim French citizenship after three years of residence. It also eased some of the restrictions on, and lowered the educational requirements for, the naturalization of Tunisians, although few Tunisian Muslims ever showed any interest in taking the step, which removed them from the jurisdiction of sharia. During the 1920s about 10,000 Italians (10 percent of that community) and 5,000 Tunisian Jews (a comparable 10 percent) opted for French citizenship, whereas only 1,000 Tunisian Muslims (fewer than 0.5 percent of their total number) made the same choice. [...] Most of those who did were government employees eager to increase incomes with the “colonial third” or to gain access to positions available only to French citizens.”

*which made French citizenship available to a much larger number of Tunisian Muslims by liberalizing the requirements [...].*⁹⁷

Wenn ein Tunesier zu einem gewissen Grad der französischen Sprache mächtig war und Frankreich bereit war bestimmte Dienste zu erweisen, war es ihm möglich die französische Staatsbürgerschaft zu erwerben. Dies brachte auf Seiten Frankreichs den Vorteil, von mehr „regierbaren“ Bürgern und zum anderen einen Anreiz für Franzosen doch das Abenteuer in die Ferne zu wagen und im barbarischen Süden – zumindest unter ein paar zivilisierten – sesshaft zu werden. Die „eingebürgerten“ Tunesier hingegen erhofften sich eine fairere Rechtsprechung und ein höheres Einkommen (Beamte bis zu 33%)⁹⁸.

*“By facilitating the naturalization of Italian and Maltese workers and, consequently, their acquisition of salaries and working conditions comparable to those of other French citizens, it deprived Tunisian laborers, now the sole victims of a two-tier system, of potential allies in the workforce.”*⁹⁹

Dieses Gesetz spaltete die Gesellschaft in weiterer Folge, bis es schließlich 1933 zu erheblichen Unruhen kam, als der Präsident des Verbandes der „französischen“ Muslime Yahyā Ša'bān starb. Eine Masse an Gläubigen demonstrierte in Bizerte gegen die Beisetzung auf einem muslimischen Friedhof. Auch der lokale Mufti 'Idrīss entschied gegen eine Beerdigung in einer muslimischen Grabstädte. Diese „fatwa“ wurde seitens der Regierung geheim gehalten, da sie glaubte weiterer Eskalation damit entgegenwirken zu können. Es bestand ein dringender Bedarf an der Lösung des Problems, wo die „eingebürgerten“ Muslime in Zukunft begraben werden sollten. Hierbei machte die französische Regierung fünf entscheidende, von einander abhängige Fehler, bei dem der eine zum nächsten führte.

Der erste Fehler der Regierung war die Fehleinschätzung der Demonstrationen in Bizerte, die wie sie meinten politisch motiviert gewesen sei (sie machten die nationale Destour Partei dafür verantwortlich, da sie glaubten diese würden so versuchen gegen das Einbürgerungsgesetz zu hetzen). Der zweite war es sich in religiöse Angelegenheiten einzumischen, um das eigene „Ansehen“ zu wahren. Dieser Versuch das „Ansehen“ zu wahren führte drittens dazu, dass die französischen Autoritäten, die religiösen Gerichte bedrängten das Gesetz zu erlassen, dass eingebürgerte Muslime als Abtrünnige zu sehen seien und somit auf muslimischen Boden beerdigt werden dürften. Dies wiederum rief dann doch

⁹⁷ Jones, R. E.: The naturalization crisis of 1933, French analysis and Tunisian response, Rev. HM 7-8, 1977, Seite 165.

⁹⁸ Siehe auch: ebd.; Seite 167.

⁹⁹ Perkin, Kenneth: A history of Modern Tunisia; Cambridge University Press; UK; 2004; Seite 85.

die Destour Bewegung auf den Plan, die die offensichtliche Manipulation der religiösen Autoritäten nicht mehr dulden konnte. Der vierte Fehler war die fatwa (Mufti Erlass) unter Verschluss zu halten, so dass somit die Nationalisten auf die Barrikaden stiegen, die glaubten, dies sei ein Angriff auf ihre Religiosität. Der schließlich fünfte und letzte Fehler war, der zunehmend massiver werdende Gewalt-Einsatz seitens der Franzosen, der die Gegenseite schließlich ihren friedlichen Kurs aufgeben ließ und begann mit gleicher Münze zurückzuzahlen.¹⁰⁰

Überdies hinaus war die Zeit des I. Weltkrieges eine Zeit, in der sich entschiedener Widerstand gegen das französische „Protektorat“ bildete. Viele Franzosen verließen das Land um an der Front zu kämpfen. Dies ermöglichte einigen Tunesiern den Zugang zu besser bezahlten Arbeitsstellen. Auch der Binnenmarkt erholte sich zunehmend, da er nicht mehr mit französischen Exportgütern überflutet wurde. Kaum war der Krieg aber zu Ende, kehrten sich die Verhältnisse wieder zu Gunsten der Franzosen.¹⁰¹ So wurden zur Finanzierung der extensiven Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur (zum Beispiel die Einführung neuer Transporttechnologien zur Optimierung der Wertabschöpfung der sich im Land befindlichen und produzierten Güter) erneut neue Steuern erhoben, die fast zur Gänze auf den Rücken der Tunesier lasteten.¹⁰²

Das Land wurde zunehmend von Unruhen erschüttert. Die immer offensichtlichere Diskriminierung per Gesetz, die Willkür seitens Frankreichs, die Tunesier als Menschen zweiter Klasse abtat, wollte von der Bevölkerung nicht weiter stillschweigend erduldet werden. Frankreich antwortete hierauf mit einer erneut repressiven Attacke. Dekrete wurden veröffentlicht, durch die nun mehr jedwede Kritik an französischen oder tunesischen Regierungsbeamten verboten wurde – weder in öffentlichen, noch in privaten Belangen. Im Zuge dessen wurde auch ein weites Spektrum an –bis dato – legaler politischer Aktivitäten kriminalisiert. Auch wurde die Presse unter staatliche Kontrolle gebracht. Letzteres wiederum führte zu einem Aufschrei in der Gesellschaft, der sich auch in so manchem französischem Siedler artikulierte.¹⁰³

¹⁰⁰ Siehe auch: Jones, R. E.: The naturalization crisis of 1933, French analysis and Tunisian response; Rev. HM 7-8; 1977; Seite 174,f.

¹⁰¹ Siehe auch: Perkin, Kenneth: A history of Modern Tunisia; Cambridge University Press; UK; 2004; Seite 44,f.

¹⁰² Siehe auch: ebd.; Seite 75.

¹⁰³ Siehe auch: ebd.; Seite 88.

3.2.6 Zusammenfassung

Zusammengefasst bewirkte das französische Protektorat und dessen Politik des „Teilens und Herrschens“ für die tunesische Bevölkerung deren Fragmentierung anhand mehrerer Achsen und Ebenen. Zur ursprünglichen, geografisch bedingten Fragmentierung, kommt eine verstärkte Spaltung in Europäer und Tunesier, verursacht durch Gesetz, Landbesitz und Bildung. Weiters fand eine Stratifikation innerhalb der tunesischen Bevölkerung statt, die bedingt wurde durch den unterschiedlichen Zugang zu Ressourcen. Dies ergab sich zum einen aus den Vermögensverhältnissen und zum anderen aus der Bereitschaft zur Unterstützung des kolonialen Machtgefüges.

Die soziale Kontrolle wurde zum einen durch repressive Maßnahmen und zum anderen aber auch durch den elitären Zugang zu Ressourcen –wie zum Beispiel Bildung oder Boden – seitens der Protektoratsregierung ausgeübt. Das tunesische Volk – durch die koloniale Politik an den Rand ihrer Existenz getrieben – vereinte sich in Folge der immer offensichtlicher werdenden Diskriminierungen zum Widerstand. Auch ist zu erkennen, dass durch die Eibindung in den Weltmarkt, die wirtschaftliche Situation des Landes nicht nur auf den Kopf gestellt wurde, sondern durch den Anbau von Monokulturen für den Export und den Import von Gütern aus dem vorwiegenden französischen Ausland, der Binnenmarkt nachhaltig geschädigt wurde. Auf der anderen Seite kann man aber auch beobachten, dass die Politik, die während des französischen Protektorates in Tunesien eingeführt wurde, auch positive Errungenschaften mit sich brachte. Insbesondere seien hier noch einmal der Zugang zu aufklärerischen Bildungsstätten und die Legalisierung von nationalen Verbänden zu erwähnen, die letztendlich den Prometheusfunken entfachten, der zur Flamme des Widerstandes wurde.

3.3 Tunesiens Unabhängigkeitskampf und die darauf folgende Regierung unter Bourguiba

Die ersten Wehen des Widerstandes, ereigneten sich schon kurz nach der Einsetzung des Protektorats. In den südlichen Regionen des Landes lehnten sich die Stämme gegen die französische Besatzung auf.

„Da es den Militärs nicht gelang, die äußerst mobilen Rebellen bei ihren „Hit and Run“-Operationen zu stellen, richteten sich ihre Repressalien gegen die Zivilbevölkerung. Zwischen 1881 und 1892 flohen etwa 130 000 Stammesangehörige

in das letzte noch unter ottomanischer Verwaltung stehende nordafrikanische Gebiet, nämlich Libyen. „¹⁰⁴

Die durch den „code civil“ möglich gemachte Vereinigung „Junge Tunesier“, ist wohl die erste oppositionelle Bewegung in Tunesien. 1907 trat diese zum ersten Mal in die Öffentlichkeit. Zusammengesetzt war diese Organisation zum größten Teil aus Tunesiern, die ihre Ausbildung an höheren französischen Schulen absolviert hatten. Mit Zeitschriften in arabischer und französischer Sprache, versuchten sie ihre Reformbestrebungen in der Öffentlichkeit zu artikulieren.

„Die Ziele der Gruppe waren offiziell als „kulturell“ deklariert, doch wandten sich die Initiatoren sehr bald in kritischer Form der Forderung nach einer Reform des Erziehungs- und Bildungssystem mit einer betont nationalen Komponente zu. Dennoch dauerte es vier Jahre, bis die in Sousse erscheinende „Maghreb Revue“ das Postulat nach einer unabhängigen Verwaltung zum wichtigsten Programmpunkt erhob. „¹⁰⁵

Überwiegend formierten sich die Anhänger dieser Vereinigung aus Sprösslingen, großbürgerlicher Familien aus der Hauptstadt Tunis. Ihre Bestrebungen waren keineswegs gegen den Einfluss Frankreichs im Land. Sie erhofften sich (unter Beibehaltung ihres Glaubens) vielmehr, durch eine Zusammenarbeit mit der Protektorats-Macht, eine Modernisierung Tunesiens.

„Hierzu kommt, dass gerade der Kontakt mit Frankreich und die Ausbildung am Collège Sadiki, dessen Lehrpläne sich stark an den französischen Lehrprogrammen orientierten, bei den Jungtunesiern das Bewusstsein geweckt hatten, die moderne Elite des tunesischen Volkes zu sein. Dieses Bewusstsein wurde herausgefordert durch die Diskriminierung der tunesischen Intellektuellen seitens der Protektoratsverwaltung. „¹⁰⁶

Das Buch von Abd-el-Aziz Taalbi „La Tunisie martyre, ses revendication“ (Das Martyrium Tunesiens, seine Forderungen), welches vom 14-Punkte-Programm des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson inspiriert war, artikulierte die Forderung nach Freiheit und Gerechtigkeit für das tunesische Volk. Dabei berief er sich auf das Völkerrecht, welches

¹⁰⁴ Meysels, Lucian O.: Tunesien: Brennpunkt der Kulturen; Geschichte und Gegenwart; mit einer Einleitung von Kurt Waldheim; Herbig; München; 2004; Seite 93.

¹⁰⁵ Ebd.: Seite 94. In weiteren Quellen ist der Titel der Zeitschrift unter dem Namen „Le Tunesien“ angeführt. Siehe auch: Ruf, Klaus Werner: Der Burgibismus und die Außenpolitik des unabhängigen Tunesien; Freiburger Studien zu Politik und Gesellschaft überseeischer Länder; Schriftreihe des Arnold-Bergstrasser-Instituts für kulturwissenschaftliche Forschung; Hg. Prof. Dr. Dieter Oberndörfer; Bd. 1; Bertelmann Universitätsverlag; Bielefeld; 1969; Seite 27, ff.

¹⁰⁶ Ruf, Klaus Werner: Der Burgibismus und die Außenpolitik des unabhängigen Tunesien; Freiburger Studien zu Politik und Gesellschaft überseeischer Länder; Schriftreihe des Arnold-Bergstrasser-Instituts für kulturwissenschaftliche Forschung; Hg. Prof. Dr. Dieter Oberndörfer; Bd. 1; Bertelmann Universitätsverlag; Bielefeld; 1969; Seite 28.

jedem Volk Freiheit und Gerechtigkeit zugestand, und auf die tunesische Verfassung von 1861.¹⁰⁷

Diese Forderungen wurden zum Kernpunkt des Parteiprogrammes der tunesischen Nationalisten die sich ab 1920 in der Destour-Partei (Verfassungs-Partei) zusammenfanden. Die Destour-Partei forderte nicht nur das Wiederinkrafttreten der Verfassung von 1861, sondern artikulierte auch die Verwirklichung einer Reihe von Grundsetzen.

An erster Stelle sei hier die Forderung nach der Garantie der persönlichen Freiheit (Versammlungsfreiheit, Pressefreiheit, Redefreiheit, Petitionsrecht, Unverletzlichkeit des Eigentums, Rechtsgleichheit) zu erwähnen. Weiters wurde verlangt, dass die Organisation der öffentlichen Gewalt (Erblichkeit des Throns, Reformen in Richtung auf die Errichtung einer parlamentarischen Monarchie) überdacht wurde. Überdies wurde Verwaltungs- und Kommunalreformen gefordert, um die Möglichkeit zu schaffen, Tunesier an der Exekutive zu beteiligen. Auch verlangt wurde Freiheit der Lehre und Förderung des Unterrichts in arabischer Sprache. Ebenso gab es ein Postulat nach Teilung der Gewalten, Recht auf berufliche Vereinigungen und Streikrecht. Schließlich sollte auch die Sozialgesetzgebung neu überdacht werden.¹⁰⁸

Diese Punkte sollten, wie bereits weiter oben erwähnt, mit Hilfe Frankreichs von statten gehen, welches man als Vorbild und Lehrer für Modernisierung ansah. Allerdings kam es in den nächsten Jahren zu keinen nennenswerten Erhebungen –außer der Wiederholung dieser Programmpunkte – seitens der Destour-Partei mehr.

Die prekären Arbeitsverhältnisse, die diskriminierender nicht hätten sein können, förderten die Entstehung einer nationalen Gewerkschaft namens CGTT (Confédération Général des Travailleurs Tunisiens; später in UGTT umbenannt).

Leider schafften es die aufbegehrenden Kräfte der beiden Organisationen (Destour-Partei und CGTT) nicht an einem Strang zu ziehen - zu unterschiedlich schienen die Gesinnungen. Auf der einen die ungebildete Arbeiterschaft und auf der anderen die intellektuelle Bourgeoisie.

„Restaurativem Denken verhaftet, entwickelte sie nicht die notwendige Dynamik, um einerseits das tunesische Volk zu organisieren und andererseits der Republik Frankreich wirksam gegenüberzutreten zu können.“¹⁰⁹

Anhand hier geschilderter Zusammenhänge ist eindeutig die Fragmentierung der einheimischen, tunesischen Bevölkerung anhand der Stratifikation durch Einkommensverhältnisse und Zugang zu Ressourcen sichtbar.

¹⁰⁷ Siehe auch: ebd.; Seite 30.

¹⁰⁸ Siehe auch: ebd.; Seite 30.

¹⁰⁹ Ebd.: Seite 31.

3.3.1 Der Unabhängigkeitskampf in Tunesien

In diesem Kapitel möchte ich gezielter auf den Unabhängigkeitskampf in Tunesien eingehen. Besonderes Augenmerk werde ich hierbei auf die Person Habib Ben Ali Ben Hadj Mohamed Bourguiba und die Rolle der Neo-Destour-Partei richten.

Kurz nach ihrer Entstehung 1920 spaltete sich die Destour-Partei Anfang der 30er Jahre auf. Ausschlaggebend hierfür waren zwei Gründe. Zum einen der demographische Wandel der innerhalb der Partei von statten ging. Zu Beginn der Parteigründung setzten sich die Mitglieder vorwiegend aus Intellektuellen zusammen, die aus dem „Großbürgertum“ in Tunis stammten. Über die Jahre kam es aber zu einem enormen Zulauf an Parteimitgliedern, die zum Großteil aus ländlich-bürgerlichen Verhältnissen (vorwiegend aus dem Sahel und von der Insel Djerba) hervorgingen. Der zweite Grund war politischer Natur. Die Parteineulinge pochten auf eine laizistische Beschaffenheit des Staates, wohingegen die Gründer Verfechter einer konservativ religiösen Handhabung der Staatsführung waren.

Am 4. März 1934 wurde die Neo-Destour-Partei ins Leben gerufen. An vorderster Reihe Habib Bourguiba. Nach französischem Muster, sollte eine Partei für die breite Masse entstehen, welche wie folgt organisiert war:

Das politische Büro bestehend aus fünf Mitgliedern, sollte sich wöchentlich zusammenfinden. Präsident des ersten politischen Büros war Dr. Materi, Generalsekretär war Habib Bourguiba.

Der Nationalrat der Partei, bestand aus dem politischen Büro und den Vertretern der Parteizellen und versammelte sich vier Mal jährlich. Die Zahl seiner Mitglieder war auf dreißig beschränkt. Der Nationalrat kontrollierte die Aktivität der Partei und des politischen Büros und konnte einen außerordentlichen Parteikongress einberufen.

Der Parteikongress bestand aus den Delegierten sämtlicher Parteizellen und trat einmal jährlich zusammen. Er kontrollierte das Budget der Partei, wählte die Mitglieder des politischen Büros und war ausschließlich autorisiert, die Struktur der Partei zu ändern. Er konnte mit der Mehrheit von drei Vierteln aller Stimmen das Programm der Partei ändern.

In jeder Gemeinde durfte eine Zelle der Partei gegründet werden. Sobald eine Zelle fünfzig Mitglieder zählte, konnten sie einen Abgeordneten zum Parteikongress senden.

Der Parteikongress, dessen Mitglieder durch freie Wahlen bestimmt werden sollten, war oberste Kontrollinstanz der Partei.¹¹⁰

„Im Gegensatz zu den Zirkeln der Honoratioren des alten Destour beabsichtigte der Neo-Destour von Anfang an die Erfassung der Massen ohne Ansehen ihres sozialen Rangs oder ihres Bildungsgrades. Gleichzeitig sah die Parteiführung in der

¹¹⁰ Siehe auch: ebd.; Seite 36,f.

Organisation ihres Apparates ein Mittel zur politischen Bildung des Volkes, dem durch die demokratische Struktur der Partei die Möglichkeit der Einflussnahme auf die Parteispitze gegeben werden sollte. Das Tragen politischer Verantwortung durch die einzelnen Parteimitglieder sollte sowohl Anreiz zum Eintritt in die Partei sein als auch der Ausbildung zuverlässiger Kader dienen [...].“¹¹¹

Bourguiba kristallisierte sich in der nächsten Zeit immer mehr als führende Kraft der Partei heraus. Er schaffte es mit seinen Reden die Massen, zunächst in Demonstrationen, später dann auch im gewaltsamen Widerstand gegen die Protektoratsregierung, zu einen.¹¹²

Bei einer Demonstration am 9. April im Jahre 1938, die gewaltsam beendet wurde (22 Tote, 150 Verletzte), wurde Bourguiba mit 18 seiner Kollegen inhaftiert und die Neo-Destour- und die „alte“-Destour-Partei aufgelöst. Der Widerstand kam dadurch die nächsten Jahre zum erliegen.¹¹³

Die Zeit des II. Weltkrieges brachte die Hoffnung nach Tunesien, die Achsenmächte könnten Unterstützung zur Beendigung der kolonialen Unterjochung leisten. 1942 bis 1943 war der vorletzte tunesische Monarch Mohamed Moncef Bey al-Husseini an der „Macht“. Seine Forderungen an die französische Regierung waren nahezu deckungsgleich mit den Forderungen der aufgelösten Neo-Destour-Partei¹¹⁴. Er wollte volksnah regieren und *„versuchte der direkten Verwaltung durch die französischen Beamten ein Ende zu setzen [...]“*¹¹⁵ Von der Protektoratsverwaltung und den Siedlern (aus Angst um ihre privilegierte Stellung) wurde er aber unter Druck dazu gebracht abzudanken.

Dies lieferte der tunesischen Unabhängigkeitsbewegung weitere Argumente, da sich Frankreich, wider dem Vertrag von Bardo in die Thronfolge einmischte und in starken Maße den Führungsanspruch der Husseiniden-Dynastie kompromittierte.¹¹⁶

¹¹¹ Ebd.: Seite

¹¹² Siehe auch: Jones, R. E.: The naturalization crisis of 1933, French analysis and Tunisian response; Rev. HM 7-8, 1977; Seite 165-178. Und auch: Schicho, Walter: Der Länderbericht, Tunesien, Geschichtliche Entwicklung, Probleme der Gegenwart; Separatdruck aus der Zeitschrift der österreichischen Forschungsförderung für Entwicklungshilfe; Internationale Entwicklung; FB Orientalistik; Seite 52-59.

¹¹³ Siehe auch: Schicho, Walter: Der Länderbericht, Tunesien, Geschichtliche Entwicklung, Probleme der Gegenwart; Separatdruck aus der Zeitschrift der österreichischen Forschungsförderung für Entwicklungshilfe; Internationale Entwicklung; FB Orientalistik; Seite 52-59.

¹¹⁴ Siehe auch: Ruf, Klaus Werner: Der Burgibismus und die Außenpolitik des unabhängigen Tunesien; Freiburger Studien zu Politik und Gesellschaft überseeischer Länder; Schriftreihe des Arnold-Bergstrasser-Instituts für kulturwissenschaftliche Forschung; Hg. Prof. Dr. Dieter Oberndörfer; Bd. 1; Bertelmann Universitätsverlag; Bielefeld; 1969; Seite 39: [...] Schulpflicht für alle Kinder, Lehr- und Lernfreiheit, Kampf gegen das Elend der Beduinen im Süden, Entwicklung der Bewässerung, Übertragung der französischen Arbeits- und Sozialbewegung auf Tunesien, Verstaatlichung der Schlüsselindustrien (Elektrizität, Gas, Bergbau, etc.), Kampf gegen Arbeitslosigkeit, bei gleicher Arbeit gleiche Löhne für Tunesier und Europäer, Gleichberechtigung von Tunesiern und Franzosen bei der Neuverteilung von Ackerland, Unterstützung der mittleren und kleineren Bauern durch Kreditpolitik, Zugang der Tunesier zu sämtlichen Verwaltungsstellen usw.“

¹¹⁵ Ebd.: Seite 45.

¹¹⁶ Siehe auch: ebd.: Seite 45.

Der Cousin Moncefs, Lamine Bey (französisch Mohamed el-Amine Bey), wurde als sein Nachfolger eingesetzt und war der letzte Monarch Tunesiens. Seine Amtszeit dauerte von 1943 bis 1957, während derer schaffte er es nicht sich seines Rufes als Usurpator zu entledigen.

Am Ende des II. Weltkrieges reiste Bourguiba nach Ägypten (auch um einer erneuten Verhaftung zu entgehen). Dort versuchte er die gerade entstandene „Liga der arabischen Staaten“ davon zu überzeugen, sich für die tunesische Unabhängigkeit einzuschalten. Auch knüpfte er in Kairo gute Kontakte zu britischen und amerikanischen Diplomaten und gründete das „Komitee zur Befreiung des Maghreb“¹¹⁷. Bei der Vollversammlung der Vereinten Nationen im Jahre 1946, reiste Bourguiba sogar nach New York, um die Abgeordneten für die tunesische Unabhängigkeit zu gewinnen.¹¹⁸

In Tunesien wurden zu dieser Zeit die Moncefisten (Anhänger des Abgesetzten Bey Moncef) und die Gewerkschaft UGTT immer stärker. Die Abwesenheit der Führungsriege der Neo-Destour-Partei und deren Verbot verursachte das Aufbrechen des Zusammenschlusses der Widerstandsbewegung. Die Dissidenz zersplitterte sich in die Gewerkschaftler und die Anhänger des abgesetzten Monarchen Moncefs.

„Diese Gründe und Zerfallserscheinungen der Neo-Destour-Partei, sowie Anzeichen auf das Schwinden seiner persönlichen Macht innerhalb der Partei [...] bewegten Burgiba [sic!], die erste Gelegenheit einer Rückkehr nach Tunis zu ergreifen. Der neue französische Generalresident Mons, der sich für die Durchführung ernsthafter Reformen einsetzte [...], stimmte der Rückkehr Burgibas [sic!] aus dem Exil zu, und am 9. September 1949 kehrte der Präsident des Neo-Destour unter dem Jubel der Bevölkerung nach Tunis zurück.“¹¹⁹

Bourguiba wurde nicht müde seinen Apell nach Unabhängigkeit in den tunesischen und französischen Printmedien zu artikulieren. Auch arbeitete er mit dem von Frankreich eingesetzten Bey Lamine zusammen. Er wurde nicht müde international nach Unterstützung zu suchen. Im Dezember 1951 wurde Bourguiba das dritte Mal –veranlasst durch den Generalresidenten – verhaftet. Der Widerstand entbrannte noch heftiger als je zu vor. Dennoch dauerte es Jahre bis Frankreich soweit aufgeweicht war die

¹¹⁷Siehe auch: Rossi, Pierre: Bourguiba's Tunisia; Ed. Kahia; Tunis; 1967; Seite 35.

¹¹⁸ Siehe auch: Ruf, Klaus Werner: Der Burgibismus und die Außenpolitik des unabhängigen Tunesien; Freiburger Studien zu Politik und Gesellschaft überseeischer Länder; Schriftreihe des Arnold-Bergstrasser-Instituts für kulturwissenschaftliche Forschung; Hg. Prof. Dr. Dieter Oberndörfer; Bd. 1; Bertelmann Universitätsverlag; Bielefeld; 1969; Seite 48.

¹¹⁹ Ebd.: Seite 50.

Selbstbestimmungsforderungen Tunesiens einzugehen. Am 20. März 1956 wurde der Vertrag über die Unabhängigkeit unterzeichnet.¹²⁰

Doch dies war erst der erste Schritt in Richtung der vollständigen Unabhängigkeit, da der Vertrag von Bardo weiter bestehen blieb und bloß der Vertrag von la Marsa außer Kraft gesetzt und so nur die innere Autonomie von Frankreich gestattet wurde. Die vollständige Entkolonialisierung des Landes dauerte noch Jahre.

3.3.2 Die Regierung unter Habib Bourguiba

Während seiner Regierungszeit betrieb Bourguiba ab den 70er Jahren eine Modernisierungspolitik im westlichen Sinne. Seine Ideale, für mehr Gerechtigkeit im Land zu sorgen, standen aber bald dem Kampf um die staatliche Kontrolle hinten nach.

„Sein Ziel war es zunächst, [...] nach seinen eigenen Worten, wie ein Vater seine Kinder zur Demokratie zu erziehen. Mit steigender Machtfülle erschöpfte sich jedoch sein Wille zur Demokratie, und er enthielt den Menschen gerade diejenigen Werte und politischen Ideen der Moderne vor, die aus ihnen mündige Staatsbürger gemacht hätten.“¹²¹

Die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse waren zu dieser Zeit mehr als nur prekär. Seit 1954 sorgte die stete Abwanderung von französischen Bauern und Unternehmern zu Einbußen in den landwirtschaftlichen und industriellen Produktionen und verursachte auch gewaltige Kapitaltransferierungen ins Ausland. Über 10% der Bevölkerung waren arbeitslos. Die von Frankreich garantierte finanzielle Hilfe war von eher unregelmäßiger Beschaffenheit.

„Vertraglich war Frankreich zum Beispiel verpflichtet, Tunesien für das Jahr 1957 einen Warenkredit in Höhe von 15,1 Md. Francs zu gewähren. Am 25. März 1957 wurde das Abkommen von der französischen Regierung „ausgesetzt“. Im August desselben Jahres wurden schließlich 1,5 Md. Francs freigegeben.“¹²²

Als erster Schritt das Land in eine bessere Zukunft zu führen, wurde am 20. November 1959 die Verfassung in Kraft gesetzt. Durch diese wurde ein Präsidialsystem eingeführt. Der Präsident und die Abgeordneten der Nationalversammlung sollten durch direkte Wahlen vom Volk bestimmt werden. Diesem System inhärent war überdies, dass der Präsident die Entscheidungsgewalt bei der Gesetzgebung innehatte. Da er die Regierung selbst bestimmte, war es ihm möglich diese besser zu kontrollieren. Weiters wurde in der Verfassung die

¹²⁰ Siehe auch: Schicho, Walter: Der Länderbericht, Tunesien, Geschichtliche Entwicklung, Probleme der Gegenwart; Separatdruck aus der Zeitschrift der österreichischen Forschungsförderung für Entwicklungshilfe; Internationale Entwicklung; FB Orientalistik; Seite 55.

¹²¹ Siehe auch: Wöhler-Khalfallah, Khadija Katja: Der islamische Fundamentalismus, der Islam und die Demokratie: Algerien und Tunesien: Das Scheitern postkolonialer „Entwicklungsmodelle“ und das Streben nach einem ethnischen Leitfaden für Politik und Gesellschaft; VS Verlag für Sozialwissenschaften; Wiesbaden; 2004, Seite 421.

¹²² Meinicke-Kleint, Heinz: Algerien Marokko Tunesien, Unterjochung und Befreiung; Dietz Verlag; Berlin; 1965; Seite 127.

Gleichberechtigung der Frau, die Bejahung der Republik als politisches System und das Wahlrecht für alle BürgerInnen im Alter von über zwanzig Jahren festgelegt. Auch wurde die Polygamie abgeschafft.¹²³

Zudem wurde die Bürokratie noch weiter ausgebaut. Im Zuge dessen, wurden Behörden kreiert, womit nahezu für sämtliche möglichen Belange ein Zuständigkeitsbereich entstand. Damit erhoffte sich die Staatsführung eine bessere Kontrolle und Koordination. Fakt war aber, dass sich viele Behörden in ihren Zuständigkeiten überlappten und für Antragsteller – und der gleichen – jeder Behördengang zu einer Art Hindernislauf durch einen Irrgarten wurde.¹²⁴

Die Neo-Destour-Partei (ab 1964 umbenannt in „Parti-Socialiste-Destourien“ PSD) hatte maßgeblichen Anteil an der politischen und innerstaatlichen Gestaltung. Die obersten Funktionäre der Partei stellten die Träger der Regierung dar, obwohl formal gesehen die Organe des Staates und die der PSD nebeneinander existieren sollten. Obwohl man die Intention hatte, ein westliches Verfassungsmodell nach französischem und auch US-amerikanischem Muster zu übernehmen, wurde der Parteipluralismus mit der Begründung abgelehnt, dass dies den Aufbau des Landes behindern könnte. Bei der Mission zum Aufbau des Landes sollten alle Tunesier an einem Strang ziehen und so wurde in oppositionellen Parteien mit gegensätzlichen Zielen ein Hemmnis für die Landesentwicklung gesehen. Auch wurde die Fragmentierung der Gesellschaft ausgeblendet, ferner noch wurde angenommen, dass die Klassengegensätze, die sich in Europa im Zuge der kapitalistischen Entwicklung geformt hatten, nicht auf das eigene Land zu übertragen seien.¹²⁵

Diese Verfassung war nicht davor gefeit Machtmissbrauch Einhalt bieten zu können. Die außerordentliche Stellung die sie dem Präsidenten zuteilte wurde nicht – so wie bei ihrem amerikanischen Vorbild – durch ein „checks and balance-System“ kontrolliert. So erstreckten sich die präsidentialen Zuständigkeiten nicht nur auf die obersten Exekutivorgane, sondern er war auch gleichzeitig den Legislativorganen vorständig. Daraus ergab sich ein zentralistisches präsidentiales System, das de facto keiner Gewaltenteilung unterworfen war.¹²⁶

¹²³ Siehe auch: Schicho, Walter: Der Länderbericht, Tunesien, Geschichtliche Entwicklung, Probleme der Gegenwart; Separatdruck aus der Zeitschrift der österreichischen Forschungsförderung für Entwicklungshilfe; Internationale Entwicklung; FB Orientalistik; Seite 55.

¹²⁴ Siehe auch: Bellin, Eva: Tunisian Industrialists and the State; erschienen in: Tunisia, the political economy of reform; Ed. Zartman, William I.; London; 1991; Seite 45-65.

¹²⁵ Siehe auch: Bolz, Reinhardt: Entwicklung und Abhängigkeit, Zur Entwicklung des peripheren Kapitalismus in Tunesien als ein Beispiel der neuen internationalen Arbeitsteilung im Mittelmeerraum; Reihe F; Bremer Afrika Archiv; Bd. 13; Im Selbstverlag des Museums; Bremen; 1981; Seite 92. Siehe auch Abbildung Seite 93 für Organisation der Regierung

¹²⁶ Siehe auch: Faath, Sigrid: Herrschaft und Konflikt in Tunesien, zur politischen Entwicklung der Ära Bourguiba; Ed. Wuquf; Hanspeter Mattes Verlag, Hamburg; 1989; Seite 96, ff.

Die wirtschaftlichen und sozialen Probleme, ließen sich bei Weitem nicht so leicht lösen wie die Bildung der Regierung. So gab es vor allem immer dann Probleme, wenn politische Interessen auf wirtschaftliche trafen. Nach wie vor bestand ein hoher Einfluss französischer Unternehmer auf die einheimische Wirtschaft.

„Im ökonomischen Bereich funktionierte die angestrebte Konsolidierung [...] nicht. Immer noch kontrollierte französisches Kapital weite Teile des Kreditsystems, des Handels (bes. Außenhandel), der Agrar- und Industrieproduktion. Angesichts ihrer unsicheren ökonomischen Situation blieben die erwarteten Privatinvestitionen aus.“¹²⁷

Aufgrund der nach wie vor bestehenden Auswirkungen der kolonialen Landpolitik forderten breite Teile der Landbevölkerung eine grundlegende Bodenreform. Diese Reformen ließen aber noch bis etwa 1962 auf sich warten und begünstigten die Bauern, die bereits über Land verfügten – die ländliche Bourgeoisie – hierzu später mehr.¹²⁸ Ein Fortbestehen der, schon beschriebenen, Stratifikation der tunesischen Bevölkerung bleibt festzustellen.

Die Regierung Bourguiba nahm zu dieser Zeit den Standpunkt ein, dass für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes das Modell des „freien Marktes“ unter den tunesischen Verhältnissen zum Scheitern verurteilt sein würde.

„Um dem unkontrollierbaren Abfließen von Geldern ausländischer Siedler und Unternehmer Einhalt zu gebieten, kam es im September 1958 zur Gründung der tunesischen Nationalbank. Als Währung wurde der Dinar festgesetzt, dessen Konvertierbarkeit sich im Dezember des gleichen Jahres von Franc löste. Von diesem Zeitpunkt an erfolgte die Stützung des Dinars vor allem durch amerikanische Gelder.“¹²⁹

Auch die Taktik den Staatshaushalt des Landes durch Steuererhöhungen zu vergrößern, war für Tunesien nicht die Richtige. Zum einen gab es eine Arbeitslosenquote um die 10 Prozent und zum anderen entsprach das niedrige Lohnniveau der tunesisch-stämmigen Bevölkerung (80% mussten mit einem Einkommen von ca. 20 Dinar pro Jahr auskommen)¹³⁰ dagegen. Die

¹²⁷ Bolz, Reinhardt: Entwicklung und Abhängigkeit, Zur Entwicklung des peripheren Kapitalismus in Tunesien als ein Beispiel der neuen internationalen Arbeitsteilung im Mittelmeerraum; Reihe F; Bremer Afrika Archiv; Bd. 13; Im Selbstverlag des Museums; Bremen; 1981; Seite 95.

¹²⁸ Siehe auch: Meinicke-Kleint, Heinz: Algerien Marokko Tunesien, Unterjochung und Befreiung; Dietz Verlag; Berlin; 1965: Seite 131: Bis zur Jahresmitte 1963 wurden aus dem Besitz französischer Colons 150 000 ha fruchtbaren Bodens zurückgekauft, davon etwa 80 000 ha gegen sofortige Zahlung hoher Entschädigungssummen; die Besitzer von 120 000 ha [...] werden aus einer langfristigen französischen Anleihe in Höhe von 45 Mill. Neuen Francs entschädigt. Am 11. Mai 1964 erließ Tunesien unter dem Druck der Massen, hauptsächlich der kleinen Bauern und Landarbeiter, ein Gesetz, wonach der verbliebene ausländische Grundbesitz (450 000 ha) sofort zu enteignen sei.“

¹²⁹ Schicho, Walter: Der Länderbericht, Tunesien, Geschichtliche Entwicklung, Probleme der Gegenwart, Separatdruck aus der Zeitschrift der österreichischen Forschungsförderung für Entwicklungshilfe; Internationale Entwicklung; FB Orientalistik; Seite 56.

¹³⁰ Siehe auch: Seiler, G.: Tunesien, der Modellfall eines Entwicklungslandes; erschienen in: Schriften des Vereins für Sozialpolitik; Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften; Neue Folge; Bd. 21; Prof. Dr. Stucken, Rudolf (Hg.): Untersuchungen einzelner Entwicklungsländer, Peru, Tunesien, Ägypten und Syrien; Verlag von Duncker & Humblot; Berlin 1960.

Neo-Destour-Partei sah in den krassen Einkommensunterschieden eine Bedrohung für „die nationale Einheit“.

Um dem Land Wohlstand zu ermöglichen sah Bourguiba als einzige Lösung eine Planwirtschaft. Im Zuge der Reformen die hierbei getätigt wurden, erhoffte man sich der Reste des kolonialen Erbes entledigen zu können und einen gangbaren Weg des Fortschrittes zu beschreiten. In Bezug auf Migdal grenzte sich Bourgibas Staat demnach in mehreren Hinsichten von der kolonialen Herrschaft ab. Der Legimitationsanspruch wurde durch den Mythos Bourgiba als Befreier von der kolonialen Herrschaft geschaffen und unter der Prämisse dem Land Fortschritt zu bringen praktizierte er eine autoritäre Politik.

3.3.3 Destour-Sozialismus und seine Folgen

In den Folgejahren bildete sich ein Entwicklungsmodell, das mit dem Namen „Destour-Sozialismus“ betitelt wurde. Unter Leitung eines ehemaligen UGTT Generalsekretärs namens Ahmed Ben Salah¹³¹ entstand 1962 ein Planungsministerium, welches Bourgibas Idee eines kooperativen Agrarsozialismus verwirklichen sollte. Von Bourguiba wurde dieser auch als „konstitutioneller Sozialismus“ deklariert, bei dem – unter Beibehaltung der Respektierung von Privateigentum – ein planwirtschaftliches System etabliert werden sollte.¹³² Von den planwirtschaftlichen Maßnahmen, waren vor allem kleine und mittlere Händler, sowie der Agrarsektor (mit Ausnahme des Großgrundbesitzes), betroffen. Diese sollten sich in Konsum- und Handelskooperativen zusammenschließen. Aus diesem Grund wird im Zusammenhang mit der Planungspolitik Ben Salahs häufig vom „Agrarsozialismus“ der sechziger Jahre gesprochen. Zu Beginn (1963) der Planungspolitik wurden zunächst die Staatsdomänen in fruchtbaren Regionen Nordtunesiens für landwirtschaftliche Kooperative verwendet. Ab 1964 fand Stück für Stück die Enteignung ausländischer Immobilienbesitzes statt.¹³³ Intention dahinter war unter anderen, die Minderung des ausländischen Einflusses auf das Land und seine Wirtschaft.

Laut dem Papier sollten die Kleinbauern weiterhin Eigentümer ihres in die Kooperative eingebrachten Landes sein, praktisch gesehen wurden sie zu einer Art neuer Lohnarbeiter. Dies verursachte immer größer werdende Proteste gegen die Planwirtschaft.

¹³¹ Siehe auch: Nerfin, Marc: Gespräche mit Ben Salah, eine sozialistische Alternative in Tunesien; pdw; Bonn; 1976.

¹³² Siehe auch: Faath, Sigrid: Tunesien, die politische Entwicklung seit der Unabhängigkeit 1956-1986; Kommentar und Dokumentation; Mitteilung des deutschen Orient-Institut Nr. 27; Hamburg; 1986; Seite 145, ff.

¹³³ Siehe auch: ebd.: Seite 147.

*„Ihr Widerstand gegen die Einbringung ihres Landes in die Kooperativen entzündete sich auch an der Tatsache, dass sie als Agrargenossenschaftler kein Land mehr vererben konnten [...]“*¹³⁴

Die weitere Ausbreitung der Kooperativen wurde überdies von den bestehenden Großgrundbesitzen behindert.¹³⁵ Diese sollten ab 1969 –vorwiegend im Sahel – verbessert werden, in dem man beginnen wollte die Großgrundbesitze in die Kooperativen mit einzubinden.

Die Proteste wurden immer lauter und gründeten schließlich in der Absetzung des planwirtschaftlichen Entwicklungsprogrammes, als sich Großgrundbesitzer in ihrem Widerstand mit Kleinbauern zusammenschlossen.¹³⁶ Die Opposition¹³⁷ zur Regierung-Bourguiba wurde immer größer und so beschloss die Staatsführung¹³⁸ kurzerhand Ben Salah wegen *„Missbrauch des Vertrauens des Staatspräsidenten und Verschwendung öffentlicher Gelder“*¹³⁹ anzuklagen. 1970 wurde er zu zehn Jahren Haft mit Zwangsarbeit verurteilt.

3.3.4 Entwicklung durch Außenorientierung

Danach war das planwirtschaftliche Unterfangen nur noch aus freiem Willen heraus anzutreten und die landwirtschaftlichen Produktionseinheiten beschränkten sich auf Regionen aus ehemaligem Staatsgebiet. Die Reprivatisierung des Kooperativenlandes verursachte innerhalb kürzester Zeit die Verarmung vieler Bauern. Dies resultierte daraus, dass sie nicht mehr über die eigenen Produktionsmittel verfügten und für deren Neuerwerb bei Großgrundbesitzern Kredite aufnahmen. Oftmals konnten sie aber Rückzahlungspflicht nicht nachkommen und so übereigneten viele ihr Land zur Entschuldung an Großgrundbesitzer. In weiterer Folge wurden unzählige Bauern landlos und wanderten, in der Hoffnung auf Arbeit in die Städte ab. Dadurch ging immer mehr Land in die Hände der Großgrundbesitzer und

¹³⁴ Ebd.: Seite 148.

¹³⁵ Siehe auch: ebd.; Seite 148: „[...] gab es 1965 213 Genossenschaften mit 13.838 Mitgliedern und einer Fläche von 182.915 Hektar. 1969 waren 1 Mio Hektar Land vergenossenschaftlicht, während der Plan für diesen Zeitraum die Vergenossenschaftung von 2,15 Mio Hektar vorgesehen hatte.“

¹³⁶ Siehe auch: Rudebeck, Lars: Developmental pressure and political limits: a Tunisian Example; The Journal of Modern African Studies 8, 2; 1970, Seite 173- 198.

¹³⁷ Siehe auch: Ashford, Douglas E.: Succession and social change in Tunisia; ROMM 13-14; 1973; Seite 49-65.

¹³⁸ Manche Quellen sprechen auch die Vermutung aus, dass durch Bourguibas zweite Ehe mit Wassila Ben Ammar, welche aus einer der reichsten Familien der Agrarbourgeoisie stammt, ein weiterer Grund für sein Einlenken bezüglich der Eingliederung der Großgrundbesitze in die Planwirtschaft, war. Siehe auch: Bolz, Reinhardt: Entwicklung und Abhängigkeit, Zur Entwicklung des peripheren Kapitalismus in Tunesien als ein Beispiel der neuen internationalen Arbeitsteilung im Mittelmeerraum; Reihe F; Bremer Afrika Archiv; Bd. 13; Im Selbstverlag des Museums; Bremen; 1981; und auch: Faath, Sigrid: Tunesien, die politische Entwicklung seit der Unabhängigkeit 1956-1986; Kommentar und Dokumentation; Mitteilung des deutschen Orient-Institut Nr. 27; Hamburg; 1986.

¹³⁹ Faath, Sigrid: Tunesien, die politische Entwicklung seit der Unabhängigkeit 1956-1986, Kommentar und Dokumentation, Mitteilung des deutschen Orient-Institut Nr. 27, Hamburg, 1986, Seite 150.

förderte damit die Agrarbourgeoisie. Die Liberalisierungswelle bedingte den Import moderner landwirtschaftlicher Maschinen, welche zur Rationalisierung der landwirtschaftlichen Betriebe genutzt wurden. Die modernen Anbaumethoden brachten den Großgrundbesitzern größere Gewinne, bei gleichzeitig weniger Einsatz von Arbeitskräften. Dadurch wurden die Arbeitsplätze und somit die Möglichkeit den Lebensunterhalt im Agrarsektor zu bestreiten, reduziert, was wiederum zur Entleerung weiter Teiler der ruralen Gegenden führte.¹⁴⁰

Die wiedereinsetzende Liberalisierungspolitik verursachte also in ihrer Folge eine Exportorientierung im Agrarsektor, die Ausweitung der Investitionsmöglichkeiten für ausländisches Kapital und verstärkte die Importabhängigkeit, die wiederum zu Erhöhung der Kreditaufnahme von Weltbank und Währungsfond und damit zur weiteren Verschuldung Tunesiens führte.¹⁴¹ Bei diesem Entwicklungsprogramm wurden vor allem die Betriebe mit Vergünstigungen belohnt, die für den Export produzierten. Bildhaft wird dies unter anderem durch das Exportindustriegesetz vom 14.4.1972. Unternehmern, die ausschließlich für den Export produzieren, wurde eine Reihe beachtlicher Zugeständnisse gemacht. So wurde keine Besteuerung der Unternehmensgewinne in den ersten zehn Jahren vorgenommen und die Steuern von 40,1% auf 10% in den nächsten zehn Jahren herabgesetzt. Auch wurden eine Reihe anderer Abgaben und Steuern reduziert oder gar ganz ausgesetzt. Schließlich hoffte man den Export weiter zu fördern, indem gestattet wurde, dass Gewinne uneingeschränkt transferiert werden durften. Hiermit wurde den Unternehmern ermöglicht nicht mehr Geld in Tunesien zu lassen, als für die Fortführung des Betriebes notwendig war.¹⁴²

Die neue Entwicklungsideologie die Tunesien in den nächsten Jahren verfolgte, war Wachstum durch Außenorientierung. Dies beinhaltete nicht nur die Liberalisierung, sondern auch die Modernisierung und Industrialisierung nach europäischem und amerikanischem Vorbild.

Die Reprivatisierung brachte massive und weitreichende Konsequenzen für weite Teile der Bevölkerung mit sich. Durch den Verlust ihres Landes und/oder ihrer Arbeit, fassten viele den Entschluss in den Städten nach neuer Arbeit zu suchen. Daraus ergab sich nicht nur die Entleerung weiter Landstriche, sondern auch eine exzessive Bildung von Slums in urbanen Gebieten. Die Zahl der Arbeitsplätze deckte die Zahl der Arbeitslosen bei weitem nicht. Die die Arbeit fanden, waren meist so unterbezahlt, dass sie mit ihrem Lohn nicht auskamen um ihre Grundbedürfnisse damit zu decken.

¹⁴⁰ Siehe auch: ebd.; Seite 150,f.

¹⁴¹ Siehe auch: ebd.; Seite 151.

¹⁴² Siehe auch: Schicho, Walter: Der Länderbericht, Tunesien, Geschichtliche Entwicklung, Probleme der Gegenwart, Separatdruck aus der Zeitschrift der österreichischen Forschungsförderung für Entwicklungshilfe; Internationale Entwicklung; FB Orientalistik; Seite 58.

„Während sich die Landbevölkerung bei Arbeitslosigkeit durch Eigenproduktion oder ‚Subsistenzwirtschaft‘ zumindest noch irgendwie ernähren konnte, bzw. (und durch Eigenbau ihrer Lehmhütten stets eine Unterkunft besaß,) bedeutete Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung oder auch Entlohnung unter dem Reproduktionswert für die proletarisierte Bevölkerung in den urbanen Gebieten eine ‚absolute‘ Verarmung [...], also Unterernährung mit all seinen gesundheitlichen Folgen für Körper, Geist und Psyche, Obdachlosigkeit bzw. menschenunwürdiges Wohnen, etc.“¹⁴³

Von den Neuerungen, die Tunesien in eine bessere Zukunft führen sollten, profitierte nur ein kleiner Teil der Gesellschaft. Die Wirtschaft war nicht nach der Bedürfnisbefriedigung der breiten Bevölkerung ausgerichtet, sondern orientiert sich an internationalen Vermarktungsgesichtspunkten. Hierdurch entstand eine Verkrüppelung des Binnenmarktes, da es lukrativer war für den Export zu produzieren. Daraus resultierte ein Mangel an Gütern, die für das Überleben der Bevölkerung wichtig sind. Diese Güter mussten dann aus dem Ausland eingeführt werden und verstärkten dadurch die Abhängigkeit vom Außenmarkt und die weitere Verschuldung. Durch die Steuererleichterungen der Exportbetriebe ergaben sich enorme Einnahmeausfälle für den Staat. Die Staatskassen leerten sich überdies durch die erhöhten Ausgaben durch Subvention, Infrastrukturmaßnahmen und der gleichen. Mit diesem Hintergrund war es für den Staat schwierig finanzielle Mittel für soziale Einrichtungen (Gesundheitswesen, Wohnungsbau, Bildung und so weiter) auszugeben.¹⁴⁴

Die ausländischen Unternehmer können in dieser Phase als „Machtpole“ gesehen werden. Sie diktierten die Bedingungen unter denen sie in Tunesien investierten. Beispielfhaft für das Einlenken der Regierung zu Gunsten der ausländischen Investoren und gegen das Wohl der Allgemeinheit, sind wohl die Tarifbestimmungen im Arbeitsrecht.

„Kollektivstreiks mit dem Ziel von Lohnerhöhungen schließt das tunesische Arbeitsgesetz aus, da Tarifverträge unter Mitwirkung der Regierung abgeschlossen werden und jede neue Tarifbewegung ihrer Zustimmung bedarf.“¹⁴⁵

Daraus wird zum einen deutlich, dass die Staatsführung die Löhne bestimmte und zum anderen, dass bei dieser Verfahrensweise ein Streikverbot zwischen den Zeilen zu lesen ist. Bourgibas Politik ist überdies gekennzeichnet durch Versuche die eigene Macht zu erhalten. Seine immer wieder prekären gesundheitlichen Zustände, verursachten auch unter seinen engsten Gefolgsleuten, den Wunsch die Nachfolge¹⁴⁶ Bourguibas zu klären.

¹⁴³ Bolz, Reinhardt: Entwicklung und Abhängigkeit, Zur Entwicklung des peripheren Kapitalismus in Tunesien als ein Beispiel der neuen internationalen Arbeitsteilung im Mittelmeerraum; Reihe F; Bremer Afrika Archiv; Bd. 13; Im Selbstverlag des Museums; Bremen; 1981; Seite 482,f.

¹⁴⁴ Siehe auch: ebd.; Seite 495.

¹⁴⁵ Ebd.: Seite 473.

Durch eine Verfassungsänderung 1966 konnte der neu kreierte „Rat der Republik“ einen Übergangspräsidenten bestimmen. Ab 1969 bestimmte Bourguiba durch ein Dekret (Gesetz trat 1976 in Kraft), dass der Nachfolger für das Präsidentenamt der neu geschaffene Posten des Premierministers – im Falle einer überraschenden Vakanz – sein sollte. Dieser Übergangspräsident sollte sein Amt bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode ausüben. Der Premierminister wurde nicht gewählt, sondern persönlich von Bourguiba bestimmt. 1974 ließ er sich entgegen den verfassungsmäßigen Bestimmungen (Art. 40 erlaubt nur drei Amtsperioden für Präsidenten), zum Präsidenten auf Lebenszeit wählen (Verfassungsänderung dies bezüglich kurz darauf).

Seine Politik wird in manchen Quellen auch als „Politik der Klans“ bezeichnet. In diesem Sinne betrieb er eine Politik des Ausgleichs zwischen den einzelnen Interessensgruppen (Strongmen).¹⁴⁷ In anderer Literatur¹⁴⁸ wird dagegen bezweifelt, dass es zu diesem frühen Zeitpunkt schon so etwas wie eine Elite (wie z.B. die Industriebourgeoisie), die Einfluss auf die Regierung ausübt, gegeben hat, da im hohen Maße Steuerbetrug praktiziert wurde und vertagt deshalb deren Entstehung auf einen späteren Zeitpunkt. Meiner Meinung nach schließt Steuerbetrug das Vorhandensein von Eliten nicht aus, denn gerade das Tolerieren von illegalen Praktiken der Geschäftsleute seitens des Staates, dessen Abhängigkeit für eine florierende Wirtschaft, beziehungsweise für die Finanzierung des staatlichen Überlebens, von den Geschäftsleuten, spiegelt die Politik des Ausgleichs beziehungsweise „politics of survival“ wider.

Die sozioökonomische Lage wurde verschärft durch das Ungleichgewicht zwischen den Regionen an der Küste und im Nordwesten des Landes die wirtschaftlich und infrastrukturell begünstigt waren und den vernachlässigten Gebieten im Landesinneren und in Südtunesien. Überdies erschwerte die wirtschaftliche Lage die Integration von Jugendlichen – auch jene die eine höhere Schulbildung hatten – in die Arbeitswelt. Dies verursachte ein stetig radikaler werdendes politisches und soziales Klima.¹⁴⁹ Die soziale Kontrolle wurde zusehends geschwächt und brachte die Staatsführung im Bestreben die Gesellschaft zu mobilisieren zur Neuausformung der bestehenden symbolischen Konfigurationen.

¹⁴⁶ Siehe auch: Hahn, Lorna: Tunisian political reform: Procrastination and Progress; Middle East Journal; 26/4; 1972; Seite 405-414.

¹⁴⁷ Siehe auch: Faath, Sigrid: Tunesien, die politische Entwicklung seit der Unabhängigkeit 1956-1986; Kommentar und Dokumentation; Mitteilung des deutschen Orient-Institut Nr. 27; Hamburg; 1986; Seite 155 – 164.

¹⁴⁸ Siehe auch: Bellin, Eva: Tunisian Industrialists and the State; erschienen in: Tunisia, the political economy of reform; Ed. Zartman, William I.; London 1991; S. 45-65.

¹⁴⁹ Siehe auch: Faath, Sigrid: Tunesien, die politische Entwicklung seit der Unabhängigkeit 1956-1986; Kommentar und Dokumentation; Mitteilung des deutschen Orient-Institut Nr. 27; Hamburg; 1986; Seite 161.

Bourguibas Legitimität, wandelt sich im Laufe seiner Amtsausübung als Staatspräsident. Begründete sie sich zu Beginn, auf seiner entscheidenden Rolle im Unabhängigkeitskampf, „[...]die ihn in Krisensituationen vor der Bevölkerung von jeder direkten Verantwortung (z.B. bzgl. des Einsatzes repressiver Mittel gegen die Massen) freispricht und ihn anerkennt als moralisch unanfechtbaren, über dem politischen Alltag stehenden Ordner der Staatsangelegenheiten. Der „Mythos“ Bourguiba[...]“¹⁵⁰ transformiert sich so immer mehr in Richtung „Führer in Moderne und Fortschritt“, dies natürlich unter Beibehaltung von traditionellen Werten und Normen. Hieraus ist zu erkennen, dass durch das neue „Image“ der Staatsspitze versucht wurde, der Schwächung des Staates entgegenzuwirken. Da der höchste Grad der sozialen Kontrolle, nach der Theorie des schwachen Staates von Joel Migdal, in der Anerkennung des Staates begründet ist, so ist es nur logisch, dass mit der Transformation des Images der Staatsführung versucht wurde neue Legitimation zu schaffen.

Schon vor Beendigung von Bourguibas lebenslanger Amtszeit bestand die Sorge, dass sein Nachfolger – im Falle von Bourguibas Ableben würde dies der Premierminister sein – nicht genügend Autorität haben würde. Nur die loyalsten Anhänger wurden zum Posten des Premierministers erhoben und dieses Vertrauen erwarben sie sich nur durch die exakte Ausführung von Befehlen. Dadurch befürchtete man, der Premierminister könne nicht genügend Autorität vor der Regierung besitzen, da dieser Posten quasi für die „Schoßhündchen“ des Präsidenten kreierte wurde. Wenn dieser Premier nun im Fall der Fälle zum Übergangspräsidenten erhoben werde, so traute man ihm in Krisenzeiten keinen akkuraten Handlungsspielraum zu, wenn das Militär nicht ebenfalls auf seiner Seite stand.¹⁵¹

1986 wurde Zine Ben Ali zum Innenminister von Bourguiba ernannt. Später hierzu mehr.

In der Außenpolitik während der Regierungszeit Habib Bouguibas, lässt sich eine Tendenz in Richtung der westlichen Mächte erkennen. Die Liberalisierungstendenzen in der Wirtschaft können, in der gesamten neuzeitlichen Geschichte Tunesiens, als Versuch gesehen werden dem Staatsbankrott zu entgehen.¹⁵² Um dem Schleuderkurs entgegenzuwirken, der verursacht wurde durch die Einbindung in den Weltmarkt, verabschiedete die tunesische Regierung 1983 ein Maßnahmenpaket welches aus einer Mischung von Austeritätsmaßnahmen, zusätzlichen Außenhandelsbeschränkungen, einer Erhöhung von Steuern und Gebühren und einer gezielten Abwertung des tunesischen Dinars, bestand. Die Bevölkerung betrafen vor

¹⁵⁰ Ebd.: Seite 160.

¹⁵¹ Siehe auch: Hahn, Lorna: Tunisian political reform: Procrastination and Progress; Middle East Journal; 26/4, 1972; Seite 405-414.

¹⁵² Siehe auch: Richter, Thomas: Autoritäre Herrschaft, materielle Ressourcen und Außenwirtschaftsreformen, Marokko, Tunesien, Ägypten und Jordanien im Vergleich; Mit einem Geleitwort von Martin Beck; Universität Bremen; Dissertation; Verlag für Sozialwissenschaften; Wiesbaden; 2008; Seite 281.

allein die Einfrierung der Gehälter des öffentlichen Sektors, die Kürzung der Subventionen für Nahrungsmittel, sowie die Verschärfung der Auflagen für Kapital- und Konsumgüterimporte und die Erhöhung von Zöllen und Steuern. All dies führte jedoch nicht dazu die Defizite im Staatsbudget und der Leistungsbilanz zu verkleinern. So wurden in den folgenden Jahren zusätzliche Schritte im Sinne dieser Austeritätspolitik unternommen, welche aber auch nicht das steigende Ressourcendefizit der tunesischen Volkswirtschaft eindämmen konnten. Mitte 1986 konnte die tunesische Regierung nur noch um finanzielle Hilfe bitten und wandte sich an den internationalen Währungsfond und die Weltbank. Durch das daraus resultierende Stand-by-Abkommen wurde die orthodoxe Außenwirtschaftsliberalisierung Tunesiens besiegelt, der Wechselkurs wurde um 22 Prozent abgewertet und Restriktionen im Handels- und internationalen Zahlungsverkehr abgebaut.¹⁵³

Tunesien pflegte in seiner Außenpolitik intensive Verbindungen mit Frankreich, Deutschland, Italien und den USA. Zwischen diesen Staaten und Tunesien wurden nicht nur wirtschaftliche Abkommen geschlossen, sondern sie erhielten auch in technischer und finanzieller Hinsicht, „Entwicklungshilfe“. Die finanzielle Hilfe trat aber zusehends immer mehr hinter die technische Unterstützung. Diese artikulierte sich zusehends in der Modernisierung des Militärs. Grenzkonflikte in der Sahara führten zu einem Aufrüsten der tunesischen Armee, welches von Seiten Deutschlands und der USA getragen, und auch nach Beendigung der Auseinandersetzungen weiterverfolgt, wurde.¹⁵⁴

Was den Rest der Welt betraf, so gab es zwar durch Bourguibas euphorische außenpolitische Bestrebungen auch Abkommen, allerdings traten diese in ihrer Wichtigkeit für die tunesischen Bestrebungen weit zurück.

„Wie in osteuropäischen und asiatischen Staaten konnten die afrikanischen Staaten kein Substitut für den europäischen Absatzmarkt bieten. Allerdings besteht eine breite Palette von Kooperationsabkommen mit afrikanischen Staaten, die Abkommen in den Bereichen Landwirtschaft und Handel, Bildung, technische Zusammenarbeit, Informationswesen, Jugend, Sport und Kultur umfasst.“¹⁵⁵

¹⁵³ Siehe auch: ebd.; Seite 219, f.

¹⁵⁴ Siehe auch: Ruf, Klaus Werner: Der Burgibismus und die Außenpolitik des unabhängigen Tunesien; Freiburger Studien zu Politik und Gesellschaft überseeischer Länder; Schriftreihe des Arnold-Bergstrasser-Instituts für kulturwissenschaftliche Forschung; Hg. Prof. Dr. Dieter Oberndörfer; Bd. 1; Bertelmann Universitätsverlag; Bielefeld; 1969.

¹⁵⁵ Faath, Sigrid: Tunesien, die politische Entwicklung seit der Unabhängigkeit 1956-1986; Kommentar und Dokumentation; Mitteilung des deutschen Orient-Institut Nr. 27; Hamburg; 1986; Seite 172.

3.3.5 Zusammenfassung

Zusammengefasst kann nun also gesagt werden, dass die Politik Bourguibas zentralistisch konzipiert war, da er nur so eine Möglichkeit sah, dem Land die Unabhängigkeit von Frankreich und den Fortschritt zu bringen. Bei diesen Bestrebungen musste er in klientelistischer Verfahrensweise den Bedürfnissen der mächtigsten Interessensgruppen entgegentreten. Dies schwächte den Staat zusehends, so dass er immer weniger Ressourcen für die Überlebensstrategien, der breiten Masse akquirieren konnte. Die wirtschaftlichen Fehlschläge die dem Land eigentlich Aufschwung bringen sollten, mündeten in einer stetig größer werdenden Marginalisierung großer Teile der Bevölkerung. Die Arbeitslosigkeit liegt im Jahre 1984 bei über 25 Prozent, wobei unter den Betroffenen rund die Hälfte unter einem Alter von 25 Jahren ist.¹⁵⁶ Diese Teile wendeten sich aus ihrer Unzufriedenheit dem Regime gegenüber ab den 80er Jahren zunehmend islamistischen Bewegungen zu.¹⁵⁷ Die repressive Verfahrensweise mit jeglicher Opposition – egal ob bei öffentlichen Streiks oder politischen Oppositionsbildungsversuchen – ermöglichte Bourguiba trotz allem seine Amtsausübung bis 1987 weiterzuführen, zermürbten aber gleichzeitig seinen Status an Legitimität. Die Politik Bourguibas konnte dem unter dem französischen Protektorat eingeschlagenen Weg nicht Einhalt gebieten und stellte nur eine Fortführung des kapitalistischen Raubbaus dar, schön zu Erkennen auch am Beispiel der Exportunternehmen, welche größtenteils keine Mindestlöhne ausbezahlten, was aber staatlicherseits toleriert wurde. Die von den Franzosen angestoßene Spirale der wirtschaftlichen Abhängigkeit drehte sich immer weiter und der angepeilte Fortschritt führte nicht zur Verbesserung der Lebensumstände breiter Teile der Bevölkerung. Die prekäre Situation bedingte Massenaufstände im ganzen Land was auf eine mangelnde gesellschaftliche Anerkennung gegenüber dem Staat hinweist.

Die islamistische Organisation MIT (Mouvement de la Tendance Islamist) wurde eine immer größere politische Opposition, die in den späten 80er Jahren die unzufriedenen Teile der Gesellschaft in Massendemonstrationen organisierte. Bourguiba setzte 1987 Ben Ali als Premierminister ein um den Aufruhr im Land Einhalt zu Gebieten. Dieser sollte, mit voller Härte, das Land wieder zur Ruhe bringen. Ben Ali verfolgte zunächst die angeordnete

¹⁵⁶ Siehe auch: Steiger, Rica: Tunesien, Aufstieg zwischen Orient und Okzident; Internationale Märkte; Hg. Prof. Dr. Herbert Strunz; Bd. 6; Peter Lang europäischer Verlag der Wissenschaften; Frankfurt a. Main; 2003; Seite 91.

¹⁵⁷ Siehe auch: Waltz, Susan: Islamist appeal in Tunisia; Middle East Journal Vol. 40 No. 4; autumn 1986, S. 651-670.

Strategie der Staatsführung, nutzte aber im November seine außergewöhnliche Stellung die Macht zu ergreifen.¹⁵⁸

Am Ende der Amtszeit Bourguibas erreichte die staatliche Kontrolle, in breiten Teilen der Bevölkerung nur die unterste Ebene in Migdals Schema – die Befolgung. Diese konnte nur mehr durch Repression gewährleistet werden. In Bezug auf die Forschungsfrage bedeutet dies, dass der Staat weiterhin schwach ist und so trotz des Regierungswechsels keine prägnanten Änderungen zu verzeichnen sind.

3.4 Zine el-Abidine Ben Ali

Zine el-Abidin Ben Ali wurde am 3. September 1936 in Sousse geboren. Mit 24 Jahren trat er in die Armee ein. In Frankreich und den USA wurde er in den Folgejahren noch mehr in das Metier der Landesverteidigung eingewiesen. 1978 ernannte Bourguiba Ben Ali als Sicherheitschef und beförderte ihn 1979 zum General. 1980 bis 1986 bekleidete er den Führungsposten des nationalen (zivilen) Sicherheitsdienstes und wurde 1986 Innenminister. Bourguiba übertrug ihm die Aufgabe die fundamentalistischen Islamisten in Tunesien zu bekämpfen.¹⁵⁹

Das gewaltvolle Vorgehen gegen diese Gruppierungen führte zu weitreichenden innenpolitischen Konsequenzen. Zwar wurde die Opposition der MTI – die in der Zwischenzeit in en-Nahda-Partei umbenannt wurde – durch die Inhaftierung und spätere Ausweisung Rachid Ghanouchis zerschlagen, doch die repressive Art und Weise mit der gegen die Krise vorgegangen wurde, führte zum Legitimitätsverlust Bouguibas.

„Die Mehrheit des tunesischen Establishments hatte sich zu der Ansicht durchgerungen, dass der 83-jährige Bourguiba physisch und psychisch nicht mehr in der Lage sei, die Geschäfte des Landes effektiv durchzuführen – auch bei Berücksichtigung seiner enormen Verdienste in der Vergangenheit. So wurde der Staatsgründer am 7. November 1987 für amtsunfähig erklärt und durch den 51-jährigen Ministerpräsident Zine el[-]Abidine Ben Ali ersetzt.“¹⁶⁰

¹⁵⁸ Siehe auch: Faath, Sigrid: Tunesien, die politische Entwicklung seit der Unabhängigkeit 1956-1986; Kommentar und Dokumentation; Mitteilung des deutschen Orient-Institut Nr. 27; Hamburg; 1986; Seite 254, ff.

¹⁵⁹ Siehe auch: Chimelli, Rudolph: <http://www.sueddeutsche.de/politik/tunesiens-ex-praesident-ben-ali-auf-der-flucht-vor-dem-volk-1.1046909>; [Zugriff: 20.01.14]; Lebenslauf: Gleich nach der Unabhängigkeit im Jahre 1956 trat Ben Ali der Armee bei. Er wurde an Frankreichs Militärakademie Saint-Cyr und an einer Geheimdienstschule in Amerika ausgebildet. Als Chef des militärischen Sicherheitsdienstes seines Landes reiste er oft in die USA und knüpfte gute Kontakte zur CIA. Später war er Militärattaché in Marokko und Spanien sowie Botschafter in Warschau, dann Minister für Sicherheit, später Innenminister. Gegen Streikende und bei der Unterdrückung der wiederholten Brot-Unruhen war er unnachgiebig.

¹⁶⁰ Meysels, Lucian O.: Tunesien: Brennpunkt der Kulturen; Geschichte und Gegenwart; mit einer Einleitung von Kurt Waldheim; Herbig; München; 2004; Seite 147.

Als einer der ersten Schritte, in Ben Alis Funktion als Staatspräsident, tauft er die PSD (ehemalige Neo-Destour-Partei) in Rassemblement Constitutionnel Démocratique (RCD) um. Die Umbenennung der Partei vollzog er vor allem, um sich vom alten Regime abzuheben. Er benutzte den ersten Kongress nicht nur dazu, sich selbst an die Spitze des Staates, sondern auch an die der Partei zu stellen. Im Juli 1988 wird er auch als Parteiführer bestätigt.

Um nicht von den alten Regimegünstlingen entmachtet zu werden, ließ Ben Ali in seiner Amtsantrittsphase viele der alten Riege, unter dem Vorwand von Korruption, inhaftieren.¹⁶¹

3.4.1 Reformen

Ein neues Parteiprogramm wird verabschiedet um sich noch mehr vom alten Regimebild loszulösen.

*„Die Beachtung von Menschenrechten wird angekündigt, ein neues Presse-, Parteien- und Wahlgesetz ausgearbeitet, die arabische Sprache und der Islam stärker berücksichtigt [...]“*¹⁶²

Im Verlauf dessen wird ein Mehrparteiensystem ausgearbeitet und die gemäßigten islamistischen Parteien für die Teilnahme an Kommunal- und Parlamentswahlen zugelassen. Allerdings wird dies schon 1991 wieder revidiert. Die islamistische En-Nahda-Partei wird erneut verboten und Führungsmitglieder inhaftiert.

*„Die Existenz von inzwischen nicht weniger als sieben „Oppositionsparteien“, die die Staatsführung im Untersuchungszeitraum [1988-2004; Anm. d. Verf.] regelmäßig als Beleg für die zunehmende „Demokratisierung“ des politischen Lebens anführte, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Oppositionsparteien im politischen Leben Tunesiens kaum eine nennenswerte Rolle spielen.“*¹⁶³

1993 wird ein Gesetz erlassen, mit dem die arabische Sprache als alleinige Amtssprache eingesetzt werden soll, allerdings bleibt dieses bis zum Jahre 2000 unbeachtet.

2002 wird laut Volksentscheid eine Verfassungsänderung mit 99,52 % der abgegebenen Stimmen befürwortet. Hierbei wird die Verfassung, zu Gunsten Ben Alis nächsten Antritts für die Präsidentschaftswahlen, reformiert. Auch gesteht die Verfassungsänderung dem

¹⁶¹ Owen, Roger: The Rise and Fall of Arab Presidents for Life; Harvard University Press; Cambridge 2012; Kindle-Edition; Kapitel 4.

¹⁶² Steiger, Rica: Tunesien, Aufstieg zwischen Orient und Okzident; Internationale Märkte; Hg. Prof. Dr. Herbert Strunz; Bd. 6; Peter Lang europäischer Verlag der Wissenschaften; Frankfurt a. Main; 2003; Seite 25.

¹⁶³ Axtmann, Dirk: Reform autoritärer Herrschaft in Nordafrika, Verfassungs- und Wahlrechtsreformen in Algerien, Tunesien und Marokko zwischen 1988 und 2004; Deutscher Universitäts-Verlag; Wiesbaden; 2007; Seite 151.

Präsidenten Immunität, für die Handhabe der Staatsangelegenheiten während seiner Präsidentschaft, zu.¹⁶⁴

Presse und Medienfreiheit

Die im Artikel 8 der Verfassung gewährte Presse- und Medienfreiheit ist de facto einer Zensur unterworfen. „Big Ali is watching Internet“ ist der passende Titel des Artikels der von Sihem Bensedrine anlässlich des zweiten „Weltgipfels zur Informationsgesellschaft“ verfasst wurde. Hierin wird Tunesien als Gastland des Gipfels aufgrund eindeutig nachgewiesener Zensur und anderen Menschenrechtsverletzungen kritisiert.

„Denn obwohl vom Staat eingerichtet, macht das Internet den Mächtigen Angst, die ja bereits die Pressefreiheit blockiert haben und das Internet nicht unkontrolliert lassen wollen. Ein ganzes Heer von Agenten wurde vom Kommunikationsministerium mobilisiert, um Internet-Nutzer zu kontrollieren und zu überwachen, welche Informationsquellen sie nutzen. Diese Informationspolizei ist allgegenwärtig. Sie arbeitet mit einem umfassenden Paragraphenwerk, das ihr ganz legal jede Art der Unterdrückung gestattet. Und sie verfügt insbesondere über Abhörvorrichtungen von allerneuerstem technologischem Standard, die ihr eine Abhörreichweite und Datenspeicherung ermöglichen, mit der sie den Datenfluss unabhängig von seiner Herkunft bis zu sieben Tage zurückreichend verfolgen kann. Oppositionelle, Minister, Unternehmer, Führer nationaler Organisationen, Gewerkschaften, Regionalverantwortliche, Botschaften – niemand entrinnt ihrer Beobachtung“¹⁶⁵

Nach außen, stellte sich die Regierung Ben Ali, wie bereits oben angemerkt, als „Bewahrer der Menschenrechte“ dar.¹⁶⁶

„Internationale Menschenrechtsorganisationen hingegen berichten von einem repressiven Regime, in dem politischer Widerstand unterdrückt wird. Aktive Mitglieder politischer Bewegungen in Opposition zum bestehenden System, vermutete Sympathisanten von Kritik und derer Familienmitglieder sind polizeistaatlichen Repressionsmaßnahmen ausgesetzt.“¹⁶⁷

Bildungswesen und Rechtsprechung

Um die Bevölkerung für staatliche Zwecke besser mobilisieren zu können wurde in weiterer Folge der politischen Neuerungen auch das Bildungswesen reformiert. Dadurch steigt die Einschulungsrate und auch der Zulauf auf die höheren Bildungsanstalten nimmt zu. Die

¹⁶⁴ Siehe auch: Steiger, Rica: Tunesien, Aufstieg zwischen Orient und Okzident; Internationale Märkte; Hg. Prof. Dr. Herbert Strunz; Bd. 6; Peter Lang europäischer Verlag der Wissenschaften; Frankfurt a. Main; 2003; Seite 29.

¹⁶⁵ Bensedrine, Sihem: Big Ali is watching Internet, Zensur im Gastland des „Weltgipfels zur Informationsgesellschaft“, erschienen in: der Überblick, Quartalsschrift des kirchlichen Entwicklungsdienstes; Hamburg; 4/2003; Seite 54.

¹⁶⁶ Siehe auch: Steiger, Rica: Tunesien, Aufstieg zwischen Orient und Okzident; Internationale Märkte; Hg. Prof. Dr. Herbert Strunz; Bd. 6; Peter Lang europäischer Verlag der Wissenschaften; Frankfurt a. Main; 2003; Seite 25.

¹⁶⁷ Steiger, Rica: Tunesien, Aufstieg zwischen Orient und Okzident; Internationale Märkte; Hg. Prof. Dr. Herbert Strunz; Bd. 6; Peter Lang europäischer Verlag der Wissenschaften; Frankfurt a. Main; 2003; Seite 46.

Staatskontrolle wurde versucht über das Bildungswesen und das Rechtssystem auszuweiten. Anreiz hierfür war es, den politischen Raum zu kontrollieren, den die Schulen, Universitäten, Gerichtshöfe und Moschen für die Opposition ansonsten darstellen könnten, indem sie diese mit dem Gedankengut des Regimes ausstatteten. Das Schulwesen wurde mit einem nationalen Lehrplan versehen. Studenten war es verboten zu politisch aktiv zu werden (außer die Teilnahme an regierungsgelenkten Jugendorganisationen). Die Opposition wurde entweder kooptiert oder unterdrückt. Bei diesem Punkt spielte der nationale Sicherheitsapparat mit seinen Geheimdiensten eine wesentliche Rolle.¹⁶⁸

Die Gesetze wurden zum einen dadurch kontrolliert, indem an den Gerichtshöfen alte Richter mit regimekooperierenden ersetzt wurden oder dazu gezwungen wurden regimekonform zu agieren. Zum anderen wurde der Aktionsrahmen der Gerichte drastisch zurückgeschnitten indem man Teile ihres Verantwortungsbereichs unter andere Zusatz-Judikative-Instanzen aufteilte (z.B.: Militär, Interne Sicherheitskräfte, Manager von staatlichen Gesellschaften und Dorf-Rat). Das Minimieren des Rechtssystems wurde damit gerechtfertigt, dass man behauptete es gäbe eine höhere sozialistische oder revolutionäre Gesetzmäßigkeit, die, wann immer sie galt, den gewöhnlichen Rechten/Gesetzen überzuordnen war.¹⁶⁹ Besonders nach dem 11. September 2001 wird unter dem Deckmantel der Terrorismusbekämpfung gegen Keimzellen möglicher Opposition vorgegangen.

Gesundheit

Auch das Gesundheitswesen wurde reformiert.

„Das Gesetz Nr. 91-63 vom 29 Juli 1991 bezüglich der Gesundheitsorganisation erkennt jeder Person das Recht auf den Schutz seiner Gesundheit unter den bestmöglichen Bedingungen an.“¹⁷⁰

Dies hatte positive Auswirkungen auf den Ausbau der Infrastruktur des Gesundheitswesens. In der unten anstehenden Tabelle¹⁷¹ wird der Wandel im Gesundheitswesen nachgezeichnet.

Jahr	2007	2008	2009	2010	2011
Anzahl der Krankenhäuser	172	174	174	174	174
Anzahl der Gesundheitszentren	2079	2083	20085	2088	2091
Anzahl der Krankenhausbetten	17998	18771	19156	19565	19632
Ausgaben für	6,8	6,5	6,8	--	--

¹⁶⁸ Siehe auch: Owen, Roger: State, Power and Politics in the Making of the Modern Middle East, Routledge, 3. Edt., London und New York:2004, Seite 25, f.

¹⁶⁹ Siehe auch: Owen, Roger: State, Power and Politics in the Making of the Modern Middle East, Routledge, 3. Edt., London und New York:2004, Seite 29.

¹⁷⁰ Steiger, Rica: Tunesien, Aufstieg zwischen Orient und Okzident; Internationale Märkte; Hg. Prof. Dr. Herbert Strunz; Bd. 6; Peter Lang europäischer Verlag der Wissenschaften; Frankfurt a. Main; 2003; Seite 69.

¹⁷¹ National Institute of Statistics, Tunisia: <http://www.ins.nat.tn/indexen.php> [Zugriff: 20.01.14]

öffentliche Gesundheit ⁱ⁾					
Ausgaben für öffentliche Gesundheit ⁱⁱ⁾	1,8	1,6	1,7	--	--

Quelle: National Institute of Statistics – Tunisia

i) Angaben in Prozent am Staatshaushalt

ii) Angaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukt

Das Aufnehmen der sozialen Frage kann als Kooption des oppositionellen Programms begriffen werden und somit können vor allem die Reformen des Gesundheits- und Bildungswesens als ein Versuch gesehen werden, die Bevölkerung zu besänftigen, um diese in weiterer Folge für die staatlichen Ziele zu mobilisieren.

3.4.2 Außenpolitik und Wirtschaft

Wie sein Vorgänger, versucht auch Ben Ali, Tunesien eine vollere Staatskasse zu beschere, indem er zum Beispiel einer Freihandelszone mit der EU zustimmt. Am 1. März 1998 tritt diese in Kraft.¹⁷² Sein Kurs ist wie vormals Bourgiubas, westwärts gerichtet. Eine Studie zur Effektivität der europäischen Nachbarschaftspolitik in Bezug auf Tunesien ist nicht von ihr überzeugt. So attestiert sie ihr, mehr Schein als Sein.¹⁷³ Dennoch wird Wirtschaftsliberalisierung und Privatisierung weiter vorangetrieben. Ein Spiegel der Wirtschaftspolitik sind die Zahlen der ausländischen Direktinvestoren. Betrug die Unternehmen mit ausländischer oder gemischter Kapitalbeteiligung in Tunesien 1973 nur 31, so stieg diese Zahl 1987 auf 455. 1994 umfasste das Kontingent an ausländischen Unternehmen schon 1426 und erweiterte sich im Jahr 2001 schließlich auf 2339 Betriebe.¹⁷⁴ Trotz steigender Exportquoten bleibt die Zahlungsbilanz negativ.

„Die Exporte deckten 2001 nur zu 69,9 % die Importe ab.“¹⁷⁵

Im Laufe der Privatisierungs- und Liberalisierungskampagne kam es auch zur Bereicherung der inländischen Elite – hierbei nicht zuletzt auch von Ben Alis Familie. Der Trebelsi Clan, mit dem er seit seiner zweiten Ehe mit Leila Trebelsi verbunden war, schnitt sich hierbei das größte Stück des Kuchens ab.

¹⁷² Siehe auch: Steiger, Rica: Tunesien, Aufstieg zwischen Orient und Okzident; Internationale Märkte; Hg. Prof. Dr. Herbert Strunz; Bd. 6; Peter Lang europäischer Verlag der Wissenschaften; Frankfurt a. Main; 2003; Seite 39.

¹⁷³ Siehe auch: Voss, Matthieu: Die Effektivität der europäischen Nachbarschaftspolitik; Eine Analyse am Beispiel Tunesien; WeltTrends; Potsdam; 2012.

¹⁷⁴ Siehe auch: Steiger, Rica: Tunesien, Aufstieg zwischen Orient und Okzident; Internationale Märkte; Hg. Prof. Dr. Herbert Strunz; Bd. 6; Peter Lang europäischer Verlag der Wissenschaften; Frankfurt a. Main; 2003; Seite 93.

¹⁷⁵ Ebd.: Seite 149.

*“Typical methods of enrichment included the privatization of state assets such as hotels and manufacturing; the transfer of public land to private ownership; the granting of licenses to operate major public services, such as cell phones, airlines, international sea transport, Tunisian cruise ships, and TV and radio stations; and, on some occasions, the forced sale of private assets such as banks and newspapers. State resources were also used as a source of selective patronage both for members of the crony business community and individual members of security services, while credit was freely provided for many privileged members of the middle class, allowing them to buy houses and cars but leaving them deeply in debt and so enmeshed in a system of relations that it prevented them from criticizing or opposing the regime.”*¹⁷⁶

Die Informationen über die Hauptmechanismen von Privatisierung und die Zubilligung von Staatsverträgen war praktisch unerreichbar. Der Prozess der Expansion der Staatsbeteiligung an der Wirtschaft wurde durch das Bedürfnis einer schnellen Entwicklung und einer gleichmäßigeren Verteilung des steigenden Nationaleinkommens, gerechtfertigt. Dies wiederum schuf eine Quelle für die Legitimation des Regimes.¹⁷⁷

*„Bedarf und Ankäufe staatlicher Organisationen und Firmen müssen gesetzlich öffentlich ausgeschrieben werden.“*¹⁷⁸

Man kann nicht davon ausgehen, dass sämtliche Staatsausschreibungen zu Gunsten von Regimeprivilegierten waren. Im Jahr 2000 gab es unter anderem eine öffentliche Ausschreibung zur Pachtung von Dattelpflanzungen in Südtunesien, die ausschließlich für den Export produzieren sollten. So bewarb sich unter anderen bei dieser Ausschreibung ein Sekretär des Landwirtschaftsministeriums – musste aber hinter anderen zurücktreten. Ahmed Tilouche hingegen, ein tunesisch stämmiger Dattel-Exporteur, der 1968 nach Deutschland migrierte, erhielt eine der begehrten Dattel-Plantagen – aber hierzu später mehr.

3.4.3 Soziale Kontrolle durch Ideologie

Die nach außen hin scheinende mögliche politische Mitbestimmung förderte die Synergie mit der integrativen Kraft des Islam und der Idee des Pan-Arabismus.¹⁷⁹ Legitimität wurde also auch durch die Positionierung als Anhänger des Islams und durch das Auftreten als Bewahrer

¹⁷⁶ Owen, Roger: The Rise and Fall of Arab Presidents for Life; Harvard University Press; Cambridge 2012; Kindle-Edition; Kapitel 4.

¹⁷⁷ Siehe auch: Owen, Roger: State, Power and Politics in the Making of the Modern Middle East; Routledge; 3. Edt., London und New York:2004; Seite 26, f.

¹⁷⁸ Steiger, Rica: Tunesien, Aufstieg zwischen Orient und Okzident; Internationale Märkte; Hg. Prof. Dr. Herbert Strunz; Bd. 6; Peter Lang europäischer Verlag der Wissenschaften; Frankfurt a. Main; 2003; Seite 168.

¹⁷⁹ Siehe auch: Hudson, Michael C.: Arab Politics; The search for legitimacy; Yale University Press; New Haven, London; 1977; Seite 29, f.

der Sicherheit zu erreichen versucht. Zudem spielt der Mythos Ben Ali als Modernisierer eine große Rolle.

Dies wiederum bringt uns zum Thema Ideologie. Wie bereits bei der Theorie des schwachen Staates erläutert, tragen bestimmte Konfigurationen von Symbolen oder Mythen zur Mobilisierung der Bevölkerung bei. Mit Ideologien wird das gleiche Feld bedient. Diese stellen daher eine zentrale Rolle in der arabischen Politik dar. Unter Ideologie versteht man:

*„[...]articulated sets of ideals, ends, and purposes, which help the members of the system to interpret the past, explain the present, and offer a vision for the future. [...] From a manipulative or instrumental point of view they may be interpreted as categories of thought to corral the energies of men; from an expressive point of view we may see them as ideals capable of rousing and inspiring men to action thought to be related to their achievement.“*¹⁸⁰

Tatsächlich hat den politischen Diskurs in der arabischen Welt im vergangenen Vierteljahrhundert eine wahre Flut an Ideologien überschwemmt. Würde man versuchen das Auftreten von Symbolen wie Nationalismus, Islam, Palästina, Demokratie, Freiheit und soziale Gerechtigkeit in den öffentlichen Reden der arabischen Führer zu messen, würde es aller Wahrscheinlichkeit die Diskussion über politische Alternativen und Projekte schmälern. Hudson geht sogar soweit die Behauptung aufzustellen, dass durch den Mangel an struktureller Legitimität, ideologische Legitimation nicht nur an Bedeutung gewinnt, sondern sogar als Ersatz für Institutionalisierung wurde.¹⁸¹ Dies erklärt er in dem er die Funktionslogik des Begriff Ideologie in zwei Teile aufspaltet: in den konsumierenden und in den instrumentalisierenden Aspekt. Unter dem konsumierenden Aspekt versteht er Solidarität und Identität; unter dem instrumentalisierenden versteht er die Durchschlagkraft der Politik.

*“[...]through the mechanism of political religion, the political sector can communicate throughout society the symbols which may help satisfy the transcendental needs of individuals. These needs, which he identifies as the necessity of accepting death, establishing an individual personality, and identifying objectives, are doubtless acutely felt by people living through a period of rapid social change.“*¹⁸²

Dies erklärt warum Religion als Mittel zur Mobilisierung der Bevölkerung eingesetzt werden konnte (vor allem im Irak, Syrien, Libyen und Algerien).

Religion wurde durch die Ausweitung der Bürokratie nicht mehr als Hindernis für die Kontrolle des Staates gesehen. Auch wäre es nicht möglich gewesen den Islam loszuwerden, da dieser die kulturelle und ideologische Verbindung zum Regime darstellte.

¹⁸⁰ Ebd.: Seite 20.

¹⁸¹ Siehe auch: ebd.; Seite 20, f..

¹⁸² Ebd.: Seite 20, f.

Kurzgesagt wurden die strukturellen Engpässe, durch den Mythos Ben Ali als Bewahrer und Modernisierer, zu kaschieren versucht.

3.4.4 Zusammenfassung

Die Einführung von neuen Transport- und Kommunikationsmöglichkeiten, der Ausbau der Infrastruktur und die Reformen, nicht nur das Bildungs- und Gesundheitswesen betreffend, sollten in gewisser Weise auch zur Solidarisierung mit der Staatsführung beitragen. Modernisierung kann demnach auch als Mittel zur Legitimation gesehen werden.

Daraus ergeben sich zwei wesentliche Vermächtnisse des Nahostens des 19. Jahrhunderts. Zum einen die Praktik der Osmanen das religiöse Establishment unter staatliche Kontrolle zu bringen indem die Regierung die Löhne der Kleriker zahlte, ein Ministerium um das religiöse Eigentum zu verwalten einführte und indem man ein säkulares Schul- und Gerichtswesen aufbaute um das einstige religiöse Monopol über diese zwei Bereiche aufzubrechen. Zum anderen führte das Aufnehmen der dominanten Strömung des Islam dazu, offizielle Legitimation für die Staatspolitik zu erhalten.¹⁸³

Dies zeichnet ein Bild eines stark klientilistisch geprägten Staates, der durch seinen stark ausgeprägten Sicherheitsapparat augenscheinlich ein Übermaß seines Amtes als Gewaltmonopol erfüllt, jedoch die zwei anderen Staatsfunktionen Wohlfahrts- und Rechtsstaatlichkeitsfunktion nur dürftig bedient.

Kurz gesagt ist in Tunesien unter Ben Ali kein demokratisches, politisches System entstanden. Die eingeführten Verfassungsreformen bezweckten nur eine „demokratische Fassade“ hinter der das Regime Ben Ali seine autoritäre Herrschaft weiter ausbaute.¹⁸⁴ Der Index zur politischen Freiheit ist im Zeitraum zwischen 1972 und 2008 nahezu unverändert.¹⁸⁵

„Nicht das Volk herrscht, sondern Ben Ali. Er macht Tunesien zu einem Vorzeigeland im Maghreb. Doch der Preis dafür ist die Freiheit. Wie hinter den Fassaden eines potemkinschen Dorfes, schafft Ben Ali einen totalitären Staat. Morddrohungen, Verhaftungen und Folter von Journalisten und Oppositionellen sind gängige Praxis. Souhayr Belhassen, Präsidentin der Internationalen Menschenrechtsliga, nennt Ben Ali einen Diktator - nicht einen aufgeklärten, wie sein Vorgänger Bourguiba, sondern einen absoluten Herrscher. Mit großem Aufwand hat Ben Ali in Tunesien eine Scheinwelt inszeniert, die über die wahren

¹⁸³ Siehe auch: ebd.: Seite 20, f.

¹⁸⁴ Siehe auch: Axtmann, Dirk: Reform autoritärer Herrschaft in Nordafrika, Verfassungs- und Wahlrechtsreformen in Algerien, Tunesien und Marokko zwischen 1988 und 2004; Deutscher Universitäts-Verlag; Wiesbaden; 2007;

¹⁸⁵ Siehe auch ebd.: Seite 3.

Verhältnisse hinwegtäuschen soll. Und das schon seit 23 Jahren. Nun hat Tunesien genug. Ein Student sagt, es sei, als fliege ein Dampfkochtopf in die Luft, weil er zu lange unter zu großem Druck stand. Das Regime des 74-jährigen Ben Ali wird demaskiert - von der Jugend des Landes, die verzweifelt um Jobs kämpft und um Freiheit. Ihre Wut ist größer als die Angst vor Ben Ali. Stand: 17.01.2011 10:38 Uhr“¹⁸⁶

Zusammengefasst lässt sich an dieser Stelle feststellen, dass es Tunesien bis zu diesem Zeitpunkt nicht geschafft hat einen „starken Staat“ nach den Kriterien der Theorie Migdals, zu entwickeln. In der Abstufung der staatlichen Kontrolle – Befolgung, Partizipation, Anerkennung – ist es dem Staat nur partiell möglich gewesen die Ebene der Anerkennung zu erreichen. Breite Teile der Gesellschaft konnten nur durch repressive Maßnahmen zur Befolgung der staatlichen Ordnung gebracht werden. Die Stufe der Partizipation hingegen hat durch das neopatrimoniale Gefüge nur einen sehr selektiven Mobilisierungseffekt. Erklären lässt sich dies durch die Marginalisierung breiter Teile der Gesellschaft, welche aus den misslungenen wirtschaftlichen Fortschrittsbestrebungen resultierten. Das geringe Maß an Anerkennung in der Gesellschaft spiegelt sich wider in der Neudefinition der Regierungsspitze (Machtwechsel zu Ben Alis Gunsten und anschließende neue Verfassung). Die symbolischen Konfigurationen transformierten sich vom Freiheitskämpfer hin zum Modernisierer bis zum Bewahrer von Tradition und Kultur, um weiter die Legitimation und Anerkennung vor dem Volk zu bewahren, dies gelang aber nicht, da seine Bestrebungen nur oberflächlicher Natur waren.

3.5 Die Jasmin-Revolution

Die Selbstverbrennung von Mohammed Bouzizi am 17. Dezember 2010 war der Tropfen, der das Fass an Unzufriedenheit mit dem Regime Ben Ali zum überlaufen brachte. Der 26 Jahre alte, arbeitslose „angebliche Hochschulabsolvent“ – der allerdings laut Angaben seiner Familie seine Bildungskarriere nach dem Gymnasium beendete – bemühte sich mit dem Verkauf von Gemüse in Sidi Bouzid, seine Familie zu unterstützen. Dies wurde ihm, durch die immer wiederkehrenden behördlichen Konfiszierungen seiner Ware – er hatte keine gültige Erlaubnis für den Verkauf von Gemüse – verunmöglicht. Durch die daraus resultierende Verzweiflung und die Scham, die bei der letzten behördlichen Konfiszierungsaktion entstand, als eine Beamtin ihn ohrfeigte, führten dazu, dass er sich schließlich mit Benzin überkippte und – wahrscheinlich versehentlich, so seine Schwester Leila – anzündete. Am 5. Januar 2011 erliegt er seinen Verletzungen.

¹⁸⁶ Göbel, Alexander: <http://www.tagesschau.de/ausland/benali102.html> [Zugriff: 20.01.2013]

„Die Jugendarbeitslosigkeit im Land ist enorm hoch. Manchen Experten zufolge, haben 70% der unter 30jährigen kein Auskommen. Vom Wirtschaftswachstum, das während der 23jährigen Herrschaft Ben Alis eingesetzt hat, profitieren nur die Küstenregionen. Zudem klagt die Bevölkerung über steigende Preise für Grundnahrungsmittel.“¹⁸⁷

Annabelle Houdret, Maghreb-Spezialistin am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) in Bonn attestiert der tunesischen Politik vor allem eine Vernachlässigung der Landbevölkerung, welche besondere politische Unterstützung bedurft hätte. Die augenscheinliche Konzentration auf die Küstenregionen (Entwicklung des Tourismus) und die Städte, förderte in zunehmendem Maße das ohnehin schon bestehende Ungleichgewicht zwischen urbaner und ruraler Gesellschaft.¹⁸⁸

Das Land beginnt zu brodeln. Immer mehr Demonstrationen entstehen aus der Unzufriedenheit mit der sozio-ökonomischen Situation innerhalb Tunesiens. Die Polizeikräfte gehen rigoros mit den aufbegehrenden Volksmassen um.

Die Frustration der Demonstranten richtete sich vor allem gegen die Trabelsi Familie. Durch Wikileaks kommen die Machenschaften der Familienangehörigen der zweiten Ehefrau Leila Trabelsi, ans Tageslicht.¹⁸⁹

„Corruption is a problem that is at once both political and economic. The lack of transparency and accountability that characterize Tunisia's political system similarly plague the economy, damaging the investment climate and fueling a culture of corruption. For all the talk of a Tunisian economic miracle and all the positive statistics, the fact that Tunisia's own investors are steering clear speaks volumes. Corruption is the elephant in the room; it is the problem everyone knows about, but no one can publicly acknowledge.“¹⁹⁰

Seitens der Regierung kommen Versprechungen, die sich von der Einführung einer Anti-Korruptions-Kommission bis hin zum Verzicht bei der Aufstellung zur nächsten Präsidentschaftskandidatur 2014, erstrecken.

Doch aus den Massendemonstrationen wird ein Volksaufstand und Ben Ali löst die Regierung auf und kündigt Neuwahlen an. Doch als die Armee ihm die Gefolgschaft verweigert, verlässt er am 14. Januar 2011 das Land und findet in Saudi-Arabien Unterschlupf, nachdem Frankreich ihn nicht einreisen lassen wollte.¹⁹¹

¹⁸⁷ Süess-Kolbl, Peter: Salz auf der Haut - Die arabische Revolution und ihre Folgen; Kindle Edition.

¹⁸⁸ Siehe auch: Endres, Alexandra: www.zeit.de/wirtschaft/2013-07/tunesien-revolution-wirtschaft [Zugriff: 10.11.2013]

¹⁸⁹ Siehe auch: Black, Ian: WikiLeaks cables: Tunisia blocks site reporting 'hatred' of first lady; <http://www.theguardian.com/world/2010/dec/07/wikileaks-tunisia-first-lady> [Zugriff: 20.01.2014]

¹⁹⁰ Tristam, Pierre: Wikileaks Cable: Tunisian Corruption and President Zine el-Abidine Ben Ali; http://middleeast.about.com/od/tunisia/a/tunisia-corruption-wikileaks_3.htm [Zugriff: 20.01.2014]

¹⁹¹ Siehe auch: Süess-Kolbl, Peter: Salz auf der Haut - Die arabische Revolution und ihre Folgen; Kindle Edition

3.6 Die Übergangsregierung

Als Präsident der Übergangsregierung wird Foued Mabazza vom Verfassungsrat bestimmt. Viele der Posten werden mit den Funktionären aus der alten Führungsriege belassen. Mabazza soll innerhalb der nächsten zwei Monate Neuwahlen organisieren.¹⁹²

Die Proteste setzten sich auf Grund der hohen Anzahl alter Funktionäre in der neuen Übergangs-Regierung weiter fort. In Folge dessen begann diese, zahlreiche politische Gefangene zu entlassen und inhaftierte 33 Angehörige der Ben Ali-Trabelsi-Familie.

*„Auch der wirtschaftliche Schaden des vierwöchigen Volksaufstandes, der mindestens 219 Menschen das Leben kostete, ist groß. Die Einbußen dürften das Land, dessen junge Generation gegen wachsende Armut und Arbeitslosigkeit auf die Barrikaden ging, in der Entwicklung weiter zurückwerfen. Mehr als eine Milliarde Euro an Einnahmeausfällen bilanzierte die Regierung.“*¹⁹³

Das Land ist weiterhin geplagt von Unruhen, die ihren Ursprung in der nach wie vor währenden Verteilungsungleichheit haben. Dies artikuliert sich unter anderem in der Besetzung von mehr als 150 landwirtschaftlichen Betrieben. Auch im Süden des Landes stiegen die Menschen auf die Barrikaden. Frustriert von Arbeitslosigkeit und Armut besetzten Hunderte die Dattelplantagen im südtunesischen Gouvernorat Tozeur.

Die letzten drei Jahre sind ausgezeichnet von immer wiederkehrenden Protesten. Die zwei großen Themen: Unzufriedenheit mit der Politik und Forderung nach höherem Lohn. Den Regierenden Politikern, welche die erste freie Wahl in Tunesien hervorbrachte, wird kein Vertrauen entgegen gebracht. Es besteht nahezu keine staatliche Kontrolle, selbst die Ebene der Befolgung der staatlichen Ordnung scheint tendenziell aufgelöst zu sein. Die gewählte Übergangsregierung tritt im Januar 2014 aus diesen Gründen zurück und macht Platz für eine Technokraten-Regierung, die die folglich notwendige Parlamentswahl 2014 vorbereiten sollte.

¹⁹² Siehe auch: hen/dpa/Reuters/AFP: Übergangsregierung: Tunesien will politische Gefangene freilassen; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/uebergangsregierung-tunesien-will-politische-gefangene-freilassen-a-740009.html>; [Zugriff: 20.01.2014]

¹⁹³ Schulze, Ralph: Tunesiens mühsamer Weg zurück zur Normalität; http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/631722/Tunesiens-muhsamer-Weg-zuruck-zur-Normalitaet?direct=632089&_vl_backlink=/home/politik/aussenpolitik/632089/index.do&selChannel=&from=articlemore; [Zugriff: 20.01.2014]

4. Fallstudie Tozeur

2011 begannen auch meine empirischen Erhebungen bezüglich der Verfahrensweise des Staates mit landrechtlichen Konflikten, wie sie im Zuge der Demonstrationen und des Volksaufstandes und der damit einhergehenden Besetzung der Dattelpantagen, entstanden sind. So stellt doch territoriale Kontrolle und die Anerkennung oder Befolgung der staatlichen Domäne eine Zustandsbeschreibung momentaner staatlicher Verfasstheit dar.

4.1 Gouvernorat Tozeur

Das Gouvernorat Tozeur umfasst 5592,9 km² dies macht einen prozentualen Anteil von 3,6% der Gesamtfläche Tunesiens aus. Aufgeteilt ist es in die „Bezirke“ Tozeur, Dgueche, Tamaghza, Nefta und Hazouna. 2011 gab es dort um die 105 500 Einwohner von denen im Vorjahr 29 834 einer Beschäftigung nachgingen. Laut einer Statistik des Gouvernorat Tozeur verhielt es sich mit der Arbeitssuche wie folgt¹⁹⁴:

Bezirk	Bewerbungen			Stellenangebote		Befriedigte Stellensuche		Weiter bestehende Stellensuche		
	Führungskräfte	AbsolventInnen mit Berufsausbildung	andere	Führungskräfte	andere	Führungskräfte	andere	Führungskräfte	AbsolventInnen mit Berufsausbildung	Andere
Tozeur	2496	785	6898	39	498	7	30	1120	155	459
Dgueche	1553	405	416	-	393	1	58	747	102	384
Tamaghza	171	38	387	-	188	-	10	77	17	28
Nefta	1251	278	56	-	150	1	34	619	52	191
Hazouna	174	22	9	-	54	-	2	64	3	67
Gesamt	5645	1528	7766	39	1283	9	134	2627	329	1129

Quelle : Ministère du Développement Régional et de la Planification

Leider gibt es keinerlei Daten zur Aufschlüsselung der Bevölkerungsstruktur, so auch keine Zahlen zu den im arbeitsfähigen Alter befindlichen Personen. Aus den vorhandenen Daten ergibt sich, dass ca. 28 Prozent der dort ansässigen 2010 einer Beschäftigung nachgingen und dass 2011 von insgesamt 14, 939 Arbeitsuchenden, nur 143 Stellensuchen befriedigend waren, aber trotzdem bloß 4085 Menschen angeführt werden, die sich vergeblich um Arbeit bemüht haben. Leider liefert das Gouvernorat hierzu keine Erklärungen.

In meinen Quellen wird immer wieder darauf hingewiesen, dass die sozio-ökonomische Lage im Landesinneren und vor allem Südtunesien prekär sei (siehe hierzu auch weiter oben).

¹⁹⁴ Ministère du Développement Régional et de la Planification : Gouvernorat de Tozeur en chiffres 2011 ; <http://www.ods.nat.tn/upload/CHIFTOZ-FR.pdf>; [Zugriff : 20.01.2014]

4.2 SNVDA (Sociétés de mise à niveau et de développement agricoles)

Plantagen

Hier möchte ich einen Überblick über die, im Zuge des Volksaufstandes 2011 im Gouvernorat Tozeur, besetzten Plantagen und der damit einhergehenden Geschehnisse gewähren. Die hier zugänglich gemachten Daten ergeben sich aus informellen Gesprächen mit den Beteiligten und dem Interview mit Ahmed Tilouche.

4.2.1 Plantage « Ezdada »

Firma: Horshani Bio Dattes

Pächter: Horshani (ein Italiener war mit 10% mitbeteiligt)

Fläche: 89 ha → 9000 Palmen

Ernte: 500-600 Tonnen → ausschließlich für den Export

In der Nähe vom „chot el jerid“

2001 auf 15 Jahre gepachtet → 1 Mio. Euro wurden für die Plantage investiert

40 Festangestellte

160 Saisonarbeiter

Die Familie Horshani stammt aus Dgueche, 10 km nördlich der Plantage, war immer schon im Dattelgeschäft und ist seit ca. 30 Jahren Inhaber einer Packstation mit ca. 600 Mitarbeitern.

Sie sind – mit 5000 Tonnen – der zweitgrößte Exporteur des Landes.

Horshani war kein Parteimitglied.

Die Plantage wurde unter Aufbringung von Waffengewalt besetzt, Kühlhäuser wurden in Brand gesteckt und 400 Tonnen Biodatteln vernichtet. Das Bewässerungssystem ist zerstört und der Stromtransformator gestohlen. Der Schaden wird von den Pächtern auf über 1 Million Euro geschätzt.

Besetzer sind hauptsächlich ehemalige Mitarbeiter und Dorfbewohner.

Arbeiter begründen die Besetzung unter anderem folgendermaßen: *„Es handele sich um Staatsboden und da sie arm sind, hätten sie ein Vorrecht auf ihn.“*¹⁹⁵

4.2.2 Plantage « Le Paradie »

Pächter: Borhan Neifer

Fläche: 85 ha → -- Palmen

Ernte: 500-600 Tonnen

Bei Hammet Jerid (6 km östlich von Tozeur)

30 Festangestellte

¹⁹⁵Siehe auch: <http://www.youtube.com/watch?v=RXOHk8ulsSI&feature=youtu.be>

100 Saisonarbeiter

Familie Borhan Neifer ist eine bekannte Familie aus Tozeur.

Über 200 Besetzer, zumeist Dorfbewohner und eigene Mitarbeiter, haben die gleiche Begründung wie die anderen Besatzer. Zuerst waren es nur Männer, später brachten sie auch ihre Familien auf die Plantage.

Offizielle Stellen, Polizei und Gouverneur haben nichts unternommen. Die Begründung war, dass die Leute zu gewalttätig seien und es gäbe nicht genug Polizeikräfte (vgl. Cap Bon/Nordtunesien, wo die meisten Plantagen von Landpolizei befreit wurden, auch unter Anwendung von Gewalt).

4.2.3 Plantage « Nefda »

Firma: Zaafrna

Pächter: Moncef Aouni

Fläche: 58 ha 6000 Palmen

Ernte: -- Tonnen

Bei Gebili, südlich von „chot el jerid“

30 Festangestellte

-- Saisonarbeiter

Tröpfchen-Bewässerung

Investition 2 Mio. Dinar

4.2.4 Plantage « Amal »

Firma: --

Pächter: --

Fläche: 85 ha 8000 Palmen

Ernte: -- Tonnen

40 Festangestellte

-- Saisonarbeiter

Investition 2 Mio. Dinar

4.2.5 Plantage « Nur »

Firma: --

Pächter: --

Fläche: 58 ha 6000 Palmen

Ernte: -- Tonnen

25 Festangestellte

-- Saisonarbeiter

Investition 1 1/2 Mio. Dinar

Die Besetzer der Plantage „Amal“ und der Plantage „Nur“ solidarisieren miteinander und Bewirtschaften die Plantagen gemeinsam, ähnlich einer Kooperative.

Obwohl es sich bei sämtlichen Plantagen um Staatsbesitz handelt, wurde weder juristisch gegen die zum Teil gewalttätigen Besetzer, noch durch polizeiliche Räumung vorgegangen. Wie von staatlicher Seite mit dieser Situation verfahren wird, verdeutliche ich nun anhand der Fallstudie zur Plantage „Mrah Lahoi“.

4.2.6 Plantage « Mrah Lahoi »

Am 14.01.2011 wurde die Dattelpflanzung „Mrah Lahoi“, die Ahmed Tilouche vom Staat Tunesien im Jahr 2000 gepachtet hat¹⁹⁶ gewaltsam von einer Gruppe besetzt.¹⁹⁷ Diese formierte sich, laut Tilouche, zu einem großen Teil aus ortsansässigen, der Arbeitslosigkeit überdrüssigen Personen. Manchen Teilen dieser Gruppierung werden auch kriminelle Machenschaften nachgesagt.¹⁹⁸ Die Kühlanlage wurde durch einen Brand teilweise zerstört, Palmen wurden entwurzelt und verkauft und Traktoren in Brand gesteckt. Die Lokalbehörden enthielten sich zunächst, gegen den Konflikt vorzugehen.

Die Argumentation für die Besetzung dieser und auch anderer Dattelpflanzungen setzt sich aus drei Punkten zusammen. Erstens handelt es sich bei den Plantagen um staatliches Land und da sie in der Region ansässig und arm sind, haben sie den alleinigen Anspruch auf das Land. Zweitens beziehen sie nicht genug Lohn und als letzten Punkt führen sie an, dass die

¹⁹⁶ Siehe auch weiter oben Kapitel Außenpolitik und Wirtschaft unter Ben Ali.

¹⁹⁷ siehe auch: Anhang Kopie der Liste der Besetzer der Plantage „Mrah Lahoi“.

¹⁹⁸ Siehe auch: Zeitungsartikel; bayān vom 19.9.2011; Seite 11.

Plantagenpächter durch Verbindungen zur Trabelsi Familie das Land geschenkt bekommen haben und somit unrechtmäßige Pächter sind.¹⁹⁹

Wie aus der vorangegangenen Aufstellung hervorgeht war Ahmed Tilouche nicht der einzige Betroffene. All die oben angeführten Plantagenpächter hatten allesamt ihr eigenes Kapital, und das von ortsansässigen Bauern, für die Finanzierung der notwendigen Investitionen auf den Dattelpplantagen verwendet. Es war vertraglich festgeschrieben einen gewissen Anteil einheimischer Fachkräfte zu beschäftigen und partizipative Rechte wurden den Bauern, welche sowohl finanziell als auch unter Einbindung Ihres Fachwissens beteiligt waren, eingeräumt. Bis auf Ahmed Tilouche stammten die Plantagenpächter alle aus dem Gouvernorat Tozeur. Die zuständige Beamtin Khiari des Landwirtschaftsministeriums, bestätigte in einem Beitrag des öffentlichen Fernsehens²⁰⁰ die Rechtmäßigkeit der Ausschreibung um die Plantagenpacht und den Fakt der gemachten Investitionen. Dies zeigte keinerlei Auswirkungen auf die Besetzer.

Ahmed Tilouche richtete sich an den Gouverneur des Gouvernorat Tozeur. Dieser versuchte den Konflikt zu lösen indem er das Gespräch mit den Besetzern, mit der Devise „*Wer arbeiten will kann bleiben, wer nicht, soll gehen*“, suchte. Am nächsten Tag wurden die Amtsräume gestürmt. Polizeikräfte feuerten Warnschüsse ab, wodurch ein Mensch starb und zwei verletzt wurden. Weiteres Eingreifen stieß auf keine Reaktion seitens der aufgebrachten Menge. Der Gouverneur wurde krankenhausreif geschlagen und lag aufgrund seiner Verletzungen über zwei Monate im Hospital.²⁰¹

Die Wahlen vom Oktober 2011 zur verfassungsgebenden Versammlung wurden sicherlich beeinflusst von den langen Schatten des blutigen Konflikts um die Übergangsregierungen. Viele Tunesier erklären mit dieser Situation den Grund für den Wahlerfolg der En-Nahda-Partei. Diese erhielt 90 der 217 Sitze in der verfassungsgebenden Versammlung. Die Islamisten, deren Partei am 1. März 2011 wieder legalisiert worden war, galten vielen als die einzigen glaubwürdigen Oppositionellen.

Die Regierungstroika bestand aus der islamistischen Partei En-Nahda, die unter anderem den Regierungschef stellt, Marzoukis CPR und der sozialdemokratisch orientierten Partei Ettakatol des Präsidenten der verfassungsgebenden Versammlung, Mustafa Ben Jaafar. Die Islamisten hatten keine Mehrheit, sondern mussten ein Dreigespann mit CPR (29 Sitze) und Ettakatol (20 Sitze) eingehen.

¹⁹⁹ Siehe auch: Fernsehbericht: <http://www.youtube.com/watch?v=RXOHk8ulsSI&feature=youtu.be>

²⁰⁰ Fernsehbericht: <http://www.youtube.com/watch?v=RXOHk8ulsSI&feature=youtu.be>

²⁰¹ Siehe auch: Interview mit Ahmed Tilouche; München; 25.8.2013.

Die Lage in Tozeur hat sich durch den Gouverneur Abderahman Zoiri, der von der En-Nahda-Regierung eingesetzt wurde, nicht maßgebend verändert. Er ist Mitglied der Kommunistischen Partei (Watad) und sympathisiert mit den Besetzern.

Chef der Landpolizei Distrikt Tozeur Colonel Sallemi ist passiv geblieben, da der Landpolizeichef aus Tunis Sakouhi nicht bereit war ohne einen Entscheid vom Innenminister (der Übergangsregierung) Habib Essid zu handeln. Dieser wiederum war der Meinung, dass das Problem nur mit der Zeit gelöst werden könnte. Die Versprechungen, des im Anschluss von der En-Nahda eingesetzten Innenministers Ali Larayedh, blieben ohne Folgen.

„Diese [das Landwirtschaftministerium und der Landwirtschaftverband; Anm. d. Verf.] verhalten sich passiv. Weil das heutige Regime – das Nahda-Regime, da dieses den Hauptanteil an der Macht heute hat – aus Wahlgründen nicht eingreifen will. Vielleicht werden sie sich nach der Wahl anders verhalten, aber bis zum heutigen Tag haben sie sich nicht gerührt.“²⁰²

Allgemeine Meinung zu dieser Situation war, dass die En-Nahda-Partei nichts unternommen hat, um sich Stimmen bei den nächsten Wahlen zu sichern.²⁰³

Das Landwirtschaftsministerium veranlasste des Weiteren, dass (bei den Plantagen Mrah Lahoi, Le Paradie, Nefda, Amal und Nur) die zerstörten Pumpen repariert wurden und der Strom wieder angestellt wurde. Obwohl die Pächter die Plantagen nichtmehr bewirtschaften konnten, wurden sie die letzten drei Jahre dazu aufgefordert ihre Pacht zu entrichten. Auch sollten sie für den Stromverbrauch der Besetzer auf den Plantagen aufkommen. Obwohl zum Beispiel im Falle Ahmed Tilouches der Vertrag mit den Stromwerken aufgekündigt wurde, wurden im Verlauf der drei Besetzungs-Jahre Mahnungen und Forderungen neuankommende Rechnungen zu begleichen, geschickt.

Vorwiegend findet sich eine fatalistische Einstellung der betroffenen Plantagenbesitzer im Gouvernorat Tozeur. Von den betroffenen Plantagenbesitzern in Tozeur versucht bis heute nur Horshani, der Pächter der „Ezdada“ Plantage, vergeblich Geld von seiner Versicherung zu bekommen. Ahmed Tilouche wandte sich als einziger an die Medien. In Zeitungen, im Radio und im Fernsehen wird über die Situation in Tozeur berichtet. Auch versucht er Hilfe von höheren staatlichen Instanzen einzufordern. Der Staat als Instanz für die Bereitstellung der Ressourcen individueller Überlebensstrategien war hierfür die Anlaufstelle für Ahmed

²⁰² Anhang: Interview vom 05.08.2013 Tunis mit Labidi Abdallah – ehemaliger Konsul und freischaffender Journalist.

²⁰³ Siehe auch: Anhang: Interview vom 05.08.2013 Tunis mit Labidi Abdallah – ehemaliger Konsul und freischaffender Journalist

Tilouche. Da die Bereitstellung von Sicherheit und der Zugriff auf die vertraglich zugesicherten Gebiete nichtmehr gewährleistet waren, hoffte er im Dialog mit Regierungsinstanzen eine Lösung für das Überleben seines Betriebes zu erwirken.

Am 01.02.2011 übermittelt er seine erste Anzeige gegen die widerrechtliche Besetzung an die Staatsanwaltschaft in Tozeur. Am 14.02.2011 folgt ein Antrag auf Hilfe an den Landwirtschaftsminister. Am 18.02. wendet er sich mit einem Schreiben von der AHK (Deutsch-Tunesische Industrie- und Handelskammer) an den Minister für Entwicklung und internationale Zusammenarbeit. Am 08.03.2011 legt er Beschwerde beim Landpolizeipräsident ein und reicht erneut Klage bei der Staatsanwaltschaft Tozeur ein. Am 04.07.2011 beschwert er sich persönlich beim Premierminister und reicht erneut Beschwerde beim Landpolizeipräsidenten ein. Zwei Tage später schildert er persönlich seine Zwangslage beim Staatspräsidenten, beim Innenminister und beim Premierminister. Am 18.08.2011 geht seine dritte Anzeige bei der Staatsanwaltschaft Tozeur ein und auch eine Anzeige gegen Landpolizeichef Tozeur, wegen unterlassener Hilfeleistung, wird beim Innenminister eingereicht. Am 6. Januar 2012 schickt er einen Brief an den Justizminister und drei Tage später auch an den Regierungschef.²⁰⁴

Bezüglich der schriftlichen Beschwerden bekam Ahmed Tilouche keine Antwort. Bei seinen persönlichen Klagen an führende Politiker wurde ihm zunächst umgehende Hilfe zugesichert und später wurde er informiert, „es gäbe wichtigere Probleme“, um die sich Tunesien zu kümmern hätte.²⁰⁵

Unangekündigt kommen im Oktober 2013, laut Ahmed Tilouche drei Gutachter vom Verwaltungsgericht Tozeur zu der Plantage. Sie beziffern den Schaden auf der Plantage „Mrah Lahoi“ auf 4,5 Millionen Dinar. Weitere Schritte sind seitens des Verwaltungsgerichtes seitdem nicht erkennbar.

Dieses Fallbeispiel macht anschaulich, dass der Druck der von Klienten – an dieser Stelle Ahmed Tilouche – ausgeübt wird, dazu führen kann staatliche Instanzen „zum Handeln“ zu bewegen. Hierbei wird erkennbar, dass die Regierung nicht losgelöst von der Gesellschaft existiert, sondern aufgrund der Wechselwirkung innerhalb der staatlichen Sphäre zumindest zu gewissen Zugeständnissen bereit ist, um ihre Legitimation vor der Bevölkerung nicht zu verlieren. Ahmed Tilouche wendete sich nicht nur an staatliche Instanzen, sondern auch an

²⁰⁴ Siehe auch: Anhang: 7.3 – 7.9.

²⁰⁵ Siehe auch: Anhang: Interview mit Ahmed Tilouche; München; 25.8.2013.

die Medien²⁰⁶ und erwirkte so, dass das Verwaltungsgericht erste Schritte eingeleitet hat. Im Gegensatz dazu sehen die anderen Betroffenen sich nach wie vor mit einem unveränderten Zustand konfrontiert. Hieraus lässt sich wiederum schlussfolgern, dass keine automatische Gleichbehandlung der Betroffenen stattgefunden hat und von staatlicher Seite nur aufgrund der Sorge des eigenen Legitimationsverlustes eingelenkt wurde.

4.2.7 Kontext zur aktuellen politischen Lage Tunesiens 2011 – 2014

Die sozio-ökonomische Situation ist wie bereits weiter oben beschrieben, besonders in den südlichen Teilen Tunesiens prekär. Die hohe Zahl an Arbeitslosen und die Unmöglichkeit der Subsistenzwirtschaft in dieser ariden Region bedingte die absolute Armut des Großteils der dort ansässigen Bevölkerung. Die Regierungen, welche seit der Unabhängigkeit Tunesiens (1956) an der Macht waren, haben es nicht geschafft einen sozialen Wandel herbei zu führen. Der Verlust der staatlichen Kontrolle über die Territorien der Plantagen, wie anhand des Beispiels Ahmed Tilouches oben ausgeführt, ist ein Sinnbild für den geringen Grad an sozialer Kontrolle und der De-Legitimierung des Staates als Instanz für die Bereitstellung von Ressourcen für die Überlebensstrategien von verschiedenen Bevölkerungsgruppen. In diesem Fall die Fähigkeit auf die Bedürfnisse weder der Plantagenpächter noch auf die der verarmten Landbevölkerung einzugehen.

Auf nationaler Ebene drückt sich diese Schwäche des Staats in immer wiederkehrenden Protesten aus. Das Nicht-Anerkennen der Regierung und die Unzufriedenheit mit der sozio-ökonomischen Situation sind die zwei großen Themen, die in den Demonstrationen von breiten Teilen der Bevölkerung (Arbeitende sowie Arbeitslose) artikuliert werden. Es besteht, bedingt durch die tunesische Vergangenheit, kein Vertrauen in die Politik.

Die Unfähigkeit der Regierung auf die Bedürfnisse verschiedener gesellschaftlicher Gruppen einzugehen, erklärt sich aus der fatalen sozioökonomischen Lage und auch durch die parlamentarische Zusammensetzung.

Die neue Regierung (90 Sitze En-Nahda : 40 % Mehrheit) steht noch auf wackligen Beinen und kann den diversen Forderungen seitens der Gesellschaft nicht nachkommen. Mit nur einer kurzen Amtsperiode in Aussicht will sie sich laut öffentlicher Meinung²⁰⁷, Wählerstimmen sichern. Hieraus ergibt sich ein Bild einer Regierung, das gewissen Gruppierungen, wie im Falle der Stromwerke Tozeurs zu erkennen ist, den Vorzug gibt, folglich nicht allen Bürgern

²⁰⁶ Unter anderen sind hierbei folgende tunesische Zeitungsartikel zu erwähnen: Bayān; 19.09.2011; Seite 11; Šurūq; 18.03.2012; Seite 13; Šurūq; 17.06.2011; Seite 22; Šurūq; 30.03.2011; Seite 9; Šurūq; 22.05.2011; Seite 11; Šarīḥ; 19.03.2012; Seite 12; Šurūq; 12.07.2011; Seite 18.

²⁰⁷ Siehe auch: Anhang: Interview vom 05.08.2013 Tunis mit Labidi Abdallah – ehemaliger Konsul und freischaffender Journalist

die gleichen Rechte zugesteht. Der Legitimitätsanspruch der Regierung wird durch das Brechen politischer Versprechen untergraben.

Man plant die Übergangsregierung für die nächsten zwölf Monate, in denen sie die Verfassung neu überarbeiten soll:

„Zudem sollen sie den Präsidenten bestimmen, der dann den Chef einer Übergangsregierung ernennen soll. Ein En-Nahda-Sprecher sagte, man werde Kontakt zu allen anderen politischen Parteien suchen. Ziel sei eine Regierung der nationalen Einheit. Die Partei Ettakatol führt nach eigenen Angaben bereits Gespräche mit der Ennahdha über die Bildung einer Übergangsregierung. Unter dem im Januar gestürzten Präsidenten Zine al Abidine Ben Ali galt die En-Nahda noch als extremistisch und war verboten. Kritiker werfen ihr auch heute Fundamentalismus vor und glauben, sie wolle die Frauenrechte und die Meinungsfreiheit beschneiden. Liberale Tunesier fürchten im Falle einer islamistischen Regierung einen für sie dramatischen Wandel des Landes - bis hin zu Kopftuchzwang und Alkoholverbot. Konkrete Hinweise auf drohende Einschnitte der Bürger- und Freiheitsrechte gibt es bislang allerdings nicht. Im Wahlkampf präsentierte sich die En-Nahda-Bewegung als moderne Partei nach dem Vorbild der türkischen AKP.“²⁰⁸

Die Proteste gegen die En-Nahda-Partei werden immer größer. Es kursieren Gerüchte von Attentaten gegen Oppositionelle. Salafistische Anschläge werden vermutet, von der Partei angestiftet worden zu sein.

Jetzt – 2014 – ist die Verfassung endlich fertig überarbeitet nachdem 2011 damit begonnen wurde. Ministerpräsident Ali Larayedh gibt im Januar seinen Rücktritt bekannt. Neuer Regierungschef wird der parteilose bisherige Industrieminister Mehdi Jomaâ, der an der Spitze einer Technokraten-Regierung eine vorgezogene Parlamentswahl 2014 vorbereiten soll.

Immer wiederkehrende Proteste erschüttern Tunesien weiterhin. Die zwei großen Themen: Unzufriedenheit mit der Politik und Forderung nach höherem Lohn. Die Politik steht still. Durch die Verzögerung die sich aus der Überarbeitung der Verfassung ergibt, bleibt der politische Kurs intransparent. Die Wirtschaft liegt am Boden. Durch Brandschatzungen und Plünderungen sind viele Betriebe zerstört worden. Die noch bestehenden Unternehmen werden regelmäßig bestreikt. Es gibt keine Einigung zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern. Durch die schlechten „Terms of Trade“, die wirtschaftliche Ausrichtung des Landes, wird die Lohnangleichung nach wie vor erschwert, wenn nicht sogar verunmöglicht. Durch die niedrigen Preise der tunesischen Exportgüter am Weltmarkt sind die

²⁰⁸Tagesschau: <http://www.tagesschau.de/ausland/tunesien518.html>; [Zugriff:20.01.2014].

Gewinnspannen der Unternehmer gering. Da sich an dieser Situation nach wie vor nichts geändert hat, ist es ihnen unmöglich die geforderten Lohnerhöhungen (von ca. 60%) zu zahlen, ohne einen Großteil ihrer Angestellten entlassen zu müssen – was wiederum zu Streiks führen würde. Die unten angegebenen Daten zeigen eigentlich an, dass die Mindestlöhne in den letzten Jahren tendenziell gestiegen sind.

Mindestlöhne in Tunesien²⁰⁹ (in tunesischen Dinar, Millimes)

Jahr	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
SMIG 40	200,721	207,828	217,880	225,160	235,040	246,306	259,475
= pro Stunde	1,158	1,199	1,286	1,299	1,356	1,421	1,497
SMIG 48	231,296	239,824	251,888	260,624	272,480	286,000	301,808
= pro Stunde	1,112	1,153	1,235	1,253	1,310	1,375	1,451
SMAG	7,129	7,379	7,749	8,019	8,380	9,000	9,000

Quelle: tunispro

SMIG 40 = monatlicher Mindestlohn in der Industrie für 40 Stunden/Woche

SMIG 48 = monatlicher Mindestlohn in der Industrie für 48 Stunden/Woche

SMAG = täglicher Mindestlohn in der Landwirtschaft.

Wie die Tabelle der Entwicklung der Mindestlöhne aber über die letzten Jahre in Tunesien zeigt, so sind diese sehr niedrig. Aufgrund der hohen Inflation besteht auch nur eine geringe Kaufkraft. Verständlich wird die Frustration der Arbeitnehmenden. Überdies billigten die Regierungen Bourguiba und auch unter Ben Ali tendenziell, die Unterschreitung der Mindestlöhne seitens der Exporteure.

Es gibt keine aktuellen Daten bezüglich des Gini-Koeffizienten, oder der Einkommensverteilung dargestellt durch Quintile. Insgesamt gesehen sind nahezu keine Daten auf der UNDP (United Nations Development Programme) oder Welt Bank Homepage, bezüglich Tunesiens momentaner Lage zu finden. Der aktuelle HDI Einkommensindex beträgt 0,649. Der Bevölkerungsanteil der mit einem täglichen Einkommen von unter USD \$1,25 auskommen muss liegt bei 1,4 %. Der Anteil der Bevölkerung in Armut (multidimensional) beträgt 2,8 %. Der HDI Wert für den Anteil ohne Einkommen beträgt 0,746 %.²¹⁰

Der Gini-Koeffizient von 2010 betrug für Tunesien laut der deutschen Bundeszentrale für politische Bildung 41,4.²¹¹ Laut Weltbank betrug er 2010 aber 36,1.²¹²

Allgemein ist festzustellen, dass wenn vorhanden, die Daten sehr häufig untereinander differieren. Dies macht eine genauere Analyse unmöglich. Desweiteren sind viele Daten die

²⁰⁹ Tunispro: <http://www.tunispro.de/tunesien/sozialsystem-in-tunesien.htm> [Zugriff: 20.01.2014].

²¹⁰ <https://data.undp.org/dataset/HDI-Indicators-by-Country-2012/nz26-sffk?> [Zugriff: 22.01.2014]

²¹¹ sicherheitspolitik.bpb.de/index.php?page=datentabellen&layer=m1_bpb_gini [Zugriff:22.01.2014]

²¹² <http://data.worldbank.org/indicator/SI.POV.GINI>

von Regierungsseite ausgegeben werden, unschlüssig, unvollständig und zum Teil widersprüchlich. Daher sollte eine gewisse Skepsis allen Auswertungen entgegenstehen. Die unten angeführte Tabelle²¹³ soll als eine Annäherung an die aktuelle Situation in Tunesien gesehen werden.

Einwohner	10.732.900
Inflationsrate	3,7%
Arbeitslosenrate	19%
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	104.400.000.000 USD
BIP – Wachstumsrate	-1,80%
BIP pro Kopf	9.400 USD
<u>BIP nach Sektoren</u>	
Landwirtschaft	10,6%
Industrie	34,6%
Dienstleistung	54,8%
<u>Staatshaushalt</u>	
Einnahmen	7,228 Milliarden
Ausgaben	8,163 Milliarden
Bevölkerungsanteil unterhalb der nationalen Armutsgrenze	7,4%
<u>Verteilung des Haushaltseinkommens</u>	
oberen 10%	31,8%
unteren 10%	2,3%

Die Neue Verfassung, die mit dem 28.01.2014 in Kraft trat, verspricht viel. So ist die absolute Macht des Präsidenten durch diese versucht worden, aufzubrechen. Tunesien wird einen starken gewählten Präsidenten und einen eigenständigen Premier haben. Keiner der beiden hat die ganze Macht in Händen. Diese Machtumverteilung soll vom Präsidenten auf das Parlament übergehen. Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit wie auch das Recht auf friedliche Demonstrationen und Streikrecht werden, unter anderen, laut der neuen Verfassung praktiziert werden dürfen. Überdies erhofft man sich eine unabhängige Justiz durch sie zu fördern.²¹⁴

„Juristen kritisieren bereits die Geburtsfehler: Die Verfassung sei ein schizophrener Akt, heißt es, man verspreche allen alles, und am Ende sei der Text in seinen Details wohl ein Fall für die Verfassungsrichter. Doch so viel steht immerhin fest: Tunesien verabschiedet sich mit der neuen Verfassung vom Präsidialsystem, das Parlament wird gestärkt - und damit der Wille des Volkes. Die Justiz soll unabhängig werden. Zumindest auf dem Papier ist die politische Macht unter den Institutionen verteilt wie nie zuvor. In Artikel 1 der neuen Verfassung heißt es wörtlich: "Tunesien ist ein freier, unabhängiger und souveräner Staat. Der Islam ist seine Religion, das Arabische seine Sprache und die Republik seine Staatsform." Ein klares Bekenntnis

²¹³ Quelle: <http://www.lexas.de/afrika/tunesien/index.aspx> [Zugriff: 22.01.14]

²¹⁴ Siehe auch: Republic of Tunisia, National Constituent Assembly: http://www.constitutionnet.org/files/tunisian_constitution_-_26012014_0.pdf [Zugriff 29.01.2014].

*zum Islam als Glaubensrichtung, aber ebenso eine Abkehr vom Islam als Rechtsquelle.*²¹⁵

Die Ansprüche der neuen Verfassung zeigen einen politischen Willen zum staatlichen Wandel. Den Schwächen die oben ausgeführt wurden – Legimitationsverluste der Regierung und schlechte sozio-ökonomische Bedingungen – soll mit den Reformen entgegengewirkt werden. Ob dies gelingen wird, und wie sich dies auf Ahmed Tilouche und andere Plantagenbesitzer in Tunesiens Süden auswirken wird, steht noch offen und wird in nächster Zukunft für spannende Entwicklungen sorgen.

²¹⁵Göbel Alexander: http://www.deutschlandfunk.de/tunesien-ein-land-am-scheideweg.724.de.html?dram:article_id=274583 [Zugriff: 29.01.2014].

5. Zusammenfassen der Ergebnisse und abschließende Analyse

Ahmed Bey schuf die Vorbedingungen für einen Modernen Staat in Tunesien. Durch die Ausweitung der Steuereintreibung, war ein wesentlicher Schritt zur sozialen Mobilisierung getätigt. Seine Zugehörigkeit zum alten Herrschaftsgeschlecht der Husseiniden festigte seinen Legitimationsanspruch als Monarch. Im Zuge der Staatsmodernisierung, durch Armee und Infrastruktur, verschuldete sich das tunesische Königshaus trotz erhöhter Steuereinnahmen. Die darauf folgende Kreditaufnahme aus dem Ausland legte den Grundstein für das französische Protektorat.

Der stark verschuldete tunesische Staat war für eine Kolonialisierung durch die Franzosen anfällig. Durch die kolonialen Praktiken seitens Frankreichs (Teilen und Herrschen) ereignete sich eine sukzessive und tiefgreifende Fragmentierung der Gesellschaft. Nicht nur durch die prekäre Situation die in den ruralen Gegenden durch den Landraub resultierte, sondern insbesondere auch durch den selektiven Zugang zu Bildung, der sich auf den diskriminierenden kolonialen Gesetzen begründete.

Zusammengefasst bewirkte das französische Protektorat für die tunesische Bevölkerung, deren Fragmentierung. Die soziale Kontrolle wurde zum einen durch repressive Maßnahmen und zum anderen aber auch durch den elitären Zugang zu Ressourcen –wie zum Beispiel Bildung oder Boden – seitens der Protektoratsregierung ausgeübt. Auch ist zu erkennen, dass durch die Einbindung in den Weltmarkt, die wirtschaftliche Situation des Landes nicht nur auf den Kopf gestellt wurde, sondern durch den Anbau von Monokulturen für den Export und den Import von Gütern aus dem vorwiegenden französischen Ausland, der Binnenmarkt nachhaltig geschädigt wurde. Auf der anderen Seite kann man aber auch beobachten, dass die Politik, die während des französischen Protektorates in Tunesien eingeführt wurde, auch positive Errungenschaften mit sich brachte. Insbesondere seien hier noch einmal der Zugang zu aufklärerischen Bildungsstätten und die Legalisierung von nationalen Kadern zu erwähnen, die letztendlich den Prometheusfunken entfachten, der zur Flamme des Widerstandes wurde.

Zu der Politik Bourguibas kann gesagt werden, dass diese zentralistisch konzipiert war, da er nur so eine Möglichkeit sah, dem Land die Unabhängigkeit von Frankreich und den Fortschritt zu bringen. Bei diesen Bestrebungen musste er in klientelistischer Verfahrensweise den Bedürfnissen der mächtigsten Interessensgruppen entgegenreten. Dies schwächte den Staat zusehends, so dass er immer weniger Ressourcen für die Überlebensstrategien, der

breiten Masse akquirieren konnte. Die wirtschaftlichen Fehlschläge die dem Land eigentlich Aufschwung bringen sollten, mündeten in einer stetig verheerender werdenden Marginalisierung großer Teile der Bevölkerung. Die repressive Verfahrensweise mit jeglicher Opposition – egal ob bei öffentlichen Streiks, oder politischen Oppositionsbildungsversuchen – sind Ausdruck der autoritären Herrschaft Bourguibas. Die Stufe der staatlichen Kontrolle um die Bevölkerung zu mobilisieren, schwankt zwischen Befolgung der staatlichen Ordnung und Anerkennung. Erstere konnte gegen Ende der Herrschaft Bourguibas zeitweise nur noch durch repressive Maßnahmen erlangt werden konnte. Die Legitimation Bourguibas ist der Hoffnung geschuldet, die seitens der Gesellschaft durch Bourguibas Rolle im Unabhängigkeitskampf, aufkeimte. Das Image Bourguibas transformierte sich in den 30 Jahren seiner Regierung hin zum Fortschrittsbringer. Dieser „Mythos“ der Staatsführung delegitimierte sich alsbald, auf Grund der beschriebenen Fehlschläge.

Ben Ali versucht Tunesien eine vollere Staatskasse zu bescheren, indem er seinen Kurs wie vormals Bourguiba, westwärts richtet.

Im Laufe der Privatisierungs- und Liberalisierungskampagne kam es überdies zur Bereicherung der inländischen Elite – hierbei nicht zu Letzt sonder wohl eher vorne an – auch von Ben Alis Familie. Der Trabelsi Clan, mit dem er seit seiner zweiten Ehe mit Leila Trabelsi verbunden war, schnitt sich hierbei das größte Stück des Kuchens ab.

Religion wurde durch die Ausweitung der Bürokratie nicht mehr als Hindernis für die Kontrolle des Staates, gesehen. Auch wäre es nicht möglich gewesen den Islam abzuschaffen, da dieser die kulturelle und ideologische Verbindung zum Regime darstellte.

Daraus ergeben sich zwei wesentliche Vermächtnisse des Nahostens des 19. Jahrhunderts. Zum einen die Praktik der Osmanen das religiöse Establishment unter staatliche Kontrolle zu bringen indem die Regierung die Löhne der Kleriker zahlte, ein Ministerium um das religiöse Eigentum zu verwalten einführt und indem man ein säkulares Schul- und Gerichtswesen aufbaute um das einstige religiöse Monopol über diese zwei Bereiche aufzubrechen. Zum anderen führte das Aufnehmen der dominanten Strömung des Islam dazu offizielle Legitimation für die Staatspolitik zu erhalten.²¹⁶

²¹⁶ Siehe auch: Hudson, Michael C.: Arab Politics; The search for legitimacy. Yale University Press. New Haven, London: 1977. Seite 20, f.

Hieraus ergibt sich ein Bild eines stark klientilistisch geprägten Staates, der durch seinen stark ausgeprägten Sicherheitsapparat augenscheinlich ein Übermaß seines Amtes als Gewaltmonopol erfüllt, jedoch die zwei anderen Staatsfunktionen, Wohlfahrts- und Rechtsstaatlichkeitsfunktion, nur dürftig bedient.

Kurz gesagt ist in Tunesien unter Ben Ali kein demokratisches politisches System entstanden. Die eingeführten Verfassungsreformen bezweckten nur eine „demokratische Fassade“ hinter der das Regime Ben Ali seine autoritäre Herrschaft weiter ausbaute. Der Index zur politischen Freiheit ist im Zeitraum zwischen 1972 und 2008 nahezu unverändert.

Die verfassunggebende Übergangsregierung nahm die Verantwortung zur Aufrechterhaltung der Rechtstaatlichkeit nicht wahr. Mit leeren Versprechungen versuchte sie die Massen zu besänftigen. Auch ist das Austauschen von zuständigen Beamten, bei Konflikten eine gängige Praxis. Durch die stetig wiederkehrenden Neubesetzungen mancher Posten, können sich die neuen Staatsangestellten jeglicher Verantwortung entziehen. Dadurch werden Konflikte auf später datiert, wobei der Zeitpunkt „später“ wahrscheinlich eher „nie“ heißen sollte.

Kommen wir nun zu meinen Fragen. Hat eine Staatstransformation stattgefunden? Und wie lässt sich erklären, dass ein Rechtsstaat gewalttätige Individuen in keiner Weise sanktioniert?

Laut Migdal ist die Entwicklung eines „starken“ Staates nur möglich, wenn die Staatsführung es schafft die Kontrolle über die gesamte Gesellschaft zu erringen. Weiters sieht er die Bedingungen, die die Neuzuteilung von sozialer Kontrolle erforderte, aus exogenen Faktoren resultieren. Diese exogenen Faktoren sorgten maßgeblich und langreichend zur Aushöhlung und Vernichtung bestehender Überlebensstrategien und stellt im arabischen Raum, der sich ausbreitenden europäischen Imperialismus und im Zuge dessen die Einbindung in den Weltmarkt dar. Mit der Aushöhlung alter Überlebensstrategien, wurde die Grundlage für die bisherige Kontrolle der Gesellschaft pulverisiert. Der Wandel der gesellschaftlichen Strukturen während der kolonialen Besatzung ist ein unumkehrbarer Prozess, der in der Zeit des Postkolonialismus neue Strategien – „politics of survival“ – für das politische Überleben forderte.

Die heutige Beschaffenheit, der betroffenen Staaten kann also nicht als pure Ausformung der Wünsche und Fähigkeiten der Staatsführung gesehen werden, sondern spiegelt den Kampf um die Kontrolle der Gesellschaft wieder. Die Möglichkeiten eines Staates sind also an seine Fähigkeit der sozialen Kontrolle gebunden. Daraus ergibt sich auch, dass die Mobilisierung der Bevölkerung – zum Beispiel um ein Heer zu finanzieren oder dergleichen – erst durch die soziale Kontrolle möglich wurde. Kurz gesagt, ist es das Zusammenspiel aus all jenem. Die Erlangung der sozialen Kontrolle verschaffte den Staaten neue Möglichkeiten um die

Bevölkerung an die staatlichen Gesetze zu binden, sie aber auch in die Armee oder andere staatliche Institutionen einzugliedern, sprich, sie für die staatliche Agenda zu mobilisieren. Symbole und Mythen spielen in der Theorie von Joel Migdal auch eine wesentliche Rolle. So sei die Fähigkeit eines Staates die soziale Kontrolle zu erlangen, nicht nur durch die bereits weiter oben erwähnten Kriterien zu erlangen, sondern ebenso durch die Bedienung von symbolischen Konfigurationen wesentlich, die sich in Mythen ausdrücken. Soziale Kontrolle ruht zu einem gewissen Teil auf der Fähigkeit Schlüsselkomponenten für die individuellen Überlebensstrategien zur Verfügung zu stellen. Die meisten dieser Strategien stimmen mit den gängigen und allgemein akzeptierten Verhaltensweisen und Glaubensformen überein. Diese geben den Ausschlag für die charakteristischen Ausformungen sozialer Kontrolle. Manchmal werden Komponenten in Strategien angeboten, die den gängigen Normen und Modi sozialer Kontrolle zuwiderlaufen und so zu neuen Formen des gesellschaftlichen Lebens führen. So bedingte die sozio-ökonomische Situation in Tunesien eine massive Urbanisierung, wodurch breite Teile der Bevölkerung gezwungen waren, auf neue Überlebensstrategien zurückzugreifen.

Wie man durch die Analyse des tunesischen Staates erkennen kann, sind „Mythen“ ein gängiges Mittel gewesen die Gesellschaft zu mobilisieren. Bei Bourguiba war es vor allem der Mythos des Befreiers, der verursachte, dass die Massen sich hinter ihm vereinten.

Bei Ben Ali hingegen waren es die symbolischen Konfigurationen, welche sich aus seiner Postulierung als „Bewahrer der Traditionen“ (Islam) und „Fortschrittsbringer“ ergaben, mit denen er die Bevölkerung zu mobilisieren suchte.

Durch das neopatrimoniale staatliche Agieren behindert sich die Staatsführung selbst, bindende Gesetze in der Gesellschaft zu verankern und untergräbt so ihre eigenen Mechanismen für den sozialen Wandel und die politische Mobilisierung.

Der Aspekt der hierbei wohl am meisten Aufmerksamkeit auf sich zieht, sind besonders die schmutzigen Tricks, die unter ihr Anwendung finden. Darunter versteht man beispielsweise illegale Verhaftungen und Abschiebungen, mysteriöses Verschwinden von unliebsamen Oppositionellen, aber auch das Einsetzen von Folter und Todesschwadronen. Der Einsatz von solchen „politics of survival“ wiederum zehrt an der Basis zur Erlangung von sozialer Kontrolle. Bourguiba wie auch Ben Ali haben sich nachweislich dieser Methoden bedient, die verfassungsgebende Übergangsregierung wird dieser bezichtigt, um ihre Macht weiter zu erhalten, da das politische Überleben der Kernpunkt ist, um den sich die Aufmerksamkeit der Staatsführung dreht. Ohne das politische Überleben ist es ihr logischerweise, auf längere Sicht gesehen, nicht möglich, soziale Veränderungen herbei zu führen. Obwohl Programme für den

sozialen Wandel, seitens der Staatsspitze, Basis für öffentliche Rhetorik – hierbei nicht nur für politische Positionierungen, sondern auch bei der Gesetzgebung – sind, vereiteln die “politics of survival” die effiziente Umsetzung durch die Behörden.

Durch die weiterhin fragmentierte gesellschaftliche Kontrolle, setzt die Staatsführung “politics of survival” ein, womit sie sich selbst dabei behindert ihre Möglichkeiten weiter auszubauen. Im Zuge der Unterdrückung von Machtzentren außerhalb der staatlichen Führung erschöpft sie sich so sehr, dass dies zur ihrer grundlegenden Schwäche wird. Es wäre ein Irrtum anzunehmen, dass solch ein staatliches Handeln gleichzusetzen ist mit der Fähigkeit, für die Gesamtgesellschaft geltende Gesetze einzuführen, wie auch, dies als Ausdruck für staatliche Autonomie zu sehen. Solange nur eine stückweise soziale Kontrolle besteht, ist die Staatsführung in ihrer politischen Mobilisierung der breiten Volksmasse eingeschränkt und muss sich von daher erheblicher Kniffe und Tricks bedienen.

In ihre führende Rolle, der Umsetzung von politischen Maßnahmen, geraten Staatsbeamte von mehreren Seiten unter Druck. An erster Stelle seien hier ihre Vorgesetzten zu erwähnen, die auf gute Ergebnisse pochen. An zweiter, die sogenannten Klienten, die von den eingeführten Programmen profitieren oder reguliert werden sollen. Schließlich sind hierbei noch lokale, nichtstaatliche Autoritäten (beispielsweise Machthaber wie Landbesitzer, Finanziers und lokale Geschäftsleute) zu nennen, die Einfluss auf die Gestaltung der lokalen Überlebensstrategien und Konventionen haben. Mit dem Beispiel der Plantagenokkupation sei hier verdeutlicht, dass das staatliche Handeln ergebnislos bleibt, wenn es sich mit zu vielen Hindernissen konfrontiert sieht. Auf der anderen Seite kann der lokale Kampf um die Vorherrschaft aber auch dazu führen, dass Arbeiter und Bauern entmutigt werden, Staatsbeamte bei Rechtsverstößen einzubeziehen.

Zusammengefasst kann also gesagt werden, dass die soziale Struktur ein ausschlaggebende Indikator für die Schwächung des Staates ist und so, mit ein Grund dafür, dass der Staat es nicht schafft bis zu den lokalen Ebenen durchzudringen. Kein Staat kann Vormachtstellung erreichen, wenn es ihm nicht gelingt das ganze Land mit einzubinden. Ohne eine räumlich ausdifferenzierte politische Repräsentation, wird die soziale Kontrolle utopisch. Die Qualität der Implementierung politischer Programme spiegelt sich wieder in der Mobilisierung von Unterstützung und dem Ausbau eines ausdifferenzierten und facettenreichen Verwaltungsapparates.

Abzuleiten ist sie aus der gesellschaftlichen Fragmentierung und dem Problem, das sich für die Staatsführung ergibt, alle Teile der Gesellschaft zu mobilisieren. Durch individuelle Überlebensstrategien, ergeben sich individuelle Bedürfnisse und Ressourcen.

Im versuch solch mannigfaltigen Ansprüchen nachzukommen (um die soziale Kontrolle zu erringen), erschöpft sich der Staat und fördert neue Fragmentierungen. So ist es ein endlos zu seien scheinender Teufelskreis der durch die gesellschaftliche Fragmentierung bedingt wurde.

Durch die Analyse mit Hilfe der Theorie des „schwachen Staates“ von Joel Migdal wird zum einen klar, dass durch die wirtschaftliche Einbindung in den Weltmarkt und die Fokussierung auf diesen, der Binnenmarkt nachhaltig deformiert wurde, was eine Außenabhängigkeit bedingte und somit zu einer nachhaltigen Schwächung des Staates führte. Zum anderen erklärt sie, durch die gesellschaftliche Fragmentierung, welche mit der Kolonialzeit und der daran anschließenden „Aufholstrategien“ – seitens der Präsidenten Bourguiba und Ben Ali – einherging, den Eintritt in eine Abwärtsspirale, die zur ständigen Schwächung des Staates beiträgt, schließlich in der absoluten Delegitimierung gipfelt und die Jasmin-Revolution ausbricht.

Die verfassungsgebende Übergangsregierung, bedient sich – bildhaft gemacht durch das Beispiel der Plantagenbesetzung – Mechanismen, die unter „politics of survival“ zu verstehen sind. Die Staatstransformation hin zu einem „starken Staat“ hat also aus dieser Forschungsperspektive nicht stattgefunden. Damit ergibt sich die Antwort auf die Frage - Wie lässt sich erklären, dass ein Rechtsstaat gewalttätige Individuen in keiner Weise sanktioniert? – die mich zu dieser Arbeit inspiriert hat: Der Staat ist im jetzigen Zustand zu schwach, um die soziale Kontrolle ausüben zu können. Um den sozioökonomischen Problemen entgegenzutreten ist, mehr nötig als die Verfassung zu ändern.

5.1 Ausblick

In Betrachtung der Ergebnisse meiner Forschungen zu Tunesien werden Ähnlichkeiten zu anderen Ländern und Ereignissen erkennbar und Schlüsse auf die Zukunft möglich. Betrachtet man zum Beispiel die Französische Revolution stößt man auf einige Parallelen. Die Französische Revolution brach dort aus wo der Staat am wenigsten repressiv agierte.²¹⁷ Tunesien kann im Vergleich zu den anderen nordafrikanischen und nah-östlichen Staaten als moderates Land eingestuft werden. Eine zweite Parallele sehe ich in den sozialen Auswirkungen, die durch das Unterfangen die Staatskassen zu füllen auf dem Rücken der Bevölkerung ausgetragen wurden. Schließlich sei noch die Imparität bezüglich der Anwendung von Gesetzen zu erwähnen, die in ihrer Kenntnisnahme durch die Gesellschaft zum Widerstand gegen die Herrschaftsspitze führte. Betrachtet man nun die Französische

²¹⁷ Siehe auch: De Tocqueville, Alexis: Der alte Staat und die Revolution; Hg. J. P. Mayer; Sammlung Dietrich Bd. 232; Carl Schünemann Verlag; Bremen; 1978.

Revolution und deren Auswirkung auf die Bildung einer demokratischen Staatlichkeit, so lässt sich ein Prozess erkennen, dessen Nachwehen bis ins 20. Jahrhundert reichten. Zu erklären ist dies durch die Wirrungen, die auftauchten, als man sich zur Gänze des alten Regimes entledigte und so ein Machtvakuum entstand. Es wäre durch diese Berührungspunkte interessant einen genaueren Vergleich mit Tunesien durchzuführen, um zu erörtern ob der tunesische Staat Erkenntnisse für seine Zukunft daraus ziehen kann.

Durch das jahrzehntelange Unterdrücken der politischen Bildung und jeglicher oppositioneller Vereinigungen, stellt sich der Weg in Richtung eines „gerechteren“ Tunesiens als steinig dar. Die Wirtschaft ist auf den Export und den Tourismus ausgerichtet. Das darin vorhandene Potential Tunesiens finanzielle Lage zu verbessern wird durch folgende Faktoren beschränkt. Der Staat lässt zum einen den größten Teil der Gewinne ins Ausland abfließen, die Steuererleichterungen der exportproduzierenden Betriebe sorgen überdies für weitere Einbußen in der Staatskasse. Dies, und die sehr niedrigen Löhne, führen nicht nur zu Elend unter der Bevölkerung, sondern sind auch schädigend für den Binnenmarkt.

Aufgabe der Technokraten-Regierung ist es Tunesiens Prioritäten neu zu sortieren. Tunesien könnten rosige Zeiten blühen, wenn die Regierung es unter Einbezug der prekären sozio-ökonomischen Lage, schafft die Wirtschaft an die soziale Frage anzupassen. In erster Konsequenz ist ein enormer Preisanstieg der Exportprodukte und im Tourismussektor, zu erwarten. Dies wird wiederum den Absatz der Exportprodukte, am Weltmarkt schmälern und auch einen Rückgang der Einnahmen im Tourismussektor verursachen. Als logische Konsequenz, kann nur eine Umorientierung der Wirtschaft das nötige Potential entwickeln, die soziale Frage zu lösen, da als Resultat der Außenabhängigkeit nur noch mehr Abhängigkeit entsteht und dies nur überwunden werden kann indem man die Produktionsverhältnisse verändert. Wie diese Umformungen der Produktionsverhältnisse auszusehen haben, wäre eine sehr interessante Forschung, die sicher auch in anderen Teilen der Erde Relevanz besitzt.

6. Literaturverzeichnis

- Akbar: The struggle against sultanism; in: The Journal of Democracy; Nr. 4; Washington D.C.; 2005; S. 38-51.
- Ashford, Douglas E.: Succession and social change in Tunisia; ROMM 13-14; 1973; S. 49-65.
- Axtmann, Dirk: Reform autoritärer Herrschaft in Nordafrika, Verfassungs- und Wahlrechtsreformen in Algerien, Tunesien und Marokko zwischen 1988 und 2004; Deutscher Universitäts-Verlag; Wiesbaden; 2007.
- Bellin, Eva: Tunisian Industrialists and the State, erschienen in: Tunisia, the political economy of reform; Ed. Zartman, William I.; London; 1991.
- Bensedrine, Sihem: Big Ali is watching Internet, Zensur im Gastland des „Welgipfels zur Informationsgesellschaft“; erschienen in: der Überblick, Quartalsschrift des kirchlichen Entwicklungsdienstes; Hamburg; 4/2003; Seite 52-54.
- Bolz, Reinhardt: Entwicklung und Abhängigkeit, Zur Entwicklung des peripheren Kapitalismus in Tunesien als ein Beispiel der neuen internationalen Arbeitsteilung im Mittelmeerraum; Reihe F; Bremer Afrika Archiv; Bd. 13; Im Selbstverlag des Museums; Bremen; 1981.
- Bröckling, Ulrich (Hrsg.) u.a.: Gouvernamentalität der Gegenwart, Studien zur Ökonomisierung des Sozialen; Suhrkamp; Frankfurt am Main; 2000.
- De Tocqueville, Alexis: Der alte Staat und die Revolution; Hg. J. P. Mayer; Sammlung Dietrich Bd. 232; Carl Schünemann Verlag; Bremen; 1978.
- Erdmann, Gero: Apokalyptische Trias: Staatsversagen, Staatsverfall und Staatszerfall – Strukturelle Probleme der Demokratie in Afrika; in: Bendel, Petra u.a. (Hg.): Demokratie und Staatlichkeit, Systemwechsel zwischen Staatsreform und Staatskollaps; Opladen; 2003.
- Faath, Sigrid: Herrschaft und Konflikt in Tunesien, zur politischen Entwicklung der Ära Bourguiba; Ed. Wuquf; Hanspeter Mattes Verlag, Hamburg; 1989.
- Faath, Sigrid: Tunesien, die politische Entwicklung seit der Unabhängigkeit 1956-1986; Kommentar und Dokumentation; Mitteilung des deutschen Orient-Institut Nr. 27; Hamburg; 1986.
- Gander, Hans-Helmut (Hrsg.) u.a.: Resilienz in der offenen Gesellschaft, Symposium des Centre for Security and Society; Nomos; Baden-Baden; 2012.

- Hahn, Lorna: Tunisian political reform: Procrastination and Progress; Middle East Journal; 26/4; 1972; Seite 405-414.
- Hudson, Michael C.: Arab Politics; The search for legitimacy; Yale University Press; New Haven, London; 1977.
- Hunter, F. Robert: Notes on the comparative political evolution of Tunisia and Egypt under Ahmad Bey and Muhammad Ali; Rev. HM 43-44; 1986.
- Jones, R. E.: The naturalization crisis of 1933, French analysis and Tunisian response; Rev. HM 7-8; 1977.
- Les temps modernes, n°123, Mars Avril 1956
- Meinicke-Kleint, Heinz: Algerien Marokko Tunesien, Unterjochung und Befreiung; Dietz Verlag; Berlin; 1965.
- Meysels, Lucian O.: Tunesien: Brennpunkt der Kulturen; Geschichte und Gegenwart; mit einer Einleitung von Kurt Waldheim; Herbig; München; 2004.
- Migdal, Joel S.: Strong Societies and Weak States, State-Society Relations and State Capabilities in the Third World; Princeton University Press; New Jersey; 1988.
- Nerfin, Marc: Gespräche mit Ben Salah, eine sozialistische Alternative in Tunesien; pdw; Bonn; 1976.
- Owen, Roger: State, Power and Politics in the Making of the Modern Middle East; Routledge; 3. Edt.; London und New York; 2004.
- Owen, Roger: The Rise and Fall of Arab Presidents for Life; Harvard University Press; Cambridge; 2012; Kindle-Edition.
- Perkin, Kenneth: A history of Modern Tunisia; Cambridge University Press; UK; 2004.
- Raupach, Florian: Zur These der „strategischen Clique“ und der französischen Okkupation von Tunesien am Beispiel des Vertrages von Bardo; Grin Verlag; Konstanz/ Norderstedt; 2012.
- Richter, Thomas: Autoritäre Herrschaft, materielle Ressourcen und Außenwirtschaftsreformen, Marokko, Tunesien, Ägypten und Jordanien im Vergleich; Mit einem Geleitwort von Martin Beck; Universität Bremen; Dissertation; Verlag für Sozialwissenschaften; Wiesbaden; 2008.
- Rossi, Pierre: Bourguiba's Tunisia; Ed. Kahia; Tunis; 1967.
- Rudebeck, Lars: Developmental pressure and political limits: a Tunisian Example; The Journal of Modern African Studies; 8, 2; 1970, Seite 173- 198.
- Ruf, Klaus Werner: Der Burgibismus und die Außenpolitik des unabhängigen Tunesien; Freiburger Studien zu Politik und Gesellschaft überseeischer Länder; Schriftreihe des Arnold-Bergstrasser-Instituts für kulturwissenschaftliche Forschung;

Hg. Prof. Dr. Dieter Oberndörfer; Bd. 1; Bertelmann Universitätsverlag; Bielefeld; 1969.

- Schicho, Walter: Der Länderbericht, Tunesien, Geschichtliche Entwicklung, Probleme der Gegenwart; Separatdruck aus der Zeitschrift der österreichischen Forschungsförderung für Entwicklungshilfe; Internationale Entwicklung; FB Orientalistik.
- Seiler, G.: Tunesien, der Modellfall eines Entwicklungslandes; erschienen in: Schriften des Vereins für Sozialpolitik; Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften; Neue Folge; Bd. 21; Prof. Dr. Stucken, Rudolf (Hg.): Untersuchungen einzelner Entwicklungsländer, Peru, Tunesien, Ägypten und Syrien; Verlag von Duncker & Humblot; Berlin 1960.
- Steiger, Rica: Tunesien, Aufstieg zwischen Orient und Okzident; Internationale Märkte; Hg. Prof. Dr. Herbert Strunz; Bd. 6; Peter Lang europäischer Verlag der Wissenschaften; Frankfurt a. Main; 2003.
- Süess-Kolbl, Peter: Salz auf der Haut - Die arabische Revolution und ihre Folgen; 2011; Kindle Edition.
- Trotha, Trutz von: Die Zukunft liegt in Afrika. Vom Zerfall des Staates, von der Vorherrschaft der konzentrischen Ordnung und vom Aufstieg der Parastaatlichkeit; in: Leviathan; Jg.28; 2000.
- Troy, Jodok: Staatszerfall; Ursachen – Charakteristika – Auswirkungen; LIT-Verlag; Politikwissenschaften Bd. 152; Wien und Berlin; 2007.
- Voss, Matthieu: Die Effektivität der europäischen Nachbarschaftspolitik; Eine Analyse am Beispiel Tunesien; WeltTrends; Potsdam; 2012.
- Waltz, Susan: Islamist appeal in Tunisia; Middle East Journal Vol. 40 No. 4; autumn 1986, S. 651-670.
- William H. McNeil: The Care and Repair of Public Myth; Foreign Affairs 61; Fall 1982.
- Wimmer, Johannes: Evolution der Politik; von der Stammesgesellschaft zur modernen Demokratie, mit einem Vorwort von Anatol Rapoport; WUV-Universitätsverlag; Wien; 1996.
- Wöhler-Khalfallah, Khadija Katja: Der islamische Fundamentalismus, der Islam und die Demokratie: Algerien und Tunesien: Das Scheitern postkolonialer „Entwicklungsmodelle“ und das Streben nach einem ethnischen Leitfaden für Politik und Gesellschaft; VS Verlag für Sozialwissenschaften; Wiesbaden; 2004.

Internetquellen

- Black, Ian: WikiLeaks cables: Tunisia blocks site reporting 'hatred' of first lady; <http://www.theguardian.com/world/2010/dec/07/wikileaks-tunisia-first-lady> [Zugriff: 20.01.2014].

- Bundeszentrale für politische Bildung:
sicherheitspolitik.bpb.de/index.php?page=datentabellen&layer=m1_bpb_gini
[Zugriff:22.01.2014].
- Chimelli, Rudolph: <http://www.sueddeutsche.de/politik/tunesiens-ex-praesident-ben-ali-auf-der-flucht-vor-dem-volk-1.1046909>; [Zugriff: 20.01.14] .
- Encyclopedia Britannica: <http://www.britannica.com/EBchecked/topic/10082/Ahmad>
[Zugriff: 20.01.2014].
- Endres, Alexander: www.zeit.de/wirtschaft/2013-07/tunesien-revolution-wirtschaft
[Zugriff:10.11.2013].
- Fernsehbericht: <http://www.youtube.com/watch?v=RXOHk8ulsSI&feature=youtu.be>
[Zugriff: 22.01.2014].
- Göbel, Alexander: http://www.deutschlandfunk.de/tunesien-ein-land-am-scheideweg.724.de.html?dram:article_id=274583 [Zugriff: 20.01.2014].
- Göbel, Alexander: <http://www.tagesschau.de/ausland/benali102.html> [Zugriff: 20.01.2013].
- hen/dpa/Reuters/AFP: Übergangsregierung: Tunesien will politische Gefangene freilassen; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/uebergangsregierung-tunesien-will-politische-gefangene-freilassen-a-740009.html>; [Zugriff: 20.01.2014].
- Lexus: <http://www.lexas.de/afrika/tunesien/index.aspx> [Zugriff: 22.01.14].
- Löffler, Marion: Dissertation, Geschlechterpolitiken der Transformation. Aspekte feministischer Staatstheorien, Universität Wien, 2010,
http://othes.univie.ac.at/11844/1/2010-06-03_8814204.pdf [Zugriff: 23.10.2012].
- Mattes, Hanspeter: http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_nahost_0808.pdf
[letzter Zugriff: 22.10.2012].
- Ministère du Développement Régional et de la Planification : Gouvernorat de Tozeur en chiffres 2011 ; <http://www.ods.nat.tn/upload/CHIFTOZ-FR.pdf>; [Zugriff : 20.01.2014].
- National Institute of Statistics – Tunisia: <http://www.ins.nat.tn/indexen.php> [Zugriff: 20.01.14].
- Prof. Haferkamp, Hans-Peter: http://www.g-geschichte.de/pdf/plus/prof_hans_peter_haferkamp_im_interview.pdf [Zugriff: 03.01.2014].
- Republic of Tunisia; National Constituent Assembly:
http://www.constitutionnet.org/files/tunisian_constitution_-_26012014_0.pdf
[29.01.2014].
- Schulze, Ralph: Tunesiens mühsamer Weg zurück zur Normalität;
<http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/631722/Tunesiens-muhsamer-Weg-zuruck-zur->

Normalitaet?direct=632089&_vl_backlink=/home/politik/aussenpolitik/632089/index.do&selChannel=&from=articlemore; [Zugriff: 20.01.2014].

- Tagesschau: <http://www.tagesschau.de/ausland/tunesien518.html>; [Zugriff:20.01.2014].
- Tristam, Pierre: Wikileaks Cable: Tunisian Corruption and President Zine el-Abidine Ben Ali; http://middleeast.about.com/od/tunisia/a/tunisia-corruption-wikileaks_3.htm [Zugriff: 20.01.2014].
- Tunispro: <http://www.tunispro.de/tunesien/sozialsystem-in-tunesien.htm> [Zugriff: 20.01.2014].
- United Nations Development Programm: <https://data.undp.org/dataset/HDI-Indicators-by-Country-2012/nz26-sffk?> [Zugriff: 22.01.2014].
- Wegerhoff, Cornelia: En-Nahda: Rückzug mit Kalkül; <http://www.dw.de/en-Nahda-r%C3%BCckzug-mit-kalk%C3%BCl/a-17129395> [Zugriff: 22.01.2014].
- Weltbank: <http://data.worldbank.org/indicator/SI.POV.GINI> [Zugriff: 20.01.2014].

Zeitungsartikel

- Bayān; 19.09.2011; Seite 11.
- Sarīḥ; 19.03.2012; Seite 12.
- Šurūq; 30.03.2011; Seite 9.
- Šurūq; 22.05.2011; Seite 11.
- Šurūq; 17.06.2011; Seite 22.
- Šurūq; 12.07.2011; Seite 18.
- Šurūq; 18.03.2012; Seite 13.

7. Anhang

7.1 Interview vom 05.08.2013 Tunis mit Labidi Abdallah – ehemaliger Konsul und freischaffender Journalist

Miriam Tilouche: Was können sie mir über die Befreiung der Plantagen nach der Unabhängigkeit von Frankreich erzählen?

Labidi Abdallah: Seit dem 12.05.1964 sind diese Grundstücke/Ländereien wieder zu tunesischem Besitz geworden. Und seitdem haben wir uns bemüht, d.h. der Staat und die privaten Farmer sie mit mehr oder weniger Glück sie zu erschließen. Manchmal mit weniger Glück – nicht? Ansonsten ist das Land fortgeschritten. Wir haben viele Fortschritte inzwischen auf allen Gebieten, auch auf dem Landwirtschaftlichen Sektor.

Miriam Tilouche: Ich habe aus verschiedenen Büchern, verschiedene Informationen erhalten. Zum einen wurde geschrieben, dass die Besitztümer, die noch in französischer Hand waren, nach der Befreiung von Bourguiba zurück gekauft wurden und zum anderen hab ich in der Literatur gefunden, dass manche von den dort ansässigen Tunesiern gewaltsam zurückerobert wurden. Was ist ihre Meinung hierzu?

Labidi Abdallah: Gewaltsam nicht. Zurückgekauft auch nicht – sie wurden einfach verstaatlicht. Und sie gehören bis zum heutigen Tag zum Staat. Sie wurden nicht gewaltsam von Privatleuten zu eigen gemacht.

Miriam Tilouche: Nicht so wie es heute passiert?

Labidi Abdallah: Nicht so wie es heute passiert. Nein. Heute ist der Staat verschwunden. Wir haben fast keinen Staat mehr. Das ist ja das Problem. Und ich hoffe, dass dies nur eine Übergangsphase ist, nachdem der Staat wieder Herr der Dinge werden wird. Es kann nicht so weiter gehen wie es jetzt ist.

Miriam Tilouche: Wissen sie wie das Landwirtschaftsministerium und der Landwirtschaftsverband (UNTAP) zu dieser Situation stehen?

Labidi Abdallah: Diese verhalten sich passiv. Weil das heutige Regime – das Nahda-Regime, da dieses den Hauptanteil an der Macht heute hat – aus Wahlgründen nicht eingreifen will. Vielleicht werden sie sich nach der Wahl anders verhalten, aber bis zum heutigen Tag haben sie sich nicht gerührt.

Miriam Tilouche: Wurden alle landwirtschaftlichen Flächen seit der Unabhängigkeit verstaatlicht?

Labidi Abdallah: Nein. Nur diejenigen Ländereien, welche in Besitz der französischen Kolonialmacht waren. Nicht alle Ländereien. Während der Kolonialzeit wurden diese Ländereien nahezu kostenlos den „Kolon“/ kolonialen Landwirten zur Verfügung gestellt. Und daher war es logisch, dass diese Gebiete nach der Unabhängigkeit wieder zurück an den Staat fielen.

Miriam Tilouche: Welche Auswirkungen hatten die Struktur-Anpassungs-Programme (SAP) seit den 80er Jahren auf die Landwirtschaft?

Labidi Abdallah: Die SAPs begannen 1986 und hatten überhaupt keinen Einfluss auf die Landwirtschaft. Der IWF [Internationaler Währungsfond; A. d. Verf.] hatte seine Bedingungen um Kredite zu erteilen und Tunesien war zu dieser Zeit gezwungen, sich diesen Bedingungen zu fügen.

Miriam Tilouche: Wenn man diese Situation mit Ägypten vergleicht - wo die Reformen oft nur auf dem Papier stattfanden - was kann man über die SAPs noch sagen?

Labidi Abdallah: Dies war in Tunesien nicht der Fall. Tunesien hat sich von Anfang an bemüht, Leute zu bilden und auszubilden. Und aus diesem Grund haben wir heute einen Überfluss/ einen Überschuss an hochqualifizierten Fachkräften und Akademikern. Und das ist ja heute unser Problem - im Gegensatz zu vielen arabischen Ländern – dieser Überschuss an arbeitslosen Fachkräften und Akademikern. Wir sind auch als Land, dem Westen am nächsten. Aufgrund der demographischen Struktur unserer Bevölkerung. Sie und ich sind ein Beispiel hierfür. Meine Kinder leben in Deutschland, meine Frau ist italienischen Ursprungs. Diese Struktur spielt eine Rolle. Deswegen ist Tunesien ein extra Fall.

Miriam Tilouche: Wie würden sie die jetzige Situation in Südtunesien beschreiben?

Labidi Abdallah: Solange die verschiedenen politischen Schattierungen nicht zu einem Konsens gekommen sind, wird es so weiter gehen. Aber der Druck und die Sachzwänge – wie die Arbeitslosigkeit, die Mittelknappheit – wird die Regierung zur Handlung zwingen und wir erhoffen uns etwas davon. Aber es wird wahrscheinlich noch einige Zeit verstreichen, bis wir auf die richtigen Lösungen zugreifen. Ich würde sagen, dass die Mittel zur Wahrung der Sicherheit noch nicht gleichmäßig auf das ganze Land verteilt sind. Und es ist so, dass der Staat auch symbolisch präsent ist. Wenn der Staat physisch – also materiell – eingreifen muss – landesweit – fehlen in jedem anderen Staat auch die Mittel. Auch im Westen – in Deutschland – oder woanders, wenn ein Aufstand da ist. Wir erleben im Moment eine Umwälzung, und kein Staat hat die Mittel zum Kämpfen gegen eine landesweiten Umwälzung/ Revolution/ einen Aufstand.

Miriam Tilouche: Sehen sie also das Entstehen des Konflikts in Südtunesien durch den Mangel der Mittel?

Labidi Abdallah: Im Mangel der Mittel und auch in der Umstrukturierung. Diejenigen, die die Macht haben wollen und dieser Macht nicht vollkommen Herr sind haben Interesse daran, dass diese Unordnung weiter herrscht, weil diese Leute, von denjenigen die eben diese Länderereien rechtswidrig besetzen die Stimme und Unterstützung brauchen. Und solange sich die Lage für die neuen Machthaber nicht stabilisiert hat, werden sie die Dinge so weiter laufen lassen. Es hängt eben davon ab, dass diese Leute, die den Staat führen, auch Beziehungen zum Ausland und zu den verschiedenen Bevölkerungsgruppen haben. Und diese Beziehungen müssen bereinigt werden. Und die haben im Moment eben noch nicht die Mittel um ihre Macht dem ganzen Land aufzuzwingen. So ist es.

Miriam Tilouche: Wie empfinden sie die jetzige Regierung?

Labidi Abdallah: Die ist wackelig. Nicht aus eigener Initiative, sondern auch aus dem Widerstand, der ihr entgegengebracht wird. Die früheren Machthaber wollen sich nicht damit abfinden, dass sie die Macht verlieren und das geschieht überall so – in der Welt und in der Geschichte – mit mehr oder weniger friedlichen Mitteln. Und die Mittel sind heute zu Tage in Tunesien viel weniger friedlich als wo anders in der Welt, weil die Demokratie noch nicht da ist und weil wir noch keine Demokratietradition haben und weil wir auch keine Dialogtraditionen haben. Früher mal war die Macht Herr der Dinge und wir erleben im Moment eine Übergangsphase, eine Umbildungs- und Ausbildungsphase in Demokratie.

Miriam Tilouche: Ein kleiner Blick in die Zukunft. Was ist ihre Vermutung wie die Neuwahlen aussehen werden?

Labidi Abdallah: Die Nahda wird weiter da sein. Ob sie regieren wird, ob sie den Hauptanteil haben wird, bleibt abzuwarten. Wir werden eine neue Konstellation haben, einen neuen politischen Katalog. Und wir müssen uns –jeder muss sich – damit abfinden, dass andere auch da sein werden und da sein müssen. Man muss irgendwie versuchen friedlich miteinander aus zu kommen und deswegen beharrt jeder darauf dass das Grundgesetz als Konsens erarbeitet wird.

Miriam Tilouche: Ist dies ihrer Meinung nach der Grund, warum schon so lange an der tunesischen Verfassung getüftelt wird?

Labidi Abdallah: Jeder will das beste Stück davon haben, oder erzwingen. Das ganze Dreht sich um das Verhältnis, wie weit die Religion gegenüber der zivil-Regierung hinein gezogen werden muss.

Miriam Tilouche: In meiner Arbeit suche ich den Grund für den Konflikt in Südtunesien rauszufinden. Ob es sich nun um Mittelknappheit oder Transformation handelt. Ob man es z.B. auch als Versuch neue klientelistische Verbindungen zu schaffen sehen kann?

Labidi Abdallah: Oui. Man sagt, dass Profit der Motor der Wirtschaft ist. Und die Geschäftsleute, Leute die Erfahrungen mit der Wirtschaft haben, sind am besten geeignet die Geschäfte zu führen. Und heut zu Tage führen die Geschäfte „ignorante/ primitive“ Leute. Und man darf sich nicht wundern, dass die Dinge so mies sind. Richtige Führungskräfte sind nicht mehr vorhanden, weil kein Profit mehr da ist. Und für die Leute die heute die Ländereien rechtswidrig besetzten, ist es schon ein großes Ergebnis, dass sie es geschafft haben die Plantagen überhaupt zu besetzten. Um etwas anderes brauchen sie sich vorerst nicht bemühen. Und solange sie sich nicht sicher sind, dass das Land ihnen endgültig gehören wird, werden sie auch nicht investieren. Wenn sie überhaupt in der Lage sind zu investieren. Und auch die Finanzinstitute – Banken und dergleichen – sind nicht bereit mit solchen Leuten zu handeln, Beziehungen zu knüpfen. Weil sie sich nicht sicher sein können, dass sie später zu ihrem Geld kommen werden, da diese Leute eben nicht die rechtmäßigen Eigentümer dieser Ländereien sind. Die Gründe sind vielfältig. Und diese Leute haben auch nicht die richtigen Beziehungen zum Endabnehmer, zu Klienten usw. Auch haben sie nicht das nötige „know how“. Für sie ist es schon eine große Leistung, dass sie es geschafft haben die Plantagen an sich zu reißen.

Miriam Tilouche: Können sie mir sagen, welchen Einfluss Ahmed Ben Salah zu seiner Amtszeit hatte?

Labidi Abdallah: Einen riesengroßen. Zu einem Zeitpunkt, hatte er sogar fünf Ministerien unter seiner Federführung. Erziehung, Wirtschaft, Finanzen, Landwirtschaft und Planung und alles. Fünf Ministerien mit vielen Staatssekretären. Und er hat diese „Kooperativen“ eingeführt. Was zwar ein Misserfolg war, aber trotzdem hat er viel für das Land getan. Er hat viele Ausbildungsstätte und Erziehungsprogramme modernisiert. Er war Sozialist, Sozialdemokrat und hatte gute Beziehungen zu Brand, Kratzky und Kreisky, und zu Olaf Palmer. Seine Landwirtschaftsreform hat zu einem Misserfolg geführt, weil das Land vielleicht noch nicht reif dafür war. Er hat versucht Genossenschaften und Landwirtschaftsbanken zu gründen. Er hat viel für das Land getan. Aber zu einem Zeitpunkt als es noch keine Führungskräfte im Land gab.

Die größte Leistung Bourguiba ist die Befreiung der Frau, das Gesundheitssystem und die Bildung und Ausbildung. Er hat zu einem Zeitpunkt 30% des Staatshaushaltes für die Bildung und Ausbildung, für die Erziehung überhaupt investiert. Und das ist eben Tunesien und deswegen ist Tunesien heute so wie es ist und mit keinem anderen arabischen Land vergleichbar. Auch nicht mit Marokko. Heute erzählt man, dass Marokko fortgeschritten ist, aber Jahrzehnte trennen beide Länder. Tunesien ist weit voran.

Miriam Tilouche: Im Zuge der französischen Kolonialisierung Nordafrikas, wurden viele Schulen zerstört.

Labidi Abdallah: In Tunesien nicht so viele. Vor allem die klassischen, die Koranschulen. Die Franzosen haben in Tunesien nicht viele Schulen gebaut, nur ein paar für ihre eigenen Leute, Leute die sich den französischen Angelegenheiten gewidmet haben.

Miriam Tilouche: Und Bourguiba?

Labidi Abdallah: Der hat gleich überall Schulen gegründet, sogar Orten wo es kein Trinkwasser und Strom gab. Bourguiba hat sogar gesagt: „Mir sind, Tunesier mit Bildung und Ausbildung, die vielleicht zu einem Leben in Arbeitslosigkeit verdammt sind lieber, als Ignoranten zu haben.“ Weil ihm viele Leute nahegelegt hatten, er solle nicht so viele Leute bilden und ausbilden wenn er diese später nicht sicher beschäftigen kann. Er sagte „nein,

zunächst ausbilden und dann sieht man weiter.“ Und deshalb haben wir heute 1,2 Millionen Tunesier im Ausland. Überall in der Welt. Auch in Führungspositionen. In Amerika, auf allen Kontinenten. Weil sie eben eine gute Bildung und Ausbildung im eigenen Land genossen haben. Und das war richtig so. Wenn wir keine guten Politiker haben, die die 400 000 arbeitslosen Akademikern nicht verwenden können, dann ist es ein Problem des Landes und dessen Politik und nicht die Schuld Bourguibas. Man kann Bourguiba nicht vorwerfen, dass es heute einen Überschuss an gut ausgebildeten Menschen im Land gibt.

7.2 Interview mit Ahmed Tilouche; München; 25.8.2013.

Miriam Tilouche: Könntest du kurz deinen Namen sagen.

Ahmed Tilouche: Ahmed Tilouche

Miriam Tilouche: Und den Namen deiner Plantage

Ahmed Tilouche: Mrah Lahoi

Miriam Tilouche: Und jetzt zu Beginn, hätte ich gerne, könntest du mir erzählen wie du die Plantage gekriegt hast, wie groß sie ist und wie viele Menschen dort gearbeitet haben.

Ahmed Tilouche: vielleicht fangen wir mit der Geschichte an?

Miriam Tilouche: Ganz wie du willst.

Ahmed Tilouche: Ja und zwar diese Dattel Plantagen, diese Oasen sind errichtet durch Kredite von der Weltbank und das sind keine Privaten Leute, es war der Staat, der mit schweren Geräten, mit Hilfe des Militärs die Wüste grün gemacht hat. Die WB hat die Kredite erteilt, aber mit Bedingungen. Unter anderen sollen große Projekte, große Flächen von privaten oder vom Staat genützt werden und hierbei keine Zerstückelung stattfinden – Zerstückelung bringt nichts, das ist schon bekannt. Zuerst hat das Landwirtschaftsministerium diese Plantagen bewirtschaftet. 20 Jahre lang. Aber es ist den Bach runtergegangen weil die Arbeiter, ganz einfach faul sind. Diese staatlichen Firmen mussten jährlich mit Millionen von Dollar unterstützt werden. Und daher wurde beschlossen, dass man diese Plantagen privatisiert, da der Staat keine Lust mehr hatte Gelder rein zuschmeißen, da es sich verhielt wie bei einem Bodenloses Fass. Das ist, das muss man sagen, ich kenne diese Plantage - damals hieß die Plantage „Stiel“- schon aus Zeiten als sie noch unter staatlicher Führung stand, da ich von ihr Datteln eingekauft habe. Gerade diese Plantage hatte ich seit 1990 unter Vertrag, dass diese Bio für mich bewirtschaftet. Und die Arbeiter, sie konnten nach 10:00 keine Arbeiter auf der Plantage finden. Und die Aufseher konnten gar nichts machen, da die Plantage ja staatlich war. Und alles was staatlich ist bei solchen Ländern wie Tunesien oder früher auch im „Ost-Block“ wurde vernachlässigt und beklaut und alles Mögliche. Die Regierung hat schon 1995 beschlossen staatliche Gebiete zu privatisieren, aber es brauchte bis 2000. 95% der staatlichen Gebiete gingen zu Händen von einfachen Arbeitern und Technikern. Die Arbeiter bekamen im Durchschnitt 2 ha, das entspricht ungefähr 200 Bäume, was genug sein sollte um seine Familie das ganze Jahr über zu versorgen, wenn er die Fläche anständig bewirtschaftet. Ein Techniker bekam 4ha und das entspricht 400 Bäumen. Und leider nur die Techniker, die die was auf dem Kasten haben, haben was gebracht, und die Plantagen haben geblüht. Und die einfachen Arbeiter: 30% war total vernachlässigt, weil durch Erben von den Vätern und die Jungs, das sind entweder Ingenieure oder Anwälte, die haben das vernachlässigt, da die meisten in Tunis wohnen, die Plantagen aber in Tozeur sind. Die Hälfte (50%) haben ihre Plantagen veräußert, eigentlich dürfen sie das normalerweise nicht, aber durch einen Vertrag bei einem Notar. Lediglich die Fünf Plantagen, die so wie unsere von Privatfirmen geleitet wurden, wurden ausreichend bewirtschaftet.

Jetzt zu unserer Plantage:

Es gab eine Ausschreibung 2000, an der ich teilgenommen habe. Und gerade für unsere Plantage gab es elf Interessenten. Darunter sogar einen ehemaligen Staatssekretär vom Landwirtschaftsministerium. Nach ein paar Monaten wurde ich zum Landwirtschaftsministerium zitiert, dort wurde ich darüber informiert, dass ich in die engere Auswahl von nur mehr drei Interessenten gekommen war. Aus diesem Grund wollten sie mit uns allen ein Gespräch führen. Und haben uns auch darüber unterrichtet, dass es ein Entscheidungs-Gremium gibt. Das heißt, die Wahl war sehr streng das sich das Entscheidungs-Gremium vorwiegend an den in den Plänen vorgelegt Vorhaben orientierte. Und da wir, dass heißt wir haben eine Firma gegründet mit zehn Teilhabern, und aber ich bin derjenige, der das Heft in der Hand hat, d.h. ich bin auch mit 45% in dieser Plantage beteiligt und Familienangehörige sind auch beteiligt und was wichtig ist, drei Bauern aus der Gegend dort sind auch beteiligt. Es ist eine Mischung zwischen Bauern und Exporteure und Leute die sich gut mit Boden auskennen. Es war eine Investition mit 65% Anteil von fremder Währung, an der auch ein Italiener (Lugiano Bresolin) Beteiligt ist. Die Plantage ist gleichzeitig Bio und Demeter zertifiziert. Was noch wichtiger ist, ist das Bewässerungssystem, das wir vorgelegt haben und das viel Geld gekostet hat (über 600 000 €) wie man Wasser sparen kann - denn im Süden in der Wüste – das ist allseits bekannt- gibt es nur wenig Wasser. Und so konnten wir schon im zweiten Jahr 400 Tonnen Datteln beste Qualität ernten. Und diese Plantage hat laut den Unterlagen die wir von der staatlichen Firma bekommen haben, einen Ertrag von 300 Tonnen. Und wir haben innerhalb eines Jahres 25% mehr geerntet. Bereits nach acht Jahren haben wir die Ernte fast verdreifacht. Unser Ziel war 100 kg pro Baum, welches in Tunesien auf einer Plantage fast unmöglich ist. Aber mit unserem „know how“, mit Technikern aus Deutschland und aus Tunesien haben wir das erreicht. Unsere Plantage hat 153 ha., wir müssen Pacht bezahlen und es gibt schwierige Auflagen, wie z.B.: Wir mussten auch Ingenieure aus Tunesien beschäftigen, egal ob sie was taugen oder nicht, mindestens zwei Leute und wir hatten sogar drei, um den Leuten eine Chance zu geben etwas zu lernen. Auf der Plantage sind 12000 Bäume, aber es war noch Platz für mehr Bäume und daher haben wir innerhalb von zwei Jahren noch 1000 Bäume dazu gepflanzt. Eine Dattelpalme trägt erst nach sieben Jahren Früchte und davon nur wenige. Erst nach 15 Jahren gibt es einen guten Ertrag. Und der Durchschnitt des Ertrages – wie ich bereits vorher erwähnt habe - sind 100kg pro Baum. Das heißt: eine Plantage mit 12000 Bäumen müsste 1200 Tonnen erzeugen. Unser Ziel war es, dies innerhalb von zehn Jahren zu erreichen, aber leider bereits nach acht Jahren war es zu ende. Da am 14.01.2011 uns die Plantage gewaltsam von einheimischen Banditen entrissen wurde. Nach dem Versuch die Kühlanlage kaputt zu machen und in Brand zu stecken, haben sie Bäume rausgerissen und als Zierbäume verkauft, sie haben Traktoren in Brand gesetzt, die haben alles verwüstet. Und dies alles vor den Augen der verantwortlichen und der Lokalbehörde passiert.

Miriam Tilouche: Wie sah deine Reaktion darauf aus?

Ahmed Tilouche: Meine Reaktion. Als erstes da ich dachte, dass ich in einem Land bin wo die Gesetzte gelten, habe ich mir einen Anwalt genommen und Anzeige gegen die Banditen erstattet. Der Gouverneure in Tozeur ist der oberste Vertreter der Regierung, aber dieser sagte er könnte nichts machen, da er keine Polizei hätte, keine Truppen um diese Leute raus zu jagen. Sie zeigen Verständnis, aber machen tun sie nichts. Sogar der Richter und der Staatsanwalt mit denen ich geredet habe, haben mir die kalte Schulter gezeigt und haben sich nicht engagiert. Und dies ist belegt durch die Anzeige, die ich gleich von Anfang an erstattet habe. Ich habe den Gouverneur mehrmals besucht und dieser hat jedes Mal versprochen zu helfen. Aber dies war verlorene Zeit und leere Versprechungen. Ich habe mich mit dem Landwirtschaftsminister getroffen und ihm von meinem Leid erzählt. Dieser versprach etwas zu unternehmen – und nichts. Vorher hab ich den Innenminister getroffen, der mir auch ein paar Minuten seiner kostbaren Zeit geopfert hat. Sie zeigten alle Verständnis, gaben aber nur leere Versprechen. Das heißt im Endeffekt, das war eine vorübergehende Regierung, die

keine Entscheidung treffen wollte. Das war der erste Innenminister, welcher nach ein paar Monaten vom nächsten ersetzt wurde. Sein Nachfolger ist zufällig ein Bekannter von uns. Dieser war früher beim Landwirtschaftsministerium und mit von der Partie als wir damals die zusätzlichen Bäume auf der Plantage gepflanzt haben. Er kennt die ganze Geschichte und ich kenne ihn sehr gut und er hat mir gesagt, der Staat kann dir nicht helfen, denn wir sind nicht in der Lage. Und damals gab es auch Probleme wie den Krieg in Libyen und Terroristen in Tunesien und unsere Plantage war ihre letzte Sorge. Ich war auch beim Premierminister, der auch Hilfe versprach. Ich war beim tunesischen Präsidenten, der mir auch nur leere Versprechen gab. Ich war beim Justizminister – auch leere Versprechen. Ich habe überall Anzeigen und Anträge eingereicht, wie z.B. beim Präsident von der Landpolizei. Die Zeitungen haben fast wöchentlich über die katastrophale Lage berichtet. Diese Plantage hat 60 Arbeiter fest beschäftigt – sozialversichert. Und während der Ernte wurden über 100 Leute als Saisonarbeiter beschäftigt. 2010 war unser bestes Jahr. Wir hatten 850 Tonnen Ernte. Und es ist das Alles für die Ausfuhr, d.h. über die Firma Médifruit, das ist alles beste Qualität, die exportiert wurde und dies alles entspricht einem Wert für den tunesischen Staat von 2 Millionen €. Und jetzt es sind Banditen, die Stecken das Geld in ihre eigene Tasche, keiner von denen ist sozialversichert, die Bewässerungssysteme sind kaputt, es ist alles in einer desolaten Lage und die Verantwortlichen schauen nur zu.

Miriam Tilouche: Wie war die Reaktion der aktuellen Regierung?

Ahmed Tilouche: Die aktuelle Regierung, es ist bekannt von diesen Nahda Islamisten, dass sie auch vorübergehend eingesetzt wurden – normaler Weise für ein Jahr ; sind jetzt aber seit zwei Jahren an der Macht. Sie habe Wahlen versprochen, erst Oktober 2012, dann Januar 2013, dann Juni 2013, dann Oktober 2013 und bis jetzt ist noch nicht in Sicht wann die Neuwahlen kommen und damit eine gewählte Regierung die Entscheidungen treffen kann. Am 3.10.2012 hatte ich die Möglichkeit mit dem Regierungschef der Nahda-Partei zu sprechen. Dieser sagte mir, dass sie nicht die Mittel hätten sich um solche Probleme wie die meinen zu kümmern, da sie selbst schwerwiegende Probleme hätten. Aber da gibt es nicht nur mich, sondern allein in der Region Tozeur fünf andere Dattelpplantagen und verteilt auf ganz Tunesien über 150 weitere betroffene landwirtschaftliche Betriebe. Es scheint, dass sich die Geschichte wiederholt. Und zwar 1964. Früher waren die Franzosen diejenigen die das Land bewirtschafteten und dann kamen die Tunesier und haben es ihnen auch mit Gewalt weggenommen. Anstelle davon mit diesen Leuten zu reden, die ihren Schweiß und ihr Geld und alles in das Land investiert hatten, um eine Einigung zu finden, hat man ihnen das Land auch gewaltsam weggenommen. Seit dieser Zeit ist Tunesien landwirtschaftlich gesehen nie auf einen grünen Zweig gekommen. Und damals hat die Regierung von Bourghiba auch nur zugeschaut.

Miriam Tilouche: Wie ist nun dein Eindruck von der ganzen Situation? Fühlt man den Staat noch im Gouverneurat Tozeur noch?

Ahmed Tilouche: In Ganz Tunesien gibt es überhaupt keine Staatsgewalt – in ganz Tunesien. Es ist der Mopp, es ist die Straße die regiert. Überall gibt es Gemüsehändler, oder Menschen mit Benzinkanistern geschmuggelt aus Libyen und Algerien. Es gibt keine Staatsgewalt. Es gilt das Gesetz des Stärkeren. Jetzt regiert der Mopp auf der Straße und die Nahda-Regierung, d.h. diese Islamisten sind dabei alle Posten zu besetzten, die Schlüsselposten der Gouverneure und der Stadtverwaltung. Überall wo es Schlüsselposten gibt, haben sie diese ihren eigenen Leuten zugespielt. Es wirkt so als wären sie nicht gewillt die Macht noch einmal aus der Hand zu geben. Für mich selber: ich hab diese Plantage ein paar Mal besucht, es ist schade, alles ist kaputt. Es ist so gut wie unmöglich, sie wieder in ihren vorigen Zustand zu bringen. Man bräuchte viel Geld und viel Zeit. Ich bin hierfür nicht mehr bereit. Jetzt habe ich den tunesischen Staat verklagt um die Gelder zurückzubekommen, die ich investiert hatte. Ich habe einen Pachtvertrag vom tunesischen Staat, ich habe hierdurch zwar Pflichten, aber auch Rechte. Und ich versuche meine Rechte bei Gericht durchzusetzen und falls mir dies

nicht in Tunesien gelingt, werde ich mich an den europäischen Gerichtshof wenden. Die Plantage wieder zu bewirtschaften? Das will ich nicht mehr! Zwar konnte man dadurch erkennen dass man mit Ideen viel verbessern kann. Tunesien hat fast alles was es braucht, tüchtige Menschen und Ideen. Wir haben innerhalb von acht Jahren aus einer Plantage mit 300 Tonnen Ertrag, eine mit 850 Tonnen gemacht. Und das war noch nicht der Volle Ertrag, den wir auf 1200 Tonnen innerhalb von zehn Jahren kalkuliert hatten. Die Idee war, dass man nicht mehr Bäume pflanzt, sondern die richtig bewirtschaftet, die da sind, da man nicht so viel Wasser hat. Und dadurch kann man den Ertrag auf das drei oder vierfache steigern. Durch die Dattelproduktion kamen über 200 Millionen €. Und für Tunesien ist das, sehr viel Geld. Aber leider braucht man dafür gute Köpfe und in letzter Zeit sind nicht gefragt, sonder nur Gewalt und Dummheit.

[3 Pumpen geklaut (80m tief), 2 Pumpen blieben (weil 650m tief), Strom abgemeldet, LawiMin wieder angestellt → Klage gegen Stromwerke; keine Antworten auf keine der schriftlichen Beschwerden; Innenminister Friaa → nach 3 Tagen Militär geschickt → nur für Ordnung nicht gegen Besatzung (Brandstiftung, Diebstal, etc.) 7. Januar besetzt → Militär blieb bis Ende Juni]

15.10.2013 Aussage bezüglich Anzeige bei Landpolizei wegen Verkauf von Diebesgut.

7.3 Hilfsantrag an Landwirtschaftsministerium vom 14.02.2011

OASIS MRAH LAHOVAR

الحمد لله وحده

العارضة : شركة واحة مراح لحوار في شخص ممثلها القانوني

تونس في 2011/02/14

شركة خفية الاسم مقرها الاجتماعي كائن بالمقسم عدد 04



إلى سامي عناية السيد وزير الفلاحة

دام حفظه

حيث أن العارضة وبوصفها شركة احياء وتنمية فلاحية كانت قد انتفعت بقرار اسناد امتيازات يقضي بتسليمها من استغلال وتأهيل الواحة وإنقاذها من الهلاك، واحة مراح لحوار الكائنة بولاية توزر والمعدة لانتاج التمور البيولوجية بمختلف أنواعها من سنة 2002 مع تمتيعها بجميع الامتيازات المتتبعة لذلك وهي شركة مضرة كليا وتحت مراقبة الديوانة.

وحيث أن رأس مال العارضة يبلغ 1.050 مليون دينار يمسك الجانب الأجنبي فيه نسبة 65 بالمائة مقسمة بين المستثمرين الألمان والإيطاليين وقد بلغ حجم الاستثمار في سياق تأهيل الواحة والتبريع في انتاجها ومردوديتها مبلغ 5 مليون دينار. فضلا عن مواطن الشغل التي تم استحداثها والتي بلغت نحو 120 مواطن شغل دون اعتبار مواطن الشغل الأخرى التي بلغت حوالي 400 مواطن شغل تم استحداثها بالشركة المتوسطة للثمار المختصة في تعليب منتوج التمور المعدة للتصدير والتابعة لشركة واحة مراح لحوار.

وحيث فوجئت العارضة بتاريخ 15 جانفي 2011 بمجموعة من الأنفار تقتحم الواحة وتستقر بها بغير وجه حق والتعمد إلى الحاق رعاية وعناية جملة من الإضرار بها وتمتنع عن اخلائها متصدية للعملة المتواجدين بالواحة ومنعهم عن صيانة النخيل الذي يستلزم خاصة سيما أن الأمر يتعلق بمنتوج بيولوجي (ديناميكي) (Bio Dynamique).

يخضع للمراقبة الدورية من قبل فنيين أجانب فضلا على أن صيانة النخيل تقتضي توفير نوعية من الغبار والتربة التي يقع تحذيرها مسبقا بواسطة نوعية من العلف تقدم إلى رؤوس الأغنام الموجودة بالواحة والتي يقدر عددها بنحو 1000 رأس غنم بقيت إلى حد الساعة دون رعاية أو تعهد مما يندر بهلاكها وإتلاف الواحة بأكملها.

وحيث بادر المشرف على الواحة بتقديم شكاية جزائية في الغرض تم تضمينها لدى وكالة الجمهورية بالمحكمة الابتدائية بتوزر بتاريخ 03 فيفري 2011 تحت عدد 11/431 غير ان جميع مساعيها باءت بالفشل ولم يتوصل إلى أي نتيجة.

وحيث أن الأمر يقتضي التدخل السريع واتخاذ التدابير الضرورية الكفيلة بالحفاظ على مكاسب المستثمرين الأجانب وحماية مواطن الشغل التي أصبحت مهددة في ظل تواجد هؤلاء الأنفار بالواحة بدون أي مبرر شرعي.

تفضلوا سيد الوزير بقبول فائق الإحترام والتقدير.

محترمكم

أحمد تيلوش

عن شركة واحة مراح لحوار

OASIS MRAH LAHOVAR
S.A. / Total / Export / Import
Lot 14 / Zone Industrielle
Borj Cédria - BEN AROUS
Tél: 71.431.114 - Fax: 71.431.513

S.A. Au capital de 1.050.000 DT. - R.C. : B17828002

8, Rue Ahmed Tlili, Z.I. Borj Cédria, 2055Tunis-Tunisie - Tél : (216) 71431114-71431225-Fax:71431513

7.4 Klage an Staatsanwaltschaft Tozeur vom 08.03.2011

الحمد لله وحده
تونس في 2011/03/08

الاستاذ
فوزي الماجري
المحامي لدى التعقيب
22 نهج بحيرة فيكتوريا عمارة ج
اقامة البحيرة نهج بحيرة فيكتوريا تونس
الهاتف /فاكس: 71.963.472.962.824
Mail mejri.fawzi@planet.tn

النيابة عن: شركة واحة مراح لحوار في شخص ممثلها القانوني
شركة خفية الاسم مقرها الاجتماعي كائن بالمنطقة الصناعية ببرج
السدرية مقسم عدد 04 ولاية بن عروس .
المشتكى به : السيد رئيس منطقة الحرس الوطني بتوزر

جناب السيد وكيل الجمهورية بالمحكمة الابتدائية بتوزر

-دام حفظه-

حيث ان العارضة وبوصفها شركة احياء وتنمية فلاحية كانت قد انتفعت بقرار اسناد امتيازات يقضي بتمكينها من استغلال واحة مراح لحوار الكائنة بولاية توزر والمعدة لانتاج التمور البيولوجية بمختلف انواعها مع تمتيعها بجميع الامتيازات المستتمة لذلك .

وحيث ان راس مال العارضة يبلغ حوالي 01 مليون دينارا يمسك الجانب الاجنبي فيه نسبة 65 بالمائة مقسمة بين المستثمرين الالمان والايطاليين وقد بلغ حجم الاستثمار في سياق تاهيل الواحة والترفع في انتاجيتها ومردوديتها مبلغ 7 مليون دينارا فضلا عن مواطن الشغل التي تم استحداثها والتي بلغت نحو 120 موطن شغل دون اعتبار مواطن الشغل الاخرى التي بلغت حوالي 400 موطن شغل تم استحداثها بشركة الثمار المتوسطة المختصة في تعليب منتج التمور المعدة للتصدير والتابعة لشركة واحة مراح لحوار .

وحيث فوجئت العارضة بتاريخ 15 جانفي 2011 بمجموعة من الانفار تقتحم الواحة وتستقر بها بغير وجه حق وتعتمد الى الحاق جملة من الاضرار بها وتمتنع عن اخلائها متصدية للعملة المتواجدين بالواحة ومنعهم عن صيانة النخيل والذي يستلزم رعاية وعناية خاصة سيما وان الامر يتعلق بمنتج بيولوجي (Dynamique Demeter) يخضع للمراقبة الدورية من قبل فنيين اجانب فضلا على ان صيانة النخيل تقتضي توفير نوعية من الغبار والتربة التي يقع تحضيرها مسبقا برسطة نوعية من العلف تقدم الى رؤوس الاغنام الموجودة بالواحة والتي يقدر عددها بنحو الف راس غنم بقيت الى حد الساعة دون رعاية او تعهد مما ينذر بهلاكها واتلاف الواحة باكملها .

وحيث بادر المشتكى على الواحة بتقديم شكاية جزائية في الغرض تم تضمينها لدى وكالة الجمهورية بالمحكمة الابتدائية بتوزر غير ان جميع مساعيه باءت بالفشل ولم يتوصل الى أي نتيجة تذكر .

وحيث ان الامر يقتضي التدخل السريع واتخاذ التدابير الضرورية الكفيلة بالحفاظ على مكاسب المستثمرين الاجانب وحماية مواطن الشغل التي اوضحت مهددة في ظل تواجد هؤلاء الانفار بالواحة بدون أي مبرر شرعي .

وحيث ان السيد رئيس منطقة الحرس الوطني بتوزر لم يد أي استعداد لمد يد المساعدة لغاية تنفيذ التعليمات الصادرة له من لدن جناب السيد وكيل الجمهورية بالمحكمة الابتدائية بتوزر ولم يتول حتى اجراء الابحاث الضرورية لغاية حمل هؤلاء الانفار على اخلاء الواحة التي هي في تسوغ المنوب .

وحيث ان تلكا السيد رئيس منطقة الحرس الوطني بتوزر ومماطلته في تنفيذ ما انيط بعهدته من تعليمات يمثل فعلا اثما ومجرما ومعاقبا عنه قانونا باعتباره يشكل جرائم عدم الانجاد القانوني وعدم الامتثال للقرارات الصادرة ممن له النظر واعانة متهم على التخلص من رقابة الحكومة العدلية بترك القاء القبض عليه على معنى احكام الفصول 315/143/110 من المجلة الجزائية .

لـ

فالرجاء من عدالة الجناب التفضل باجراء الابحاث الضرورية وتتبع المشتكى به وكل من سيكشف عنه البحث من اجل اقترافه لجرائم عدم الانجاد القانوني وعدم الاكتثال للقرارات الصادرة ممن له النظر واعانة متهم على التخلص من رقابة الحكومة العدلية بترك القاء القبض عليه على معنى احكام الفصول 315/143/110 من المجلة الجزائية .

وللجناب سديد النظر

محترمكم

الاستاذ فوزي الماجري

المحامي

7.5 Beschwerde an Landpolizeipräsidenten vom 08.03.2011

الحمد لله وحده
تونس في 08/03/2011

الاستاذ
فوزي الماجري
المحامي لدى التعقيب
22 نهج بحيرة فيكتوريا عمارة ج
اقامة البحيرة نهج بحيرة فيكتوريا تونس
الهاتف /فاكس: 71.963.472.962.824
Mail mejri: fawzi@planet.tn

النيابة عن: شركة واحة مراح لحوار في شخص ممثلها القانوني شركة خفية
الاسم مقرها الاجتماعي كائن بالمنطقة الصناعية ببرج السدرية مقسم عدد 04
ولاية بن عروس .
المشتكى به : السيد رئيس منطقة الحرس الوطني بتوزر

جناب السيد آمر الحرس الوطني

-دام حفظه-

حيث ان العارضة وبوصفها شركة احياء وتنمية فلاحية كانت قد انتفعت بقرار اسناد امتيازات يقضي بتمكينها من استغلال واحة مراح لحوار الكائنة بولاية توزر والمعدة لانتاج التمور البيولوجية بمختلف انواعها مع تمتيعها بجميع الامتيازات المستتعبة لذلك .

وحيث ان راس مال العارضة يبلغ حوالي 01 مليون دينارا يمكسك الجانب الاجنبي فيه نسبة 65 بالمائة مقسمة بين المستثمرين الالمان والايطاليين وقد بلغ حجم الاستثمار في سياق تاهيل الواحة والترفيغ في انتاجيتها ومردوديتها مبلغ 7 مليون دينارا فضلا عن مواطن الشغل التي تم استحداثها والتي بلغت نحو 120 موطن شغل دون اعتبار مواطن الشغل الاخرى التي بلغت حوالي 400 موطن شغل تم استحداثها بشركة الثمار المتوسطة المختصة في تعليب منتج التمور المعدة للتصدير والتابعة لشركة واحة مراح لحوار .

وحيث فوجئت العارضة بتاريخ 15 جانفي 2011 بمجموعة من الانفار تقتحم الواحة وتستقر بها بغير وجه حق وتعتمد الى الحاق جملة من الاضرار بها وتمتنع عن اخلائها متصدية للعملة المتواجدين بالواحة ومنعهم عن صيانة النخيل والذي يستلزم رعاية وعناية خاصة سيما وان الامر يتعلق بمنتوج بيولوجي (Dynamique Demeter) يخضع للمراقبة الدورية من قبل فنيين اجانب فضلا على ان صيانة النخيل تقتضي توفير نوعية من الغبار والتربة التي يقع تحضيرها مسبقا بواسطة نوعية من العلف تقدم الى رؤوس الاغنام الموجودة بالواحة والتي يقدر عددها بنحو الف راس غنم بقيت الى حد الساعة دون رعاية او تعهد مما ينذر بهلاكها واتلاف الواحة باكملها .

وحيث بادر المشرف على الواحة بتقديم شكاية جزائية في الغرض تم تضمينها لدى وكالة الجمهورية بالمحكمة الابتدائية بتوزر غير ان جميع مساعيه باءت بالفشل ولم يتوصل الى أي نتيجة.

وحيث ان الامر يقتضي التدخل السريع واتخاذ التدابير الضرورية الكفيلة بالحفاظ على مكاسب المستثمرين الاجانب وحماية مواطن الشغل التي اضحت مهددة في ظل تواجد هؤلاء الانفار بالواحة بدون أي مبرر شرعي .

وحيث ان السيد رئيس منطقة الحرس الوطني بتوزر لم يبد أي استعداد لمد يد المساعدة لغاية تنفيذ التعليمات الصادرة له من لدن جناب السيد وكيل الجمهورية بالمحكمة الابتدائية بتوزر ولم يتول حتى اجراء الابحاث الضرورية لغاية حمل هؤلاء الانفار على اخلاء الواحة التي هي في تسوغ المنوب .

وحيث ان تلكا السيد رئيس منطقة الحرس الوطني بتوزر ومماطلته في تنفيذ ما انيط بعهدته من تعليمات يمثل فعلا اثما ومجرما ومعاقبا عنه قانونا باعتباره يشكل جرائم عدم الانجاد القانوني وعدم الامتثال للقرارات الصادرة ممن له النظر واعانة متهم على التخلص من رقابة الحكومة العدلية بترك القاء القبض عليه يعلى معنى احكام الفصول 315/143/110 من المجلة الجزائية .

تفضلوا سيدي آمر الحرس الوطني باجراء الابحاث الضرورية في الغرض مع تفويض النظر لكريم انظاركم لاتخاذ التدابير الضرورية بشأن المشتكى به .

محتسكم
الاستاذ فوزي الماحري
المحامي

7.6 Beschwerde an den Premierminister vom 04.07.20011

تونس في 04 افريل 2011

مذكرة

الى عناية السيد الوزير الاول

الموضوع : اخلاء واحة مراح لحوار بتوزر

تمسح واحة مراح لحوار قرابة 130 هم وقد اكرتها الشركة المستغلة من املاك الدولة سنة 2002 لمدة 15 عاما على اساس كراس شروط و مناقصة شارك فيها ما لا يقل عن 12 مترشحا من بينهم كاتب دولة للفلاحة سابقا ، ووفق برنامجا ينص على نسبة استثمار خارجي ب 65% و بشراكة تونسية المانية ايطالية تقضي باستغلالها بالطريقة البيولوجية / الديناميكية و هي الاولى من نوعها في انتاج التمور مما جعلها تحصل في ذلك على شهادات (certifications) المؤسسات المختصة بكل من الولايات المتحدة و اوروبا وسويسرا.

و للارتقاء بواحة مراح لحوار لهذه المرتبة تم استثمار ما يزيد عن خمسة ملايين من الدنانير للاستصلاح التربة و حفر بئر عميقة و مد شبكة قنوات للري و اقتناء تجهيزات التبريد و التكييف و التعليب حسب المقاييس العالمية ، علما و ان هذه الشركة مصدرة كليا .

ويشغل هذا المشروع حوالي 500 شخص 100 منهم على عين المكان بالواحة و 400 بمعمل برج السدرية حيث يتم تكييف التمور و تعليبها و اعدادها للتصدير .

و قد يرتفع عدد مواطن الشغل بهذا المعمل الذي احدث سنة 1991 تحت اسم "Medifruit" ، في بعض

المواسم الى ما يزيد عن 600 عامل .

هذا وتجدر الإشارة الى ان الواحة تخضع منذ ابرام عقد الكراء الى مراقبة مستمرة و تفقد دوري من خبراء مصالح وزارة الفلاحة للتأكد من ان استغلالها يجري على احسن وجه و على اساس مراعاة دقيقة لمقتضيات كراس الشروط .

و قد تمكنت الشركة من ترويج منتج الواحة بمختلف بلدان العالم بكميات تناهز 1000 طن سنويا مما حول منتوجها خلال السنوات الاخيرة الى رمز للتمور التونسية و ساهم بصفة ملحوظة في تمكين هذه التمور من اقتحام اسواق جديدة و الترفيع من حجم صادراتها منتفعة في ذلك بما تقوم به الشركة من حملات اشهارية باهظة الكلفة ، وبما تتمتع به من سمعة بخصوص جودة منتوجها و انتظام انتاجها و آجال عمليات التصدير التي تقوم بها .

احمد تيلوش

متصرف شركة واحة مراح لحوار/ توزر

7.7 Beschwerde an den Landpolizeipräsidenten vom 04.07.2011

تونس في 04/07/2011

8

شركة واحة مراح لحوار في شخص ممثلها القانوني
مقرها الاجتماعي كائن بالمنطقة الصناعية بـ برج السدرية
مقسم عدد 04 ولاية بن عروس .

مذكرة موجهة الى عناية السيد آمر الحرس الوطني

- دام حفظه -

حيث ان العارضة وبوصفها شركة احياء وتنمية فلاحية كانت قد انتفعت بقرار اسناد امتيازات يقضي بتمكينها من استغلال واحة مراح لحوار الكائنة بولاية توزر والمعدة لانتاج التمور البيولوجية بمختلف انواعها مع تمتيعها بجميع الامتيازات المستتعة لذلك .

وحيث ان راس مال العارضة يبلغ حوالي 01 مليون دينارا يمكس الجانب الاجنبي فيه نسبة 65 بالمائة مقسمة بين المستثمرين الالمان والايطاليين وقد بلغ حجم الاستثمار في سياق تاهيل الواحة والترفيغ في انتاجيتها ومردوديتها مبلغ 7 مليون دينارا فضلا عن مواطن الشغل التي تم استحداثها والتي بلغت نحو 120 موطن شغل دون اعتبار مواطن الشغل الاخرى التي بلغت حوالي 400 موطن شغل تم استحداثها بشركة الثمار المتوسطة المختصة في تعليب منتج التمور المعدة للتصدير والتابعة لشركة واحة مراح لحوار .

وحيث فوجئت العارضة بتاريخ 15 جانفي 2011 بمجموعة من الانفار تقتحم الواحة وتستقر بها بغير وجه حق وتعمد ها الحاق جملة من الاضرار بها والمتمثلة في عمليات حرق واقتلاع اشجار النخيل وتخريب تجهيزات التخزين والتبريد مع الامتناع عن اخلائها متصدية للعملة المتواجدين بالواحة ومنعهم عن صيانة النخيل والذي يستلزم رعاية وعناية خاصة سيما وان الامر يتعلق بمنتج بيولوجي (Dynamique Demeter) يخضع للمراقبة الدورية من قبل فنيين اجانب فضلا على ان صيانة النخيل تقتضي توفير نوعية من الغبار والتربة التي يقع تحضيرها مسبقا بواسطة نوعية من العلف تقدم الى رؤوس الاغنام الموجودة بالواحة والتي يقدر عددها بنحو الف راس غنم بقيت الى حد الساعة دون رعاية او تعهد مما ينذر بهلاكها واتلاف الواحة باكملها .

حيث وازاء تصدي تلك المجموعة من الانفار لعمليات الري فان الواحة طالها الجفاف وعلقت بها النباتات الطفيلية التي اضحت تهدد انتاج النخيل كما وكيفا بالنسبة لهاته السنة والسنة المقبلة . والتي يقدر مبلغها الجملي بحوالي اربعة ملايين دينار بالعملة الصعبة .

وحيث بادر المشرف على الواحة بتقديم شكاية جزائية في الغرض تم تضمينها لدى وكالة الجمهورية بالمحكمة الابتدائية بتوزر غير ان جميع مساعيه باءت بالفشل ولم يتوصل الى أي نتيجة الى حد الساعة . رغم الاضرار الجسيمة التي لحقت بالواحة والتي تم تشخيصها صلب محاضر معاينة اجريت في الغرض .

حيث بادر العارض من جانبه الى تقديم شكاية لدى وكالة الجمهورية بالمحكمة الابتدائية بتوزر وتم الاتصال مباشرة بالسيد وكيل الجمهورية الذي اذن لاعوان الضابطة العدلية ممثلين في شخص السيد رئيس منطقة الحرس الوطني بتوزر والذي تسلم الشكاية مباشرة بحضور المحامي الاستاذ فوزي الماجري وتم سماع العارض من قبل احد السادة الاعوان الباحثين وذلك بتاريخ 2011/03/08. وقد بادر العارض بالاثار بالاتصال بالسيد رئيس المنطقة في العديد من المناسبات غير ان هذا الاخير لازم الصمت ولم يحرك ساكنا بل انه ابدى امتعاضه وتبرمه. رغم ان هؤلاء الانفار المتواجدين بالواحة قد تقلص عددهم مؤخرا بصورة ملموسة مع تواجد بعض الفارين من السجون واصحاب السوابق العدلية من ضمنهم .

وحيث ان الامر يقتضي التدخل السريع واتخاذ التدابير الضرورية الكفيلة بالحفاظ على مكاسب المستثمرين الاجانب وحماية مواطن الشغل التي اصحت مهددة في ظل تواجد هؤلاء الانفار بالواحة بدون أي مبرر شرعي .
تفضلوا سيدي آمر الحرس الوطني بقبول فائق الاحترام والتقدير .

محترمي
احمد المولوش
عن شركة واجه مراح لحوار

7.8 Brief an Justizminister vom 06.01.2012

تونس في 06/01/2012

وزارة العدل

06 جاني 2012

مكتب الضبط المركزي

بسم الله الرحمن الرحيم

إلى محامي السيد وزير العدل

الموضوع: رفع مظلمة

سدي الوزير، بعد التحية و الاحترام.

أتقدم إليكم بشكواي هذه عسى أن أجد ظالتي و أسترد حقي الذي اغتصب وتكببت فيه خسارة كبيرة لأنكم أصبحتم بالنسبة إلي الملاذ الوحيد بعد الله وإليكم لمحة موجزة عن حياتي المهنية و الشخصية:

إنني المسمى أحمد تيلوش رجل أعمال مستثمر بألمانيا صاحب مؤسسة "ميدي فروي" للتصدير و تعليب التمور تشغل قرابة 400 عامل بالإضافة إلى العرضيين (الموسمين). بالإضافة إلى واحد مراح الحوار محل النزاع التي تقدر مساحتها 130 هكتار و تشغل 100 عامل و تنتج التمور البيولوجية المحبذة لدول الأوروبية و غيرها.

1- رئيس نادي رجال الأعمال بألمانيا

2- وعضو مجلس الغرفة التونسية الألمانية للتجارة و الصناعة.

وإليكم محتوى شكواي:

إبان الثورة تم اغتصاب واحتي المسماة بواحة مراح والحوار والذي كنت تسوغتها من وزارة أملاك الدولة والشؤون العقارية (وثيقة رقم 1 و 2).

وذلك بعنوان استثمار خارجي برأس مال قدره مليون و خمسون دينارا معدة لتصدير مائة بالمائة للتمور البيولوجية و الديناميكية حتى بلغت نسبة الاستثمار فيها 5 مليون دينارا. حيث أثناء الثورة فوجئ عملي بمجموعة من الأنفار تقترح الواحة وتستقر بها و تطرد كل من كان بداخل الواحة أي العملة الشرعيين علمت في الأثناء اتصلت بالسلط الجهوية القائمة فلم تبالي بالموضوع بدعوى أن الوضع غير مسموح لاستعمال القوى وإخراجه (وثيقة رقم 3) حيث عبث المغتصبون بالواحة ، كاتبت وزير الفلاحة في الغرض (وثيقة رقم 4) بقي الحال كما عليه.

فاتصلت بالسيد الوزير الأول الباجي قائد السبسي وطلب مني كتابة مذكرة طلبا للتدخل و إخلاء الواحة من المغتصبين لكن كسالف من اتصلت بهم (وثيقة رقم 5).

بالإضافة إلى مقابلاتي إلى رئيس الدولة المؤقت أن ذاك فؤاد المبرز مرة أخرى حاولت الاتصال بوالي توزر عساه أن يجد لي مخرجا لهذه المعظلة وكانت وعوده هباءا منثورا ولم تأتي أكلها كنت اتصل به 3 مرات في الأسبوع راجيا تدخله و رفع المظلمة إلى أن اكتشفت سرّ تلاعبه حيث أنه صرح لإحدى الإذاعات وهي إذاعة قفصة بأنه راسل وزير الفلاحة بغية تقسيم هذه الواحة على أهالي الجهة فالسؤال هنا كيف يمكن لمسؤول كهذا أن يتجاوز حدوده ويكون هو في حد ذاته مغتصبا لأملاك الغير في تحريضه وتقديمه مثل هذا الطلب. وعند اتصالي به قال لي حريا تجاوزتني الأحداث إشكي لسبسي (الوثيقة رقم 6).

7.9 Brief an Regierungschef vom 06.01.2012

تونس في 2012/01/06

بِسْمِ اللَّهِ الرَّحْمَنِ الرَّحِيمِ

إلى معالي السيد رئيس الحكومة

الموضوع: رفع مظلمة

سيدي الوزير، بعد التحية و الاحترام.

أتقدم إليكم بشكواي هذه عسى أن أجد ظالتي و أسترده حقي الذي اغتصب وتكدت فيه خسارة كبيرة لأنكم أصبحتم بالنسبة إليّ الملاذ الوحيد بعد الله وإليكم لمحة موجزة عن حياتي المهنية والشخصية:

إنني المسمى أحمد تيلوش رجل أعمال مستثمر بألمانيا صاحب مؤسسة "ميدي فروي" للتصدير و تعليب التمور تشغل قرابة 400 عامل بالإضافة إلى العرضيين (الموسمين).

بالإضافة إلى واحد مراح الحوار محل النزاع التي تقدر مساحتها
عامل و تنتج التمرور البيولوجية المحبذة لدول الأوروبية وغيرها.

2- وعضو مجلس الغرفة التونسية الألمانية للتجارة و الصناعة

وإليكم محتوى شكوای:

إبان الثورة تم اغتصاب واحتي المسماة بواحة مراح الحوار والذي كنت تسوغتها من وزارة أملاك الدولة والشؤون العقارية (وثيقة رقم 1 و 2).

وذلك بعنوان استثمار خارجي برأس مال قدره مليون و خمسون ديناراً معدة لتصدير مائة بالمائة للتمور البيولوجية و الديناميكية حتى بلغت نسبة الاستثمار فيها 5 مليون ديناراً.

حيث أثناء الثورة فوجئ عمليتي بمجموعة من الأنفار تقتحم الواحة وتستقر بها و تطرد كل من كان بداخل الواحة أي العملة الشرعيين علمت في الأثناء اتصلت بالسلط الجهوية القائمة فلم تبالي بالموضوع بدعوى أن الوضع غير مسموح لاستعمال القوى وإخراجه (وثيقة رقم 3) حيث عبث المغتصبون بالواحة ، كاتبت وزير الفلاحة في الغرض (وثيقة رقم 4) بقي الحال كما عليه.

فاتصلت بالسيد الوزير الأول الباجي قائد السبسي وطلب مني كتابة مذكرة طلبا للتدخل وإخلاء الواحة من المغتصبين لكن كسالف من اتصلت بهم (وثيقة رقم 5).

بالإضافة إلى مقابلاتي إلى رئيس الدولة المؤقت أن ذاك فؤاد الميزع مرة أخرى حاولت الاتصال بوالي توزر عساه أن يجد لي مخرجا لهذه المعضلة وكانت وعوده هباءا منثورا ولم تأتي أكلها كنت اتصل به 3 مرات في الأسبوع راجيا تدخله و رفع المظلمة إلى أن اكتشفت سرّ تلاعبه حيث أنه صرح لإحدى الإذاعات وهي إذاعة قفصة بأنه راسل وزير الفلاحة بغية تقسيم هذه الواحة على أهالي الجهة فالسؤال هنا كيف يمكن لمسؤول كهذا أن يتجاوز حدوده ويكون هو في حد ذاته مغتصبا لأموالك الغير في تحريضه وتقديمه مثل هذا الطلب. وعند اتصالي به قال لي حرفيا تجاوزتني الأحداث إشكى لسبسي (الوثيقة رقم 6).

ما ضاع حق وراءه طالب

حيث أنني طرقت سيدي الوزير كل الأبواب ناهيك حتى أمر الحرس الوطني كاتبته وطلبت منه التدخل (وثيقة رقم 7).

لكن سيدي لم يبق أمامي إلا القضاء عسى أن أجد فيه ظالتي قمت بقضية إلى السيد وكيل الجمهورية للمحكمة الابتدائية بتوزر فلا حياة لمن تنادي (وثيقة رقم 8).
ثم كررتها ثانية أي تقديم قضية أخرى إلى نفس المحكمة فأحيل الملف إلى منطقة الحرس الوطني وقاموا بسماعي لكن المعتدين لم يتم استدعائهم وسماعهم وبقيت القضية معلقة (وثيقة رقم 9).

قمت مرة أخرى عن طريق الأستاذ فوزي الماجري بقضية إستعجالية إلى جناب وكيل الجمهورية ويوم الجلسة تم تهديد القاضي الذي سينظر في القضية داخل قاعة المحكمة مما أجبر على رفع الجلسة و ذلك بتاريخ 22/11/2011 ولم يتخذ أي إجراء في حقي (وثيقة رقم 10) عدد القضية 2359 و التي تم تأخيرها إلى 3 جانفي 2012 . التجأت إلى المدعي العام للمحكمة الابتدائية بقفصة صحبة المحامية إكرام جبايلي لتقديم شكوى ضد قاضي توزر لإخلاله بالواجب لكن كسابقاتها من القضاء التي طويت بين الملفات التي كنت قد تقدمت بها. التجأت إلى الغرفة التجارية التونسية الألمانية للصناعة و التجارة التي كاتبته وزير التعاون الدولي و الاستثمار الخارجي (وثيقة رقم 11).

وفي خضم هذه المحاولات لإخراج المغتصبين من الواحة والقيام بقضية ضدهم لعدم الصفة صدرت مراسلة من أعضاء حكومة الباجي قائد السبسي وهم كتالي: السيد وزير الفلاحة والبيئة ، و وزير الداخلية ، و وزير أملاك الدولة تدعو والي الجهة بالتدخل وإخلاء الواحة وإرجاعها إلى مالكيها (وثيقة رقم 12).

مراسلة أخرى في الغرض من وزير الفلاحة إلى وزير الداخلية (وثيقة رقم 13 و 14) .
مذكرة إلى رئيس الجمهورية فؤاد الميزع (وثيقة رقم 15) ، مذكرة إلى الوزير الأول (وثيقة رقم 16).

مذكرة إلى وزير الداخلية (وثيقة رقم 17)

مذكرة إلى أمر الحرس الوطني (وثيقة رقم 18) .

قائمة في المغتصبين (وثيقة رقم 19).

المقالات الصحفية و الجرائد (وثيقة 6).

سيدي الوزير،

هذا ما لديّ وقد حاولت أن اختصر في التقديم لكن المعذرة الوثائق أكثر مما تتصور فلم يبقى لي إلا أن أناشدكم بإسم الله والعدل و الإنصاف أن تستردوا لي حقي المغتصب لأنكم بقيتم الملاذ الوحيد بعد الله سبحانه وتعالى.

وفقكم الله إلى ما فيه خير البلاد و العباد

مواطنكم أحمد تيلوش

01 A.

7.10 Liste der Besetzer

الاسم واللقب	ن. ب. ت.	الاختصاص	الإستعداد
1 محمد الربيع مينا عينة	08374993	معلم في الفلاحة	معلم في الفلاحة
2 محمد المظفر بن ندي	03189358	عامل فلاتي	عامل فلاتي
3 محمد بن محمد	08360988	عامل فلاتي	عامل فلاتي
4 محمد بن محمد	03124849	عامل فلاتي	عامل فلاتي
5 تقي الدين الشافعي	03189358	عامل فلاتي	عامل فلاتي
6 محمد صالح بن الأحمدي	0319936	أر في العمر بن	أر في العمر بن
7 خالد بن محمد	08365486	أر في العمر بن	أر في العمر بن
8 زكريا بن محمد	08360181	عامل فلاتي	عامل فلاتي
9 محمد بن محمد	09701359	معلم في الفلاحة	معلم في الفلاحة
10 أيمن بن محمد	09708543	معلم في الفلاحة	معلم في الفلاحة
11 حمزة بن محمد	08373805	معلم في الفلاحة	معلم في الفلاحة
12 مصطفى بن محمد	09701294	معلم في الفلاحة	معلم في الفلاحة
13 ربيع بن محمد	08362084	عامل فلاتي	عامل فلاتي
14 عبد القادر بن محمد	08370408	عامل فلاتي	عامل فلاتي
15 عبد الوهاب بن محمد	08364664	عامل فلاتي	عامل فلاتي
16 نزار الشرف	08360831	عامل فلاتي	عامل فلاتي
17 مصطفى الشافعي	03197742	عامل فلاتي	عامل فلاتي
18 ذاكير بكاني	03196930	عامل فلاتي	عامل فلاتي
19 ياسين بن زايد	08370111	عامل فلاتي	عامل فلاتي
20 محمد بن محمد	09708240	معلم في الفلاحة	معلم في الفلاحة
21 جمال الشافعي	08369560	عامل فلاتي	عامل فلاتي
22 محمد بن الشافعي	08362699	عامل فلاتي	عامل فلاتي
23 أحمد بن محمد	03190576	عامل فلاتي	عامل فلاتي
24 محمد بن محمد	08372212	عامل فلاتي	عامل فلاتي
25 شوقي بن محمد	08360688	عامل فلاتي	عامل فلاتي
26 محمد بن محمد	03189019	عامل فلاتي	عامل فلاتي

27	الحاج المكي القاسبي	08360338	عادل فلاح
28	البركاتي محمد	08356008	عادل فلاح
29	عادل فلاح	09701444	عادل فلاح
30	رمزي ادم	03191454	عادل فلاح
31	اشاخي الدين	03184731	عادل فلاح
32	عبدالله عيسى	083612106	عادل فلاح
33	ابراهيم بن مبارك	03177860	عادل فلاح
34	نوح بن محمد	09704326	عادل فلاح
35	عبد القادر بن محمد	08362363	عادل فلاح
36	زياد بن الهادي	09702002	عادل فلاح
37	محمود بن محمد	03190337	عادل فلاح
38	العزيز بن ابراهيم	03180504	عادل فلاح
39	الزهري بن محمد	03183811	عادل فلاح
40	ابراهيم بن محمد	03181510	عادل فلاح
41	جمال بن محمد	08359027	عادل فلاح
42	علي بن الهادي	03180747	عادل فلاح
43	ياسين بن الكبيش	08363314	عادل فلاح
44	عبد القادر بن شراي	08357871	عادل فلاح
45	محمد بن الغريبي	08362849	عادل فلاح
46	عبد الشكور بن	08370320	عادل فلاح
47	عبد السلام بن حجازي	08367634	عادل فلاح
48	زياد بن وديع	08364624	عادل فلاح
49	فازن بن الهادي	08364609	عادل فلاح
50	فوزي بن الشوي	09705469	عادل فلاح
51	عبد الله بن الهادي	08355109	عادل فلاح

52	أحمد بن صالح	03196783	عماد فلاح	فلاح
53	عبدالله بن محمد	08266906	عماد فلاح	فلاح
54	عبدالله بن محمد	08273916	عماد فلاح	فلاح
55	عبدالله بن محمد	03192943	عماد فلاح	فلاح
56	عبدالله بن محمد	08364935	عماد فلاح	فلاح
57	عبدالله بن محمد	03195524	عماد فلاح	فلاح
58	عبدالله بن محمد	09700109	عماد فلاح	فلاح
59	عبدالله بن محمد	08368468	عماد فلاح	فلاح
60	عبدالله بن محمد	03187900	عماد فلاح	فلاح
61	عبدالله بن محمد	08357418	عماد فلاح	فلاح
62	عبدالله بن محمد	08365164	عماد فلاح	فلاح
63	عبدالله بن محمد	08351521	عماد فلاح	فلاح
64	عبدالله بن محمد	08361877	عماد فلاح	فلاح
65	عبدالله بن محمد	03198072	عماد فلاح	فلاح
66	عبدالله بن محمد	0836599	عماد فلاح	فلاح
67	عبدالله بن محمد	08364899	عماد فلاح	فلاح
68	عبدالله بن محمد	08359893	عماد فلاح	فلاح
69	عبدالله بن محمد	03194961	عماد فلاح	فلاح
70	عبدالله بن محمد	09701231	عماد فلاح	فلاح
71	عبدالله بن محمد	03078531	عماد فلاح	فلاح
72	عبدالله بن محمد	08367588	عماد فلاح	فلاح
73	عبدالله بن محمد	09709212	عماد فلاح	فلاح
74	عبدالله بن محمد	03190673	عماد فلاح	فلاح
75	عبدالله بن محمد	03194951	عماد فلاح	فلاح
76	عبدالله بن محمد	09702296	عماد فلاح	فلاح
77	عبدالله بن محمد	09702531	عماد فلاح	فلاح

78	قاسم محمد بن براهيم	09701703	معلم في الواحة	١٠
79	فريد المارش	08354743	عامل فلاحية	١١
80	الشمس المودني	03186735	عامل فلاحية	١٢
81	المرتب بوششم	03198599	عامل فلاحية	١٣
82	محمد المارش	08992353	عامل فلاحية	١٤
83	محمد أمين الشابي	08384550	عامل فلاحية	١٥
84	علي بن يونس	09709915	معلم في الواحة	١٦
85	معلم محمد الترد	09702632	معلم في الواحة	١٧
86	فؤاد ممدريد	08350419	عامل فلاحية	١٨
87	محمد بن بوعاصم	03177507	عامل فلاحية	١٩
88	زياد التقي	09708868	معلم في الواحة	٢٠
89	مختار التقي	03130967	عامل فلاحية	٢١
90	شكري التقي	08350833	عامل فلاحية	٢٢
91	محمد التقي	03193272	عامل فلاحية	٢٣
92	فؤاد التقي	08351143	عامل فلاحية	٢٤
93	أحمد بن زريق	03181040	عامل فلاحية	٢٥
94	ميردك ركنو	03180504	عامل فلاحية	٢٦
95	محمد بن الزهر	03130984	عامل فلاحية	٢٧
96	ذاكر التقي	08362794	عامل فلاحية	٢٨
97	بلال التقي	08354674	عامل فلاحية	٢٩
98	محمد التقي	09702431	معلم في الواحة	٣٠
99	فيصل التقي	08359449	عامل فلاحية	٣١
100	عبد الله التقي	08350399	عامل فلاحية	٣٢
101	يوسف التقي	09705543	معلم في الواحة	٣٣
102	محمد التقي	03190292	عامل فلاحية	٣٤
103	عبد الله التقي	09705747	معلم في الواحة	٣٥
104	عبد الله التقي	03197934	عامل فلاحية	٣٦
105	عبد الله التقي	08369185	عامل فلاحية	٣٧

106	عماد زعمري	08354299	عماد فلاحي	عماد
107	مليح بن يوسف	03198203	عماد فلاحي	مليح
108	زهران الحفيعي	08355067	عماد فلاحي	زهران
109	عماد حرساي	03194650	عماد فلاحي	عماد
110	منصف اعديدي	08358317	عماد فلاحي	منصف
111	خالد بكارلي	09701122	مهي في الفلاحية	خالد
112	محمد شكري بن المالك	03188076	عماد فلاحي	محمد
113	معيد بن محمد جابر	08367802	عماد فلاحي	معيد
114	زياد محمد	03198017	عماد فلاحي	زياد
115	زال الخنقري	08361897	عماد فلاحي	زال
116	صالح حناشي	03185505	عماد فلاحي	صالح
117	اسماعيل بجرري	09702064	مهي في الفلاحية	اسماعيل
118	عبد الباق داودي	08366364	عماد فلاحي	عبد الباق
119	خالد علقوي	08361191	عماد فلاحي	خالد
120	العزيز مهدي	08374945	عماد فلاحي	العزيز
121	اسمين بن انا خضر	09705499	مهي في الفلاحية	اسمين
123	اسفيان الخزاز	08362549	عماد فلاحي	اسفيان
124	رمضان عبد القوي	08358400	عماد فلاحي	رمضان
125	الربيع غراحي	08350565	عماد فلاحي	الربيع
126	الهادي حناشي	03084463	عماد فلاحي	الهادي
127	احمد دويب	03178589	عماد فلاحي	احمد
128	الامين حمادي	03186206	عماد فلاحي	الامين
129	فؤاد صالح	03187046	عماد فلاحي	فؤاد
130	خالد الحذيري	09701722	مهي في الفلاحية	خالد
131	عماد رباي	03188364	عماد فلاحي	عماد
132	عبد المجيد عمراحي	03175006	عماد فلاحي	عبد المجيد

133	أحمد بن العبد	08360611	عبد الله بن	أحمد
134	أحمد بن العبد	08351426	عبد الله بن	أحمد
135	عبد الله بن العبد	03175545	عبد الله بن	أحمد
136	أحمد بن العبد	08358400		أحمد
137	أحمد بن العبد	03195589		أحمد
138	أحمد بن العبد	03184206		أحمد
139	أحمد بن العبد	03187016		أحمد
140	أحمد بن العبد	03194731		أحمد

أحمد
أحمد
أحمد

أحمد بن العبد
أحمد بن العبد
أحمد بن العبد

8. Curriculum Vitae

Persönliche Daten

Name: Miriam Tilouche

Schulische Ausbildung

27.06.2002 Odenwaldschule, Gymnasium, Ober-Hambach,
Abschluss: Abitur (2,7)

Studium

06.11.2003 Beginn des Studium an der Universität Wien
Internationale Entwicklung
mit Wahlpflichtfachmodul Arabistik

Praktika

August 2008 Medifruit, Société méditerranéenne fruitière, Tunesien

Juli 2011 Medifruit, Société méditerranéenne fruitière, Tunesien

Sprachkurs

14.09-12.10.2008 .
Hocharabisch, Damskus, Syrien

Sonstiges

August 2007 Teilnehmende Beobachtung alternativer
Gesellschaftsformen, Bulgarien

Mai 2011 Teilnehmende Beobachtung, informelle Gespräche,
Puerta del Sol, Madrid

August 2012 Teilnehmende Beobachtung, Tunesien

Juli/ August 2013 Teilnehmende Beobachtung, Informelle Gespräche,
Interviews, Tunesien

Sprachkenntnisse

Englisch, in Wort und Schrift
Französisch, in Wort und Schrift
Arabisch, in Schrift
Latein in Schrift